Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. Juli 1980
Jg. 8 Nr.31

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Parteien: „Wohnungsbau muß sich wieder rentieren"

Haack: Garantierte Mindestmiete für Wohnungsunternehmen / Späth: Mieterhöhung unabänderlich

z.frb. Laut Umfrage bei 30 Großstädten sind derzeit etwa 250000 Wohnungsuchende registriert. Da die kommunalen Wohnungsämter nur Mietwohnungen im Sozialen Wohnungsbau vermitteln, umfaßt diese Zahl Inhaber von entsprechenden Berechtigungsscheinen. In Westberlin sind 65000 registriert, im Hamburg 40000, In Hannover 11000, in Köln 16000, in München 16000, in Stuttgart 15000. Von den 16000 Wohnungsuchenden in Köln haben 9700 entweder keine oder eine zu kleine Wohnung oder müssen wegen Kündigung räumen; von den Wohnungssuchenden im Hamburg sind 11000, in München 8000 Wohnungsnotfälle, d.h. nach den amtlichen Maßstäben haben sie vordringliches Recht auf den Bezug einer Sozialwohnung.

Dieser Nachfrage stehen 1980 folgende Neubaumaßnahmen an Mietsozialwohnungen gegenüber: Westberlin 530, Hamburg 4300, München 900, Stuttgart 480. Imsgesamt soll eine Million Wohnungen fehlen.

Seit Jahren sinkt die Zahl der neugebauten Wohnungen, von 604000 1974 auf 293000 (ohne Bayern) 1979. 1972 waren noch 150000 Mietsozialwohnungen fertigestellt worden, 1979 knapp 90000.

Das Übergewicht der Nachfrage nach Wohnungen gegenüber dem Angebot müßte die Zahl der Neubauten nicht senken, sondern heben. Es fehlte aber dieser Nachfrage an Kaufkraft. Die Baukosten haben im Februar eine Jahresrate von 12% erreicht. Die Kaufwerte für Bauland lagen im 4. Vierteljahr vorigen Jahres 30% über den Preisen von 1978. Da der Wohnungsbau durch Kredite finanziert ist, schlägt sich jede Zinserhöhung in den Mieten nieder. Eine Zinserhöhung um 1%-Punkt führt zu einer Erhöhung der Kostenmiete um 7%. Seit Mitte 1978 sind die Hypothekenzinsen von 6,2% auf 10,2% gestiegen. Rund 18 DM müßte ein Bauherr pro m^2 verlangen, damit sich seine Kapitalanlage rentier-
sind die Hypothekenzinsen von 6,2% auf 10,2% gestiegen. Rund 18 DM müßte ein Bauherr pro m^2 verlangen, damit sich seine Kapitalanlage rentier-
te. Der Lohn der Masse der Mieter aber erlaubt höhere Mietzahlungen nicht. Was rührt es des Bankkapital, das jährlich rund 50 Mio. an Hypothekenzinsen verlangt, wenn Hunderttausende in enger Wohnung eingesperrt bleiben? Die Versicherungsgesellschaften sind ganz aus dem Wohnungsbau ausgestiegen, sie finden gegenwärtig rentierlichere Anlage für ihr Kapital. Und nur dies zählt.

Diese Lage verlangt von den bürgerlichen Politikern Reaktion. Späth, CDU, forderte letzte Woche im Fernsehen weitere steuerliche Erleichterungen sowie die Rückholung der früher vergebenen Darlehen, die Mieter sollen zu Eigentümern gemacht werden, damit das so kassierte Geld in neue Bauvorhaben gesteckt werden könne. Matthöfer, SPD, kündigte eine Änderung des §7b Einkommensteuergesetz an, der rund 3100 DM Steuerersparnis im Jahr bringt beim Erwerb eines Einfamilienhauses. Die Förderung konzentrieren, Rücksicht auf den Familienstand nehmen, die Bevorzugung höherer Einkommen bei der Förderung vom Wohneigentum abbauen, verkündete Wohnungsbauminister Haack. Vor dem Verband Württembergischer Wohnungsunternehmen vor gut zwei Wochen hat er sich ebenfalls für eine stärkere Förderung des Wohnungseigentums ausgesprochen. Sein Staatsekretär Sperling redet gar von der Ausweitung des „Grundrechts auf selbstgenutztes Wohnungseigentums" auf breite Schichten der Bevölkerung.

Das Wohnungseigentum muß gefördert werden! skandiert die CDU, und die SPD spricht nach. 63% der Wohnungen sind Mietwohnungen, 37% sind vom Eigentümer bewohnt. Dieses Jahr werden 40000 Mietwohnungen, aber 60000 Eigentumswohnungen gefördert. Die Abrechnung für 1978 weist 6,5 Mrd. DM Steuernachlässe bei Neubau und Kauf aus, weitere 2,65 Mrd. DM für die Bausparförderung. Für den Sozialen Wohnungsbau, nicht aufgegliedert in Miet- und Eigentumswohnungen, wurden 4,85 Mrd. bereitgestellt, für Wohngeld 1,9 Mrd. DM. Mithin wurde für die Förderung des Wohnungseigentums mehr als das dreifache wie für Mietwohnungen ausgegeben. Anfang 1977 hat die SPD/FDP-Regierung die Steuerersparnis des §7b und die Grunderwerbssteuerbefreiung auf den Erwerb bestehender Wohnun-
ben. Anfang 1977 hat die SPD/FDP-
Regierung die Steuerersparnis des §7b und die Grunderwerbssteuerbefreiung auf den Erwerb bestehender Wohnun-
gen ausgedehnt, um die Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigentumswohnungen zu fördern. Sozialwohnungen wurden zum Spekulationsobjekt von Baugesellschaften und so viele Mieter wurden vor die Tür gesetzt, daß jetzt eigens ein Gesetz zur Verhinderung der gröbsten Skandale in Kraft gesetzt werden mußte.

Für die Bourgeois-Strategen sind jene, die sich eine eigene Wohnung vom Munde absparen, Überstunden dafür klopfen, bloß „Finanzierungsquelle" damit Kapital für andere Zwecke frei werde. „Wer Wohnungseigentum erwerben will, der nimmt Belastungen in Kauf, die 50 oder 100 Prozent über den Lasten vergleichbarer Mieterschichten liegen", so die Überlegung von Haack. Um 32% ist die durchschnittliche Belastung für ein Einfamilienhaus seit 1977 gestiegen. Zwangsversteigerungen nehmen jetzt zu. Außerdem, seit je setzen die Schlauesten der herrschenden Klasse auf Ausdehnung des kleinen Eigentums, um sich eine Armee gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu erziehen, sie an Grund und Boden zu fesseln mit allen Folgen der geistigen Fesselung. Notwendig bevozugt jede besondere Förderung des Wohnungseigentums höhere Einkommen gegenüber den untersten, die hiervon ganz ausgeschlossen sind.

Die kapitalistische Gesellschaft, in der Entwicklung der Maschinerie Arbeitslosigkeit bedeutet, die die Arbeiter von einer Branche in die andere, von einem Ort zum anderen treibt, die Arbeiter rascher in die Städte und Ballungszentren pfercht, als Wohnungen nachgebaut werden, in der also gesichert ist, daß auch die letzte Bruchbude ihren Mieter findet, in der die arbeitende Masse ständig mit Kapitalisten um die Nutzung des Bodens konkurriert, erzeugt die Wohnungsnot ständig neu. Und die bürgerliche Weisheit endet mit dem Satz: „Hausbau muß rentierlich sein". Es folgt: Steuererhöhung!, Mieterhöhung!, Beseitigung von Kündigungsschutz!

Erfolgreiche Guerillaaktion der Volksbefreiungsfront von Tigray

z.lup. Guerillaeinheiten der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) führten am 12./13. Juli einen erfolgreichen Angriff auf die historische Stadt Axum durch, die sie für neuneinhalb Stunden besetzten. Dabei wurden 2 sowjetische Ärzte gefangengenommen, die in dem dortigen Militärlazarett tätig waren. Dies erklärten Vertreter der TPLF in Nairobi (Kenia). – Tigray ist eine Provinz Äthiopiens, die an Eritrea grenzt. Das äthiopische Militärregime, das mit Unterstützung der Sowjetunion einen Aggressionskrieg gegen das Volk von Eritrea führt, führt im inneren Äthiopiens eine blutige nationale Unterdrückung der Völker der Oromos, Somali und des Volkes von Tigray durch. Der Kampf der unterdrückten Völker Äthiopiens ist eng mit dem nationalen Befreiungskampf des Volkes von Eritrea verbunden.

Iran ergreift Maßnahmen gegen imperialistische Umsturzversuche

z.gkr. Insgesamt an die 500 Verdächtige, die an dem Putschversuch im Iran vor gut zwei Wochen beteiligt gewesen waren, wurden inzwischen festgenommen. Das war schon der 7. Putschversuch, der aufgedeckt wurde. Bei den führenden Kräften handelt es sich fast ausnahmslos um höhere Offiziere. Laut Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Pars haben sie unter anderem 35 bis 50 Flugzeuge bereitgestellt, um den Amtssitz Khomeinis und andere wichtige Städte zu bombardieren. 25 Verschwörer wurden inzwischen hingerichtet. Pars meldet weiter, in der südlich von Teheran gelegenen Stadt Disful seien 6 Personen hingerichtet worden, die Waffen in das Land geschmuggelt haben. Khomeini hat inzwischen auf Grund der Erfahrungen mit der Armee zu einer radikalen Säuberung, zu einer generellen Umwandlung aufgerufen.

Island will Kontrolle über US-Basis Keflavik verstärken

Island will Kontrolle über US-Basis Keflavik verstärken

z.coi.Stockholm. Nach einer Meldung der finnischen Tageszeitung „Hövdspadsbladet" hat der isländische Außenminister Olafur Johannesson auf einer Pressekonferenz Anfang Juli in Reykjavik bekanntgegeben, daß sich zur Zeit drei Isländer zur Ausbildung in norwegischen Militärschulen befinden. Sie sollen später in der Verteidigungsabteilung des Außenministeriums die Kontrolle über den amerikanischen Stützpunkt Keflavik verstärken. „Außenminister Johannesson sagte, daß die Isländer in Zukunft darüber wachen werden, daß die Bedingungen befolgt werden, die die isländischen Behörden für den Betrieb des Stützpunktes gestellt haben." Diese Absichten Islands „müssen auf dem Hintergrund der Diskussion gesehen werden, eventuell in Keflavik Kernwaffen zu stationieren".

KP Spaniens für Beziehungen mit der KP Chinas

z.lup. „Die KP Spaniens hofft, daß die Normalisierung ihrer Bezeihungen zur Kommunistischen Partei Chinas beschleunigt werden kann" erklärte Josep Palaz Balettbo, Generalsekretär der Jugendorganisation der KP Spaniens und Kandidat des Exekutivkomitees der KP Spaniens, am 15. Juli während eines Besuchs in der Volksrepublik China. Die KP Spaniens hatte in den vergangenen Jahren in verschiedenen Fragen versucht, einen von der KPDSU unabhängigen Kurs zu verfolgen. Sie hatte die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt und war der Konferenz in Paris ferngeblieben, auf der die KPDSU versucht hatte, die anwesenden Parteien auf ihren expansionistischen Kurs und ihre Aggression in Afghanistan einzuschwören. Die Kommunistische Partei Chinas bekundete ihrerseits Interesse an Entwicklung von Beziehungen mit der KP Spaniens.

Der Militärputsch in Bolivien stößt auf den erbitterten Widerstand des ganzen Volkes



Der vom Gewerkschaftsbund COB gegen den Militärputsch ausgerufene Generalstreik war nahezu vollständig befolgt worden. Durch Massenverhaftungen,

Der vom Gewerkschaftsbund COB gegen den Militärputsch ausgerufene Generalstreik war nahezu vollständig befolgt worden. Durch Massenverhaftungen, Entlassungen, Ermordung gefangener Gewerkschaftsführer und Luftwaffenbombardements auf Industriegebiete und Arbeitersiedlungen konnte der Generalstreik nach einer Woche weitgehend gebrochen werden. Kern des erbitterten Widerstandes sind weiterhin die 50000 Bergarbeiter der Minen im Südosten Boliviens, die unterstützt werden von Zehntausenden bewaffneter Bauern. Auch nach der Bombardierung der Minen, Siedlungen und Radiostationen ist der bewaffnete Widerstand der Arbeiter und Bauern nicht gebrochen und haben sie ganze Landgebiete unter ihrer Kontrolle.

US-Imperialisten bauen ihre Kriegsmaschinerie aus

Erneut höhere Militärausgaben / Widerstand gegen Wehrdienstregistrierung

z.scc. Am vergangenen Montag begann die von US-Präsident Carter im Januar angekündigte und vom Senat im Juni beschlossene Wehrerfassung. Rund 4 Millionen 19- und 20jährige Männer müssen sich, bei Strafe von fünf Jahren Gefängnis oder 10000 $, bis Ende der Woche auf einem der 35000 festgelegten Postämter mit Name, Adresse, Geburtsdatum und Versicherungsnummer registrieren lassen. Kurz zuvor hatte es noch Aufregung gegeben, als drei Bundesbezirksrichter das „Wehrerfassungsgesetz" wegen „Diskriminierung der Frauen" für verfassungswidrig erklärten – auf Intervention des Justizministers gab der Oberste Gerichtshof die Bahn in letzter Minute frei, jede Verzögerung der Registrierung „würde der Außenpolitik der USA erheblich schaden".

1973 hatte die US-Bourgeoisie die Registrierung unter dem Druck der Kämpfe gegen ihren Aggressionskrieg gegen die Völker Kampucheas, Laos' und Vietnams vorläufig eingestellt und die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben. Auch jetzt sieht sie sich bei der Wiedereinführung der Registrierung breitem Widerstand gegen ihre Kriegspolitik gegenüber. Seit Carters Ankündigung sind Demonstrationen, Kundgebungen, Protestaktionen überall in den USA nicht abgerissen, Zehntausende demonstrierten in der letzten Woche, zahlreiche Organisationen rufen, trotz Strafandrohung, zum Boykott der Registrierung auf. Die Bourgeois selbst rechnen offiziell mit rund 100000, die sich der Erfassung entziehen, das nationale „Komitee gegen Registrierung und Wehrpflicht" geht von 500000 aus. Doch ist es nicht einfach nur gelogen, wenn die bürgerliche Propaganda über „kraftlosen Widerstand" höhnt: Bis auf wenige örtliche Ausnahmen haben die Gewerkschaften diesen Kampf noch nicht zu ihrer Sache gemacht, es ist noch nicht die organisierte Arbeiterbewegung, die die erstarkende Bewegung gegen den imperialistischen Krieg führt. Deshalb kann die Finanzbourgeoisie gegenwärtig relativ ungehindert eine ganze Reihe kriegsvorbereitender Maßnahmen treffen, in deren Zusammenhang die Wehrerfassung ihre Bedeutung gewinnt.

Tatsächlich bedeutet die Registrierung noch nicht die Wiedereinführung der Wehrpflicht, aber sie schafft die Voraussetzung dafür und verringert die Zeit der allgemeinen Mobilmachung um vier Monate. Ob die Wehrpflicht schnell, wie es der oberste Flottengeneral jetzt forderte, wiedereingeführt wird oder nicht – die Hauptsorge der Bourgeois gilt der Straffung und Stärkung des 750000 Mann starken stehenden Heeres. 1,5 Mrd. $ gab der US-Senat Anfang Juli für die „Hebung der Moral" der Berufssoldaten frei, hauptsächlich bestimmt für zusätzliche Schmierung von Söldnern mit „besonderer Qualifikation". Der Militärhaushalt 1980 wurde um weitere 2,5 auf 136 Mrd. $ aufgestockt. Kurz zuvor hatte der Senat für 1981 51,9 Mrd. $ zur Produktion und Beschaffung neuer Waffen beschlossen, v.a. von strategischen Bombern, die den B52 ersetzen sollen. Es geht dabei, man erinnere sich, um die Produktion eines B1-Nachfolgers, dessen Produktion Carter vormals „gestoppt" hatte. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau und der Modernisierung der Kriegsflotte. Fast täglich ist von weiteren Rüstungsbeschlüssen zu lesen. So verabschiedete das Repräsentantenhaus jetzt u.a. ein Gesetz und 4,8 Mrd. $ für die offizielle Wiederaufnahme der 1968 offiziell eingestellten Nervengasproduktion.

North-Carolina: Textilarbeiterstreik für höheren Mindestlohn und Sozialversicherungen



Woonsocket Spinning Co., Textilkapitalist in North Carolina, versucht, durch Einsatz von in den USA asylsuchenden Flüchtlingen aus Südostasien in Ausnutzung ihrer politischen Rechtlosigkeit den Streik zu brechen.

z.wig. **Die Monopole bauten ihre beherrschende Stellung in der Wirtschaft der Bundesrepublik 1978/79 weiter aus.** Die Monopolkommission, die jetzt dem Wirtschaftsministerium ihr drittes Zweijahresgutachten vorgelegt hat, stellt darin fest: Die zehn größten Unternehmen eines Wirtschaftszweiges vereinigten 1978/79 jeweils fast die Hälfte des Umsatzes der gesamten Branche auf sich. Der Umsatzanteil der je drei größten Unternehmen ist auf nahezu 27% gestiegen. 42 der 100 Größten sind finanziell miteinander verflochten. Bei 82 Unternehmen dieser Rangliste bestanden 1978 personelle Verbindungen über den Aufsichtsrat. Die Rangliste der 100 größten Unternehmen wurde 1979 von VEBA, Volkswagen, Daimler Benz, Siemens, BASF, Hoechst, Bayer, Thyssen, Ruhrkohle und RWE angeführt. Die Monopolkommission hat als Konsequenz aus ihren Untersuchungen „die Intensivierung der Diksussion zum Thema Entflechtung" gefordert. Lambsdorff hat sich zu einer solchen Diskussion bereit erklärt. Die Frage einer Gesetzesinitiative stelle sich heute aber nicht. Zuvor müßten die Auswirkung auf das Gesellschaftsrecht und das Steuerrecht genau untersucht werden. Auch Matthöfer hat auf die Diskussionsaufforderung der Monopolkommission reagiert. Bankfachleute seines Ministeriums schlugen vor, bei einer Novellierung des Kreditwesengesetzes den Anteilsbesitz von Banken an Nichtbanken auf 10 Prozent des Gesamtkapitals zu beschränken. Das Bankkapital, das die Konzerne über die Kreditleine so und so an der Hand hat, ist an solcher Art Entflechtung nicht abgeneigt, wenn ihm die gleichen Rechte im Aktiengesetz bei 10% Beteiligung zugestanden werden.

z.haw. **Gleichzeitig mit der Verabschie-**

z.haw. **Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Steuerpaketes, haben Bundestag und Bundesrat weitere Gesetze zur Steuervergünstigung für die Kapitalisten verabschiedet.** Brauchten Einkünfte aus Staaten, mit denen noch keine Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen wurden, und das sind nicht wenige, entsprechend der Regelungen §34c EStG und §26 KStG, schon nicht versteuert werden, sind mit der Änderung des Gesetzes jetzt noch einige „Lücken" geschlossen. Die ausländische Steuer kann jetzt selbst dann von der inländischen Steuerschuld abgezogen werden, wenn sie den Teil der westdeutschen Steuer, der auf die ausländischen Einkünfte entfällt, übersteigt, oder wenn ausländische Steuern auf Einkünfte erhoben werden, die nach westdeutschem Recht nicht als ausländische Einkünfte angesehen werden. Durch die neuen Regelung geht die ausländische Steuer auch in den Verlustabzug des §10d EStG ein.

z.mak. **Der Hartmannbund, Verband der Ärzte Deutschlands e.V., hat eine Plakat- und Unterschriftenaktion zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel begonnen.** „Der Staat verdient immer mit – auch an Ihrer Krankheit" und „13% Mehrwertsteuer auf Arzneimittel sind zuviel! Wir fordern daher die Senkung dieser Mehrwertsteuer", heißt es auf dem Plakat und der Unterschriftenliste. Zählt man alle Bereiche zusammen, die mit der Produktion und dem Vertrieb der Arzneimittel beschäftigt sind, kassiert der bürgerliche Staat durch die Steuern darauf allein 5,5 Mrd. DM jährlich. Allein am Arzneimittelumsatz der Apotheken kassiert der Staat an Mehrwertsteuer 1978 1,6 Mrd. DM, und der Hartmannbund schätzt für 1980 diese Summe auf nahezu 2 Mrd. DM. Und das, wo doch gerade das Ehrenberg-Ministerium mit dem Kostendämpfungprogramm im Gesundheitswesen die Ausgaben für diesen Bereich senken will. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.7.1979 auf 13% erklärten die Ortskrankenkassen, daß allein diese 1%ige Erhöhung für die gesetzlichen Krankenkassen Mehrausgaben in Höhe von ungefähr 100 Mio. DM bedeuten. Es ist gut, wenn die Ärzte sich für die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel einsetzen und dagegen sind, daß der Staat sich an den Krankheiten der Volksmassen bereichert. Dies ist jedoch nur ein kleiner Schritt in Richtung auf vollständige Abschaffung aller indirekten Steuern.

z.jüd. **Die Haftbedingungen in der BRD waren Gegenstand langjähriger Untersuchungen von amnesty international.** Die Bedingungen der Isolationshaft und der Kleingruppen-Isolation als reguläre Haftformen sind danach abzuschaffen. Darüberhinaus seien die „Untersuchungen über die Auswirkungen strenger Sicherheitshaft, soweit diese Isolation einschließt, international von Bedeutung." Untersucht wurde entlang der Verhaftungen von Mitgliedern der RAF, der Bewegung 2. Juni und später der Roten Zellen. Seit 1976/77 war es danach sicher, daß es Isolationshaft bereits seit 4–6 Jahren gegeben hatte. Ohne Kontakt zu den Behörden wurden zunächst Anwälte, Verwandte und medizinische Sachverständige befragt. Anfang 1979 wurde der Bericht an Bundesjustizminister Vogel und später an alle Landesjustizminister geschickt. Dem veröffentlichten Dossier von ai sind die Beurteilungen der Haftbedingungen von Irmgard Möller, Werner Hoppe, Astrid Proll und Ingrid Schubert beigefügt, die alle berichten, daß die Gefangenen durch die Isolationshaft lebensgefährlich krank waren bzw. umgebracht wurden. Bis heute hat der Staatsapparat auch gegen das Drängen von ai die Isolationshaft nicht beendet.

z.güf. **80 Gefangene der JVA Hameln Tündern sollen wegen Meuterei angeklagt werden.** Nachdem Gefangene aus Haus 1.4 (bes. Sicherheitsverwahrung) der JVA Tündern nach Vechta verlegt wurden, da ihre Betreuer fehlten, stellten am 19. Juli 25 Gefangene aus Haus 1.4 der Gefängnisleitung das Ultimatum: Die Gefangenen sind bis zum Abend zurück oder die Einrichtung wird zerstört. 56 Gefangene der Untersuchungshaft in Haus 1.9 hatten für den selben Tag ebenfalls Forderungen gestellt, die jedoch von der Gefängnisleitung geheimgehalten wurden. Nachdem der Termin für das Ultimatum ergebnislos verstrich, und die Gefangenen in beiden Häusern die Einrichtung zerstörten, ging ein Einsatzkommando von 36 Polizisten gegen die zu je 7 in einer Wohneinheit zusammengeschlossenen Gefangenen vor und schlug diese zusammen. Alle Gefangene werden nen Gefangenen vor und schlug diese zusammen. Alle Gefangene werden wegen Meuterei angeklagt, was mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft wird.

z.vol. **Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt ein Urteil gegen eine Lehrerin vom 5.3.80 veröffentlicht.** Darin werden die Einstellungsvorschriften für Angestellte, insbesondere angestellte Lehrer, im öffentlichen Dienst präzisiert. Die Anforderungen an die „Treuepflicht" der Angestellten, begründet aus dem §8 BAT, der das Bekenntnis „zur freiheitlich demokratischen Grundordnung" verlangt, hängen von ihrer Tätigkeit ab. Für Lehrer ist sie gleich, egal ob Beamter und Angestellter, auch bei Teilzeitarbeit. Darüber hinaus stellt das Gericht fest: Der Bewerber ist verpflichtet, seine Treue zu beweisen. Dazu gehört, daß er sich zur Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen Partei" äußert, es reicht nicht, sich formelhaft zur Verfassung zu bekennen. Bei „Zweifeln" an der Treue ist die Behörde verpflichtet, alle Vorgesetzten des Bewerbers und alle Behörden, einschließlich des Verfassungsschutzes heranzuziehen. Bei der Anhörung muß der Behördenvertreter über „Lebenserfahrung und Kenntnisse" verfügen, d.h. höherer Beamter sein. Der Rechtsanwalt des Lehrers darf das „offene Gespräch" nicht durch Rechtsberatung „stören", nur bei Verfahrensfehlern.

z.chm. **Aufgrund der Kampfmaßnahmen der Sinti hat die SPD eine ad-hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Lage der Sinti in der BRD untersucht.** Der Bericht der Kommission hält fest, daß den Sinti „durch den Nationalsozialismus schweres Unrecht zugefügt worden" ist. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, „den Tatbestand des Völkermords im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Wiedergutmachung in aller Form anzuerkennen." Weitere Forderungen des „Verbandes Deutscher Sinti e.V." werden unterstützt wie z.B. die nach eigenen Lagerplätzen, und der Berücksichtigung der Geschichte und der Kultur der Sinti im Schulunterricht.

z.his. **Die Bundesrepublik mußte Zimbabwe einen Entwicklungshilfekredit in Höhe von 50 Mio. DM gewähren.** Am 15.7.1980 unterzeichneten der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Offergeld, und Finanzminister Enos Nkala in Harare (ehemals Salisbury) ein entsprechendes Regierungsabkommen. Offergeld erklärte nach Unterzeichnung, das Abkommen bedeute den Beginn einer freundschaftlichen und fruchtbaren Zusammenarbeit" zwischen beiden Ländern, und die Beziehungen zur Regierung in Zimbabwe seien dank der vor zwei Jahren zur ZANU geknüpften Beziehungen „fast freundschaftlich". Trotz allem: die 50 Millionen sind nicht ge-

§ 88a muß fallen!

SPD und FDP geben sich liberal / Sondersitzung des Bundestages nach der Wahl

z.ebk. Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung dieser Legislaturperiode am 18.7. den Gesetzentwurf des Bundestages über die Abschaffung des Maulkorbparagraphen 88a abgelehnt. Der Bundestag wird sich voraussichtlich auf einer Sondersitzung nach dem 5.10. erneut damit befassen.

Beim Erlaß des Gesetzes am 13.3.1976 waren sich die Parlamentsparteien einig. „Entweder wir ziehen alle an einem Strang, oder wir können den Staat zumachen", forderte Kohl während der Lorenz-Entführung und Schmidt pflichtete ihm bei der Gesetzesdebatte bei. Einstimmig erkannten die Parlamentarier, daß zwischen den zahlreichen Strafbestimmungen über die Aufforderung und die Anstiftung zu Straftaten, die Billigung eines Verbrechens, die Volksverhetzung, die Bedrohung und die Einwirkung auf eine unfriedliche Menge (Landfriedensbruch) noch eine Lücke klaffe, die es zu schließen gelte. Sie beschlossen die §§130a und 88a – Dagegen haben zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen stattgefunden (Bild: Kiel). Gewerkschaftsgremien, vor allem der IG Druck und Papier und Schriftstellerverbände sowie Rechtsanwälte haben sich zur Wehr gesetzt. Bereits 1976 forderte der Parteitag der F.D.P. die Streichung des §88a und spannte sich damit vor den Karren einer breit zusammengesetzten Bewegung.

Auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.-Abgeordneten Matthäus-Maier über die „Auswirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus" antwortete die Bundesregierung am 17.1.1980: „Die Praxis zeigt, daß sich §88a StGB auf die Strafverfolgung nicht nennenswert ausgewirkt hat. In der Mehrzahl der Fälle ist zudem die Strafverfolgung zugleich wegen anderer Tatbestände eingeleitet worden ...

Unter Abwägung der genannten Gesichtspunkte erhebt die Bundesregierung gegen eine Streichung der Vorschriften keine Bedenken." SPD und F.D.P. griffen den ihnen so zugespielten Ball auf und brachten eine Gesetzesinitiative auf Streichung des §88a in den Bundestag ein. Die Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat hat das Gesetz verhindert. „Die kriminalpolitisch richtige Konsequenz wäre ... eine sachgemäße Erweiterung (des §88a) entsprechend dem Vorschlag des Herrn Generalbundesanwalts gewesen, nicht aber eine Abschaffung der Bestimmung", erklärte der bayerische Justizminister im Bundesrat.

Die SPD hält in ihrem Wahlprogramm am „Kampf gegen den Terrorismus" fest. Für eine Streichung aller Verschärfungen des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung, die mit dem „notwendigen Kampf gegen den Terrorismus" begründet worden sind, setzt sie sich nicht ein. Mit der Zustimmung zur Abschaffung des §88a hängt sich die SPD in ihrer Mehrheit ein liberales Mäntelchen um, das sie nichts kostet. Denn von den 111 eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden 92 auch wegen anderer Strafvorschriften geführt, wären also auch ohne §88a geführt worden.

Die F.D.P. fordert in ihrem „Wahlprogramm '80", „die §§88a und 130a StGB abzuschaffen und die §§90a und 90b zu streichen ..." Bei der Sondersitzung des Bundestages nach den Wahlen wird man sehen, was daran Wahlkampfgeschwätz ist und was nicht.



Die BRD-Imperialisten konnten ihre Position gegenüber der DDR ausbauen

z.gih. „Es liege im wohlverstandenen deutschen Interesse, daß Helmut Schmidt demnächst in die DDR zu Staats- und Parteichef Erich Honecker reise", erklärte Regierungssprecher Bölling in der „Süddeutschen Zeitung" am 21.7.80. Der Termin der Reise wird mit dem 27. bis 29. August angegeben.

Die „wohlverstandenen deutschen Interessen" sind ganz handfest. Der „innerdeutsche" Handel hat sich im Jahre 1979 gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Es wurde nach 1974 eine Umsatzsteigerung von über 1 Mrd. VE (1 VE=1 DM) erreicht. (1978: 8820,7 Mio. VE, 1979: 9884,6 Mio. VE) Der wertmäßige Zuwachs betrug 12,1%. Der raschere Anstieg der Verkäufe der DDR (+17,8%) gegenüber den Lieferungen der BRD (+7,1%) haben das Handelsbilanzdefizit der DDR von ca. 700 Mio. VE in 1978 auf 300 Mio. VE mehr als halbiert. Im Warenverkehr ergab sich erstmals seit 1968 ein geringer Überschuß (+16 Mio. VE) für die DDR. Dagegen blieb das Saldo bei den Dienstleistungen für die DDR negativ bzw. hat sich um über 100 Mio. VE auf 300 Mio. VE erhöht. Das lag vor allem an den gestiegenen Zinszahlungen der DDR aus langfristigen projektgebundenen Finanzkrediten für Großanlagen. Durch diese Entwicklung erhöhte sich der Gesamtsaldo der gegenseitigen Verbindlichkeiten, einschließlich Swinginanspruchnahme (sog. kumulierter Aktivsaldo) von 3,67 Mrd. DM Ende 1978 auf 3,91 Mrd. DM Ende 1979. Die jetzt gültige Swing-Vereinbarung, die der DDR einen zinslosen Kreditrahmen von 850 Mio. DM jährlich einräumt, läuft Ende des Jahres aus. Obwohl einer Vereinbarung zufolge bereits im Laufe des ersten Halbjahres 1980 sich die BRD und die DDR über Gestaltung des „Swing" Gedanken machen müssen, hat Lambsdorff verkündet, daß „zu gegebener Zeit" in diesem Jahr Gespräche darüber stattfinden würden.

Mit dem Waren- und Kapitalexport konnte die BRD ihre Position gegenüber der DDR ausdehnen, obwohl die DDR fest im COMECON unter Führung der Sozialimperialisten eingegliedert ist. Für den Ausbau dieser Waren- und Handelswege hat die BRD 1145,1 Mio. DM 1979 an die DDR gezahlt; das dient neben der weiteren Erschließung des Machtbereichs der DDR v.a. der Festigung der Verbindungen mit dem Brückenkopf Westberlin. Um sich den Sozialimperialisten erkenntlich zu zeigen, hat die Bundesregierung z.B. nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan bekundet, daß „sie Verständnis haben für die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion".

Warenverkehr nach Warenbereichen BRD-DDR

	Lieferungen der BRD an die DDR 1979 Mio. DM	1978 Mio. DM	1979 %	1978 %	Lieferungen der DDR an die BRD 1979 Mio. DM	1978 Mio. DM	1979 %	1978 %
Erzeugnisse der Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	25,7	28,8	0,5	0,6	417,7	387,3	9,4	9,9
Bergbauliche Erzeugnisse	616,6	372,9	13,1	8,1	96,0	115,3	2,2	3,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1873,5	1803,6	39,8	39,4	2052,7	1499,3	46,0	38,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1246,5	1430,5	26,5	31,5	472,4	428,2	10,6	11,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	430,9	393,5	9,1	8,6	1203,9	1247,0	27,0	32,0
Erzeugnisse des Nahrungs- u. Genußmittelgewerbes	466,1	491,0	9,9	10,7	194,7	194,2	4,4	5,0
Sonst. Waren	51,8	54,7	1,1	1,2	27,6	28,5	0,6	0,7
Insgesamt	4711,1	4574,9	100	100	4464,9	3899,9	100	100

schenkt, sondern Darlehen, Laufzeit 30 Jahre. Die ersten 10 Jahre sind tilgungsfrei. Der Zinssatz beträgt 2%. Mit diesem für das unabhängige Zimbabwe bisher größten Kredit hat sich der BRD-Imperialismus an die Spitze der Kapitalgeber gesetzt. Er folgt dabei eigenen Interessen, die er jetzt aber gegenüber einem befreiten Land verfolgen muß. Als ehemaligem Freund des Smith-Regimes und Feind der Unabhängigkeit kommt ihn die „Freundschaft" und die Aussicht auf „beträchtliche Aufträge", die Offergeld verkündete, teuer. Die Regierung Zimbabwes wird den Kredit für den Wiederaufbau der Infrastruktur in den zerstörten Gebieten auf dem Land nutzen.

z.gkr. **Mit dem Argument, Maßnahmen gegen die freie Verfügung der US-Imperialisten über ihr in Europa stationiertes Atomwaffenpotential zu fordern, propagiert die FDP den Aufbau einer westeuropäischen Nuklearmacht.** Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der FDP, Borm, forderte die Bundesregierung und die westeuropäischen NATO-Staaten auf, „gleichberechtigte westeuropäische Mitverfügung" über die US-Nuklearwaffen durchzusetzen oder andernfalls für eine eigene westeuropäische Nuklearrüstung einzutreten. Gerade haben die beiden Mächte in Westeuropa, die über eigene Nuklearwaffen verfügen, Großbritannien und Frankreich, Beschlüsse über die weitere Ausrüstung ihrer Nukleararsenale gefaßt. Teuer genug wird diese Aufrüstung, vieleicht ließe sich jetzt in der Zusammenarbeit über einen Einkauf einsteigen? Zumal wenn man die Debatte, entfacht Anfang des Jahres, über eine Zusammenarbeit BRD – Frankreich bei der Nuklearrüstung beachtet. Die bürgerlichen Parteien operieren vorsichtig, und doch die Volksmassen gegen diese Art „Mitverfügung".

z.gih. **Insgesamt 6,65 Mio. DM sind im Haushalt des BMFT 1980 für Aktivitäten über Kernenergiefragen vorgesehen.** Damit werden „Veranstaltungen und Aktivitäten im Bereich von potentiellen und tatsächlichen Standorten nuklear-technischer Anlagen verstärkt berücksichtigt". Eine besonders hohe Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr bei der Vergabe der Mittel hat es für Gewerkschaften und gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen sowie Jugend- und Studentenverbände gegeben. Und, um den „gewünschten Erfolg" zu erzielen, wird „durch die Mitwirkung (des BMFT) an der Veranstaltungsplanung eingewirkt."

	1979 DM	1980 DM	Steigerg. %
Politische Stiftungen und Parteien	242000	373000	54
Gewerkschaften und gewerksch. Bildungseinrichtungen	14100	43000	207
Volkshochschulen	130000	162000	25
Kirchen und kirchliche Einrichtungen	250000	353000	41
Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbände	178000	308330	73
Jugend- und Studentenverbände	35800	88232	146
Sonstige Träger	125000	182000	46

Quelle: Bundestagsdrucksache 8/4371

z.ere. **Die Abhängigkeit des BRD-Imperialismus bei der Rohstoffzufuhr von seinen imperialistischen Konkurrenten ist beträchtlich.** Da der BRD-Imperialismus über keine ausreichenden Rohstoffvorkommen verfügt, muß er die Masse auf dem Weltmarkt kaufen. Dabei kann er kaum mehr als die Hälfte seines gewerblichen Rohstoffbedarfs direkt von den Erzeugerländern beziehen. 46% muß er unter Einschaltung dritter Länder, vor allem der USA und Großbritanniens kaufen, in deren Händen sich die meisten Gruben und die Handelswege für die wichtigsten Rohstoffe befinden. Bei einer Gesamteinfuhr von 292 Mrd. DM wurden 1979 Waren im Wert von 241,6

Das afghanische Volk läßt sich nicht unterjochen

Gespräche mit afghanischen Flüchtlingen in der BRD

z.chm. Die Sozialimperialisten bereiten sich auf einen langen Krieg in Afghanistan vor. Zwei Pontonbrücken über den Amu-Darja-Fluß, der Afghanistan mit der Sowjetunion verbindet, werden betoniert. Der Salang-Paß, der 1200 km lang ist und durch das Hindukuschgebirge führt, wird ausgebaut als Teil des Ausbau der Hauptstraße, die von Kabul aus über Kandahar, Herat und Mazar-e-Sharif um den Hindukusch herumführt. Die Besatzertruppen erhalten feste Unterkünfte.

Die sowjetische Besatzerarmee hat keinen einzigen Teil des Landes vollständig unter Kontrolle. Die Guerillaverbände und die mit ihnen eng zusammenarbeitenden Stammeskrieger operieren sowohl im Nordosten als auch im Süden und Südwesten des Landes. Das Hazradjatgebiet mit den Provinzen Bamian, Ghor und Uruzgan in Zentralafghanistan ist befreites Gebiet. Der Versuch der Sozialimperialisten, das Gebiet um Kabul zu einer uneinnehmbaren Festung zu machen, ist gescheitert. Die Kämpfe in den Bergen und Dörfern sind mit Operationen gegen die Städte gekoppelt, die nachts durchgeführt werden. Die Zahl der Guerillas und der Stammeskrieger wird inzwischen auf 300000 geschätzt. Das ist eine ungünstige Lage für die Sozialimperialisten. Also eskalieren sie ihre Gewaltherrschaft. Fünfzig Dörfer sind allein in den vergangenen drei Wochen durch Flächenbombardements dem Erdboden gleichgemacht worden. 40000 Bauern sind zu Flüchtlingen geworden. Den Besatzern reicht es aber nicht aus. Der politische Kampf in den Städten muß gebrochen werden. Das bestätigten uns afghanische Patrioten, die gezwungen worden sind, ihre Heimat zu verlassen und in der BRD um Asyl anzustehen. Ein Rechtsanwalt berichtet:

,,Die Sowjetunion hat in den Städten alle Intellektuellen, alle fortschrittlichen Kräfte, die Geistlichkeit, alle nationalgesinnten Personen, die gegen ihre Besatzerherrschaft sind, in die Gefängnisse geworfen ... Allein unter den Intellektuellen sind 75000 ermordet worden, entweder unter den Qualen der Folter oder durch Massenerschießungen. Über 100000 Gefangene befinden sich im Poli-Charki-Gefängnis in Kabul ... In den Städten sind nicht nur die Intellektuellen am Widerstand beteiligt. Die Bazaris, die im Bazar ihre Geschäfte haben, spielen eine wichtige Rolle ... Viele von ihnen sind gefallen ...“

Der Befreiungskampf des afghanischen Volkes, der sich auf das ganze Land erstreckt, zwingt die Sozialimperialisten, ihre Besatzertruppen auf weite Gebiete zu verteilen, zumal sie sich kaum auf die afghanische Armee verlassen können. Dabei hat sich die Sowjetunion seit 1961 große Mühe gegeben, diese Armee in ein abhängiges Söldnerheer zu verwandeln.

,,Die Parsham und die Khalk-Partei (die beiden Agenturen der Sozialimperialisten in Afghanistan – die Red.) haben keine Leute im Militär. Deswegen haben sie viele in die Sowjetunion geschickt, wo sie Kurse gemacht haben, damit sie an den Militärschulen und in der Armee eingesetzt werden können“, berichtet ein ehemaliger Schüler der Miltärschule von Kabul, der nach dem Putsch von 1978 gezwungen wurde, die Schule zu verlassen. ,,Diese Parteimitglieder haben ein sogenanntes ,rotes Diplom‘ bekommen, um dann als Kader in der Armee eingesetzt zu werden. Sie bekamen mehr Geld als die anderen für ihren Einsatz als ,Chefideologen‘. Z.B. ist der jetzige Gouverneur von Kandahar Träger solch eines ,roten Diploms‘ ... Es wurden nicht die besten ausgesucht, um an den Kursen teilzunehmen, sondern die, die am meisten der Linie der Sowjetunion folgten. Aber Pannen passieren auch da. Mehrere Leute, die in diese sog. ,marxistisch-leninistischen‘ Akademien geschickt wurden, haben sich dem Widerstand angeschlossen ...“

Die Zahl der afghanischen Armee betrug beim Einmarsch der Sozialimperialisten 100000. Jetzt liegt sie bei 30–40000. Das Offizierskorps wurde dezimiert bis auf die Handlanger der Besatzer. Sowjetische ,,Berater“ haben die Befehlsgewalt übernommen. Das Alter der Wehrpflichtigen wurde vergangene Woche von 22 auf 21 Jahre herabgesetzt. Männer bis zu 42 Jahren können zur Wehrpflicht gezwungen werden. Der Sold ist auf das 9fache erhöht worden.

,,Als die Engländer in Afghanistan herrschten,“ sagt ein Ingenieurstudent, ,,da war es auch so, daß viele Afghanen zu den Widerstandskämpfern übergelaufen sind. Die Briten haben dann als Reaktion darauf den Sold verdoppelt ... Die Sowjetunion macht die gleiche imperialistische Politik wie damals England ... Wir Afghanen befinden uns in einem Kampf zwischen ungleichen Partnern. Wir sind militärisch sehr schwach, während die sowjetischen Besatzer militärisch sehr stark sind. Aber die Besatzer kämpfen ohne moralische Überzeugung. Wir kämpfen aus Überzeugung Diese Überzeugung gibt uns den revolutionären Geist, der nötig ist, um gegen die hochaufgerüstete Sowjetunion zu kämpfen. Die Waffen, mit denen die Mudjahedin kämpfen, sind weder aus China, noch aus den USA, sie sind aus der Sowjetunion, Waffen, die wir von der sowjetischen Armee erbeuten oder die die afghanischen Soldaten mitbringen. Wir haben viel gelernt im Kampf. Mit einer Bombe, die wir für 14 Afghani herstellen, das sind ca. 80 Pf., können wir einen russischen Panzer zerstören, der Millionen gekostet hat.“

Die Sozialimperialisten knüpfen mit der Besetzung Afghanistans an die expansionistische Tradition der russischen Zaren im 19. Jahrhundert an, die in Konkurrenz mit Großbritannien, diesen Leckerbissen schlucken wollten, um an den Indischen Ozean zu gelangen, und schließlich die Golfregion kontrollieren zu können. Die alten Zaren waren ihrem Rivalen Großbritannien in der Konkurrenz unterlegen. Das afghanische Volk hat sie aus dem Land vertrieben, um danach die briti-
Land vertrieben, um danach die briti-
schen Kolonialherren über den Hindukusch zu jagen.

Die Besetzung Afghanistans ist Teil der sowjetischen Strategie, in Konkurrenz mit der US-Supermacht nach der Weltherrschaft zu greifen. Das afghanische Volk läßt sich von den Sozialimperialisten nicht in die Knie zwingen. Sein Kampf hat internationale Bedeutung für die Entwicklung der Kräfte der Revolution. Die afghanischen Patrioten, haben erklärt:

,,Wir fordern alle auf, in einer Front die Kriegsvorbereitungen der russischen Sozialimperialisten zu bekämpfen. Wir schämen uns, daß wir jetzt hier sind. Aber wir haben fest vor, Schulter an Schulter mit unseren Brüdern in Afghanistan zu kämpfen. Wir rufen die Völker und Staaten der Welt auf, das afghanische Volk zu unterstützen, eine breite Einheitsfront gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges, gegen den Sozialimperialismus aufzubauen, zur Unterstützung der Völker in Afghanistan, Kampuchea und Eritrea.“



Soldaten der afghanischen Armee, die sich den Mudjahedin angeschlossen haben. Sie stellen ihre Waffen und ihre Kenntnisse dem nationalen Befreiungskampf ihres Volkes gegen den sozialimperialistischen Aggressor zur Verfügung.



Arafat am 13. November 1974 vor der UNO. Die UNO-Vollversammlung bestätigt in der Resolution 3236 das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit und erkennt die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an.

Arabische Liga fordert Sanktionen, falls Israel besetzte Gebiete nicht räumt

z.gkr. Am vergangenen Dienstag begann die UNO-Sondergeneralversammlung über Palästina. Gleich zu Beginn haben die Länder der Dritten Welt deutlich gemacht, daß sie nicht mehr länger hinnehmen werden, daß sich die US-Imperialisten bei ihrer Einmischung im Nahen Osten auf Beschlüsse der UNO berufen können. Es geht um die Resolutionen 242, 1967 vom Sicherheitsrat gefaßt, die das palästinensische Volk nicht als Nation mit Recht auf Selbstbestimmung behandelt, sondern als Flüchtlinge, und die die Existenz des Staates Israel garantiert. Die Einberufung der Vollversammlung richtet sich gegen die US-Imperialisten, die bisher mit ihrem Veto jeden Versuch einer Änderung der Resolution 242 im Sicherheitsrat blockierten.

Der Vollversammlung gingen eine ganze Reihe solcher diplomatischer Versuche der arabischen Staaten zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes voraus. Im vergangenen Jahr stolperte der US-Botschafter bei der UNO, Andrew Young, bei dem Versuch, eine Nahost-Initiative der arabischen Staaten im Sicherheitsrat abzubiegen und durch Gespräche mit der PLO eine Isolation der US-Imperialisten zu vermeiden. Gespräche zwischen dem Vorsitzenden der PLO, Arafat, und Kreisky und Brandt als
zwischen dem Vorsitzenden der PLO, Arafat, und Kreisky und Brandt als
Vertreter der Sozialistischen Internationale wurden geführt. Die europäischen Imperialisten, insbesondere die BRD-Imperialisten, haben einerseits hohe Investitionen in Israel, sind aber auch auf den Handel, vor allem mit Öl, aus den arabischen Staaten angewiesen. Die Einigkeit der arabischen Staaten schafft die Grundlage, diese Interessen der europäischen Imperialisten zu nutzen und Zugeständnisse an die Forderungen des palästinensischen Volkes zu erzwingen.

Nachdem sie auf der Gipfelkonferenz in Venedig den US-Imperialisten nachgeben mußten, schien Genscher bei der jetzigen UNO-Konferenz der rechte Augenblick, mit einer eigenen Resolution einerseits die Forderungen der Länder der Dritten Welt auf Abzug der Truppen Israels aus den besetzten Gebieten abzuschwächen und andererseits den arabischen Staaten mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes entgegenzukommen. Die arabischen Staaten verfolgen eine Politik, die Risse im Bündnis der EG-Imperialisten mit der US-Supermacht in dieser Frage zu vertiefen. Der nach Bonn gereiste Generalsekretär der arabischen Liga, Klibi, hatte noch vor der Beratung der EG-Außenminister über ihr Vorgehen in der Sondergeneralversammlung mit Genscher und dem Präsidenten des Ministerrates der EG, Gaston Thorn, verhandelt. ,,Ich glaube, daß sich jetzt in vielen arabischen Staaten allgemein die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die EG besonders geeignet ist, einen wichtigen Beitrag für die Lösung der Nahost-Probleme zu leisten. Und zwar unabhängig von den beiden Supermächten.“ Die EG-Imperialisten allerdings versuchen nach dem Rückzieher gegenüber den US-Imperialisten noch um eine Anerkennung der Forderungen der Arabischen Liga herumzukommen. Vor weiteren Schritten soll Thorn erst mit den arabischen Staaten und der PLO, aber auch mit Begin verhandeln. Dann soll evtl. ein Außenministertreffen zwischen EG und Arabischer Liga stattfinden. Für die UNO-Sondervollversammlung hat sich die EG erst einmal auf die Linie geeinigt, schon Beschlossenes zu wiederholen, sich bei einer Abstimmung über die Resolution verschiedener Staaten der Blockfeienbewegung aber zu enthalten.

Diese Resolution fordert neben der
Diese Resolution fordert neben der
Anerkennung der PLO als legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes und dessen Selbstbestimmungsrecht den Abzug der Truppen Israels aus den besetzten Gebieten bis zum 15. November. Sollten die Beschlüsse durch Israel nicht eingehalten werden, soll die Versammlung den Mitgliedsstaaten den Abbruch der diplomatischen, wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zu dem zionistischen Kolonialstaat empfehlen. Angesichts der Verlagerung der Ministerien der Zionisten nach Jerusalem und der Verabschiedung des ,,Jerusalemgesetzes“ und damit der Zementierung der Besatzung, erklärte der außenpolitische Sprecher der PLO, Kaddumi: Die UNO-Sitzung sei die ,,letzte, wenn nicht die allerletzte Chance überhaupt vor einer Explosion“ im Nahen Osten. Die Politik der arabischen Staaten, das Bündnis zwischen US-Supermacht und westeuropäischen Imperialisten in dieser Frage zu sprengen, kann den Kampf der westdeutschen und westeuropäischen Arbeiterklasse erleichtern.

Mrd. DM unmittelbar und für 50,4 Mrd. DM mittelbar bezogen. Erstmals seit 1974 stiegen damit die mittelbaren Bezüge auf jetzt 17,3%. Der Anteil mittelbarer Importe an der Gesamteinfuhr hat sich zwar etwas gesteigert, bei verschiedenen Rohstoffen konnte der BRD-Imperialismus die Möglichkeit seines direkten Zugriffs erweitern. Beim Rohöl z.B. verringerte sich der mittelbar bezogene Anteil von 70,5% in 1978 auf 69% in 1979; beim Eisenerz von 34,3% auf 32,5% und bei Kupfer von 20,9% auf 16,8%. Durch Kapitalexport und Lieferverträge versuchen die BRD-Imperialisten sich feste Quoten zu sichern.

z.jüd. **Die Strompreise für die Haushalte sind doppelt so hoch wie die durchschnittlichen Preise für industrielle Großverbraucher.** Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft hat jetzt Vergleichszahlen veröffentlicht, die auf einem ,,preisbereinigten Kaufkraftstandard“ (KKS) beruhen, der den unterschiedlichen Lebensstandard, die Steigerung des Bruttoinlandprodukts und die verschiedenen Inflationsraten der neun EG-Länder berücksichtig. Danach liegt der Strompreis für industrielle Großverbraucher in Düsseldorf bei 2,75 KKS, der für die privaten Haushalte 84% höher, nämlich bei 5,07 KKS. Die kleinen Industriebetriebe liegen immerhin bei 4,34. Die französische Konkurrenz steht noch besser da: 2,03 für die Industrie, 3,00 für die kleine Industrie und 4,59 für die Haushalte; das sind sogar 126% mehr als für die Industrie. Auch der Unterschied bzgl. der industriellen Großverbraucher in der BRD und in Frankreich ist beträchtlich: mehr als 26% geringer ist der relative Preis für die französischen Imperialisten. Klar, daß die Durchsetzung des Energieprogramm der westdeutschen Imperialisten ungeheuer drängt: Nach dem Kernenergieprogramm der Bundesregierung von 1973 sollten die Kernkraftwerke bis 1980 eine Kapazität von 18000 Megawatt (MW) haben. Bis heute sind in 15 KKW's nur 8747 MW in Kraft; im Bau oder bestellt sind weitere 15 KKW's mit immerhin 16524 MW. Die französichen Imperialisten haben 16 KKW's in Betrieb (8425 MW), aber 52 im Bau oder bestellt mit weiteren 56656 MW.

z.hev. **Bundesarbeitsminister Ehrenberg führte den Vorsitz der ,,Nationalen Kommission für das Jahr der Behinderten“, das die Vereinten Nationen für 1981 ausgerufen haben.** Von 4,3 Mio. Behinderten in Westdeutschland ist die Rede, eine Zahl, die das Statistische Bundesamt 1976 bei 160000 Personen errechnet hat. Sie erfaßt Behinderungen der Arme und Beine, der Wirbelsäule und Hüften, chronische Krankheiten der inneren Organe, hochgradige Sehbehinderung und Blindheit, hochgradige Hörbehinderung und Taubheit, geistige Behinderung, Anfallskrankheiten, Verhaltensstörungen usw., Sprach- und Lernbehinderung und Rechtschreibeschwäche, sowie sonstige Behinderungen, z.B. Lippen- und Gaumenspalte. 28% der Behinderten sind erwerbstätig, 1 Mio. sind schwerbehindert, d.h. zu über 50% erwerbsunfähig. Amtlich registriert sind erst 1,6 Mio. Das Arbeitsministerium ist für eine Meldepflicht von Behinderungen, mit der insbesondere Kinder und Jugendliche erfaßt werden sollen (314000 Behinderte sind unter 25 Jahren), damit so rechtzeitig und kostensparend danach sortiert wird, wer noch taugt für Ausbildung und Beruf oder wer gleich für die stumpfsinnigsten arbeiten unter dem Kommando einer Behindertenwerkstatt herhalten muß. Für letztere hat der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit ab dem 1.4.1980 das Taschengeld von 80 Mark gestrichen, den Behinderten bleiben jetzt noch durchschnittlich 150 Mark für 150 Stunden Arbeit im Monat.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

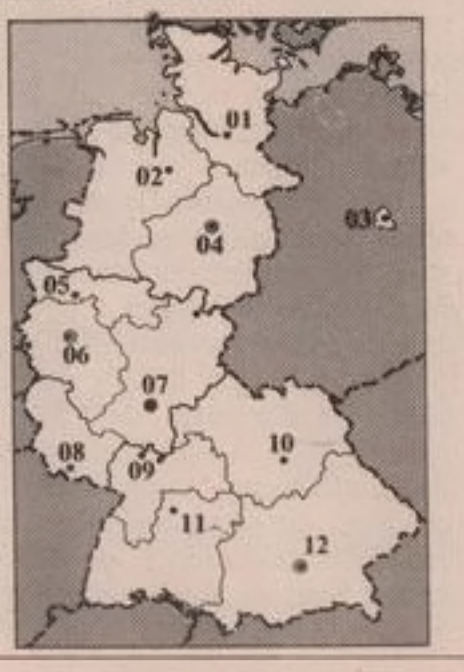
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hep. **Gegen Arbeitslosengeld für Lehrer mit ⅔-Verträgen.** Das Sozialgericht Hannover, 3. Kammer, hat am 23.7.1980 entschieden: Ein für 16 Unterrichtsstunden pro Woche angestellter Lehrer arbeitet unter 20 Stunden wöchentlich. Er fällt damit nach den §§169, 102 AFG nicht unter die Beitragspflicht für die Arbeitslosenversicherung und erwirbt entsprechend keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und andere Leistungen nach dem AFG, selbst wenn für die Zeit der Tätigkeit Beiträge gezahlt worden sind. Rechtlich ist das Urteil falsch. Bei beamteten oder angestellten Lehrern zerfällt die Arbeitszeit in Arbeitsstunden und Unterrichtsstunden. Nach den niedersächsischen Arbeitszeit-Verordnungen für Beamte und Lehrer gilt eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden bei, je nach Schultyp, 23 – 28 Unterrichtsstunden. Dies gilt nach BAT SR2 1 Nr.3 auch für angestellte Lehrer. D.h. daß bei 16 Unterrichtsstunden je nach Schultyp 16/23 – 16/28tel von 40 Arbeitsstunden anfallen, das sind 27,83 – 22,86 Arbeitsstunden, also immer über 20. So rechnet auch das Arbeitsamt nach einer Verfügung für das ganze Bundesgebiet, das sich selber in Hannover auch keineswegs getraut hat, einen so frechen Angriff gegen die Lehrer zu fahren – der ernst ist. Seit Jahren versucht die Bourgeoisie, Teile der Lehrer unter A13 zu drücken. Das ist auch ein Hauptzweck der verschiedenen Teilzeitangestelltenverträge für Lehrer. Das will das Sozialgericht vorantreiben und die Tausende von nach Teilzeitverträgen arbeitslosen Lehrer auf Sozialhilfesatz drücken, monatlich auf 305 DM zuzüglich Wohngeld, Heizungsbeihilfen und sonstigen Beihilfen zum Lebensunterhalt. Der tolldreiste Richter erklärte, er wäre für Berufung. Die findet statt.

r.asf. **Marburger Bund fordert nicht mehr als 64 Überstunden pro Monat für die im Krankenhaus beschäftigten Ärzte.** Bisher galt die Regelung, daß der Dienstherr bis zu acht Bereitschaftsdienste monatlich ansetzen darf, was auf 128 Überstunden pro Monat hinausläuft. Auf der 57. Hauptversammlung des Marburger Bundes wurden der Vorstand und die Tarifkommission damit beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals herbeizuführen. Sollten diese Verhandlungen scheitern, ist der Vorstand ermächtigt, die Sonderregelung 2c BAT zu den Bereitschaftsdiensten der Ärzte zu kündigen. Nach Auffassung der Deutschen Krankenhausgesellschaft kann es derzeit keine Ände-
2c BAT zu den Bereitschaftsdiensten der Ärzte zu kündigen. Nach Auffassung der Deutschen Krankenhausgesellschaft kann es derzeit keine Ände-
rung des Arbeitszeitrechts geben, die die Patientenversorgung unangetastet läßt, weil nach Modellrechnungen in den Krankenhäusern etwa 20000 Ärzte fehlen. Nach Berechnungen, denen Zahlen der Bundesärztekammer und des Statistischen Bundesamtes zu Grunde liegen, wird allerdings festgestellt, daß 1. die Zahl der Ärzte, die nicht in ihrem Beruf arbeiten oder arbeitslos sind, von 1960 6000 bis 1977 um 17400 zugenommen hat. 2. Prognose: 1984 gibt es eine Ärzteschwemme, d.h. es werden 39,6% aller Ärzte weder im Krankenhaus noch in freien Praxen beschäftigt sein, sondern in Verwaltung und Forschung oder in anderen Berufen.

b.dam. **Jeder 13. Einwohner der Stadt Flensburg muß Sozialhilfe beantragen, weil der Lohn oder die Rente nicht zum Lebensminimum reichen.** Seit 1976 ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 1624 auf 6863 angestiegen. Die Zahlungen der Stadt Flensburg erhöhten sich in dem selben Zeitraum von 22507186 DM auf 27696605 DM. Sozialhilfe an Personen, die in Heimen oder Anstalten leben, wird nur an 736 gezahlt, 3348 sind allgemeine Hilfeempfänger, 2447 Sozialrentner. Diese Zahlen drücken insgesamt aus, wieweit es der Regierung gelungen ist, die Arbeitslosengelder zu senken, denn Arbeitslose machen zu 81% die „allgemeinen Sozialhilfeempfänger" aus, und daß die Renten extrem niedrig sind. Viele Rentenempfänger liegen unter dem Sozialhilfesatz, der 1979 bei etwa 600 DM lag. Bei der Arbeiterrentenversicherung 1979 lagen z.B. 52% der Berufsunfähigkeitsrenten der Männer in der BRD und 80,2% der Erwerbsunfähigkeitsrenten der Frauen unter diesem Satz. An den Zahlen wird deutlich, daß es im wesentlichen die Rentner sind, die ohne zusätzliche Sozialhilfe nicht existieren können. Der Anstieg der Rentner, die Sozialhilfe beziehen, ist von 1976 bis 1979 um über 60% von 1492 auf 2447 im Jahr 1979 gestiegen. Die ganz „normale" Hilfe zum Lebensunterhalt steigt dabei an, die außergewöhnlichen Sozialleistungen sind gesunken.

b.peb. **BAFöG-Zuschüsse für Exkursionen gestrichen.** Nach einem Schreiben des Studentenwerks (Amt für Ausbildungsförderung) sind die Kosten für eine Studienfahrt dann nicht als notwendig im Sinne § 5 Abs.1 der Härteverordnung anzusehen, wenn eine kürzere Studienfahrt an einen näher gelegenen Ort mit geringeren Kosten den Ausbildungsanforderungen genügt hätte. Hierzu gibt es ein Auslegungsrundschreiben des Bundesministers vom 15.11.79, nach dem Ausbildungsförderung für eine Studienfahrt nur in Höhe der geringsten notwendigen Kosten geleistet werden kann. Der FSR Geographie betrachtet diese Maßnahme als massiven Angriff auf alle BAFöG-Empfänger und ruft zu einer Aktionsberatung auf.

b.ros. **Der Magistrat der Stadt Eutin hat entschieden, daß alle Schüler aus dem Ortsteil Eutin-Fissau, die in Eutin das Gymnasium besuchen, in Zukunft ihre Fahrkosten selber tragen sollen.** Als die Hauptschule in Fissau aufgelöst wurde, bekamen die Hauptschüler und später auch die anderen Schüler ihr Fahrgeld nach Eutin voll erstattet. Obwohl die Kosten durch Bezuschussung des Schulbusses sich von 84000 auf 21000 DM reduziert haben, will der Magistrat auch dieses Geld noch einsparen. Begründung: Man wolle Gerechtigkeit für alle Ortsteile schaffen, schließlich müßten die Neudorfer seit jeher alles selbst bezahlen. Sowieso müsse die Stadt erst „von einer gewissen Entfernung zum Schulort" an für die Schülerbeförderung aufkommen. Die SPD-Fraktion gab bekannt, daß sie die Neuregelung einstimmig abgelehnt habe. Dies aber nur, weil die Stadt Eutin schon jetzt 63000 DM eingespart hat, und nicht etwa, weil es richtig wäre, alle Fahrten von Schülern auf Staatskosten zu finanzieren. Die SPD argumentiert mit der Chancengleichheit. Wahrscheinlich hätten bei einer Nichtbezuschussung des Busses auch noch die Hauptschüler ihr Fahrgeld selber tragen sollen, damit die anderen Schüler nicht benachteiligt wären. Das Wort „Gerechtigkeit" führen sowohl CDU als auch SPD im Mund. Gerecht wäre aber nur, daß alle Schüler die Fahrt zur Schule frei hätten.

b.sah. **Für die Neugestaltung des Dienstrechtes für Posthalter sprach sich Werner Schulte, DPG-Bezirksver-**

b.sah. **Für die Neugestaltung des Dienstrechtes für Posthalter sprach sich Werner Schulte, DPG-Bezirksverwaltung Kiel auf einer Posthalterversammlung in Schleswig aus.** Die Posthalter (meist nebenberuflich Beschäftigte in Poststellen auf dem Land) sind als Beamte auf Widerruf das schwächste Glied der Postbeschäftigten und haben den geringsten Rationalisierungsschutz. Sie müßten entweder als Angestellte oder Beamte auf Lebenszeit übernommen werden. Die DPG hat erreicht, daß die Poststellen auf dem Land zumindest an 12 Stunden pro Woche geöffnet sind.

b.jok. **Die Bundesbahn hat einen ZDL für 3 Monate wegen Unabkömmlichkeit nach § 16 ZDG als Urlaubshilfe angefordert.** Der ZDL wurde dazu gar nicht angehört. Er bekam nur Nachricht am 22.6., daß er sich am 1.7. bei seiner alten Arbeitsstelle einzufinden habe. Während der 3 Monate bekommt der Kollege Lohn gezahlt. Anschließend muß er zum Arbeiter-Samariter-Bund zurück und die 3 Monate nachdienen. Im nächsten Sommer ist mit Wiederholung des Vorgangs zu rechnen, so daß der Zivildienst erst 6 Monate später beendet ist. Regionalbetrauer Kuckuk: „Wenn Sie nicht kündigen wollen, können wir Ihnen auch nicht helfen." Die Selbstorganisation der ZDL hat sich gegen Unabkömmlichkeitserklärungen ohne Zustimmung des Betroffenden ausgesprochen.

b.chv. **Der Bundesvorstand des VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands e.V.) fordert ab 1981 eine bruttolohnbezogene Rente.** In der Rentenberechnungsformel gilt die allgemeine Bemessungsgrundlage für alle Renten gleich. Das 21. Rentenanpassungsgesetz legte die Allgemeine Bemessungsgrundlage bis 1981 fest, und zwar so, daß die Anpassung 1979 4,5%, für 1980 4% erbrachte und für 1981 4% in Aussicht stellt. Faktisch eine nettolohnbezogene Rente. Von Juli 1978 bis Dezember 1981 wurden dem Rentner Werner T. 4000,84 DM oder 97,50 DM monatlich von der Rente abgezogen. Herr T. erhält 1100 DM Rente, wie ca. 50% aller Rentner eine Rente ungefähr in dieser Höhe erhalten. Wäre die Anpassung weiter nach der Entwicklung der Bruttolöhne gegangen, so hätte es stattdessen eine Erhöhung um 8,3%, 1979 um 6%, 1980 um 6,3% gegeben und 1981 wären 5,8% in Aussicht gestellt worden. Mit seiner Forderung will der VdK ab 1981 weiteren Rentenraub verhindern.

b.trs. **Lohneinbußen während der Mutterschutzfrist am Beispiel einer Verkäuferin.** Nach dem Mutterschutzgesetz erhalten Frauen während der Schutzfristen 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse. Das Mutterschaftsgeld entspricht dem kalendertäglichen Nettolohn, mindestens 3,50 DM und höchstens 25 DM. Der Kapitalist hat einen Zuschuß in Höhe des Unterschiedsbetrages zum Nettolohn zu zahlen. Sozialversicherung und Steuern hat er nicht zu entrichten; für die Frau bedeutet das eine Ausfallzeit in der Rentenversicherung. Lohnerhöhungen, die während der Schutzfristen zu erfolgen hätten, z.B. bei Erhöhung des Gehaltstarifs, werden nicht gezahlt, denn zu Grunde gelegt wird das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten 3 Kalendermonate. Für eine Verkäuferin bei Karstadt (7. Berufsjahr, ab 1.5.80 8. Berufsjahr, Beginn des Mutterschutzes 1.5.80, Entbindungstermin 12.6.80) entsteht damit ein Verlust von 602 DM netto. Zusätzlichen Verlust hat sie an der Jahresabschlußvergütung, einer betrieblichen Sonderzahlung des Karstadt-Konzerns. Nach heutiger Steuer würden 212 DM abgezogen, zusammen sind das Einbußen von 824 DM. Beansprucht die Verkäuferin den Mutterschaftsurlaub 4 Monate im Anschluß an den Mutterschutz, wo der Zuschuß des Kapitalisten entfällt, fehlen ihr am Ende 3344,60 DM netto an Lohn, Urlaubsgeld und Abschlußvergütung.

b.jok. **15 Arbeiter von Phoenix haben an Wirtschaftsminister Lambsdorff einen Antwortbrief auf seine Äußerungen geschrieben,** die Deutschen müßten mehr arbeiten und weniger krankmachen wegen der japanischen Konkurrenz. „(...)Aus Ihren direkt beleidigenden Äußerungen muß man schließen, daß Sie die niedrigen Löhne und den geringen Urlaubsanspruch der japanischen Arbeiter am liebsten hier einführen würden. Mit diesem Standpunkt, dem des höchstmöglichen Profits, werden Sie die gewerkschaftliche Front für höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit nicht aufweichen."

b.mkö. **Der Staat spaltet den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und spart Pensionsgelder durch Teilzeitbeschäftigung von Lehrern.** Hamburg hat jetzt das Bundesgesetz zur Teilzeitbeschäftigung von Beamten übernommen. Für max. 8 Jahre können Lehrer ihre Pflichtstundenzahl bis zur Hälfte senken. Die ruhegeldfähige Dienstzeit verringert sich aber anteilig zur Teilzeitbeschäftigung, und beim Anwachsen des Ruhegeldanspruchs tritt ein Verzögerungseffekt ein. Beispiel: Ein Lehrer erreicht nach 35 Dienstjahren Vollbeschäftigung den Höchstsatz an Ruhegeld, nämlich 75% seines letzten Gehalts. Arbeitet er 8 von 35 Jahren mit halber Stundenzahl, so erreicht er 31 Dienstjahre und nur 69% vom Ruhegeld. Der Staat wird also erheblich kassieren, denn laut Auskunft des Personalrats haben bereits viele Lehrer Teilzeitbeschäftigung beantragt, um die Arbeitsbelastung zu mildern.

Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben

Immer mehr sind auf Sozialhilfe und Wohngeld angewiesen

r.obj. Die SPD brüstet sich häufig damit, für den Ausbau der sozialen Leistungen verantwortlich zu sein. Und diese Leistungen würden jeden sichern. Im Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen hat die SPD ausdrücklich zum Bereich Wohnen Stellung genommen. „Wir werden weiter daran arbeiten, daß Städte und Dörfer lebens- und liebenswerter werden... Zeitgemäßes Wohnen verlangt zwar seinen Preis, jedoch sind unzumutbare Mietbelastungen auch im öffentlichen Wohnungsbau auch weiterhin zu verringern. Deshalb werden wir, insbesondere in Stadtregionen, den sozialen Wohnungsbau verstärkt fortführen und das Wohngeld mit Schwergewicht für Familien mit Kindern verbessern."

Wir haben uns die Entwicklung der Sozialhilfeempfänger in Hamburg angeschaut. Innerhalb von 8 Jahren hat sich der Anteil fast verdoppelt (siehe Schaubild 1). Im Schaubild daneben kann man sehen, wie gesichert diejenigen leben, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Obwohl die jährlichen prozentualen Lohnerhöhungen bei den Hafenarbeitern die dauernden Lohnsenkungen nicht stoppen konnten, liegt die *Erhöhung* der Sozialhilfe-Regelsätze noch etwa 20% darunter. Die Tatsache, daß die durchschnittlich gezahlte Sozialhilfe schneller ansteigt als der Regelsatz, bringt nicht etwa zum Ausdruck, daß die gleichen Leute bei den gleichen Verhältnissen mehr erhalten, sondern, daß die Bedürftigkeit sprunghaft zugenommen hat, und deshalb bei Anwendung der gleichen Maßstäbe mehr Sozialhilfe bezahlt werden muß.

Beim Wohngeld (untere Schaubilder) haben wir untersucht, in welche Einkommensklassen sich die Wohngeldbezieher aufteilen und wie sich die Höhe der Mietzuschüsse verteilt. Der überwiegende Teil hat ein Familieneinkommen unter 1000 DM und erhält ein Wohngeld von unter 128 DM. An diesen Zahlen wird deutlich, daß keineswegs Familien mit Kindern Wohngeld erhalten. Und man sieht es auch daran, daß von 63667 Familien, die am 21.12.1979 in Hamburg Wohngeld erhalten, 45699 Ein-Personen-Haushalte, 9965 Zwei-Personen-Haushalte und nur 8003 Haushalte mit 3 und mehr Personen sind. Dem entspricht der Rentner- und Pensionärsanteil unter den Wohngeldempfängern von 72,6%, während Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen nur 10% ausmachen. Diejenigen, die Wohngeld erhalten, müssen eine ganze Reihe von Hürden überwinden und unterstehen fortwährend der Spitzelei (siehe Wohngeldgesetz im Kasten).

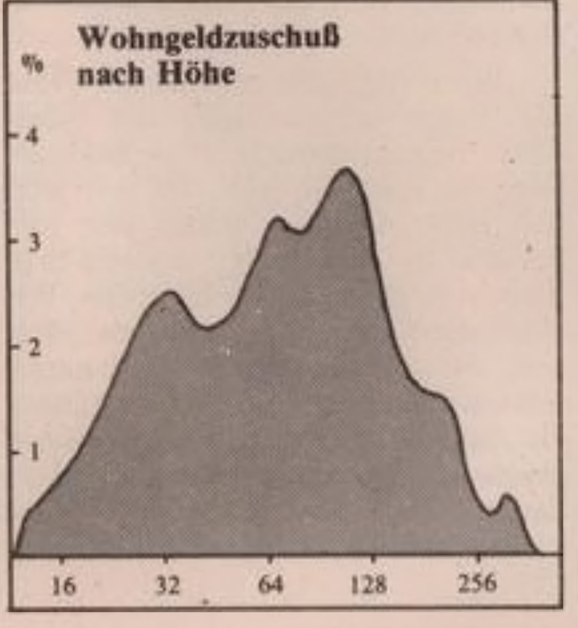
Das Wohngeld bezahlt das jeweilige Land und erhält 50% davon vom Bund zurückerstattet. Durch die ungeheure Steuerauspressung der Lohnabhängigen verschafft sich der Hamburger Senat die Geldmittel, um als Fürsorger dazustehen. Doch selbst das wenige Wohngeld oder Sozialhilfe hat er niemals freiwillig bezahlt, was die Schikanen auf dem Antragsweg beweisen. Eine Rente von 75% des letzten Nettolohnes für jeden Rentenversicherten und Bezahlung der notwendigen Beiträge durch die Kapitalisten würde mögliche Spaltung bekämpfen.

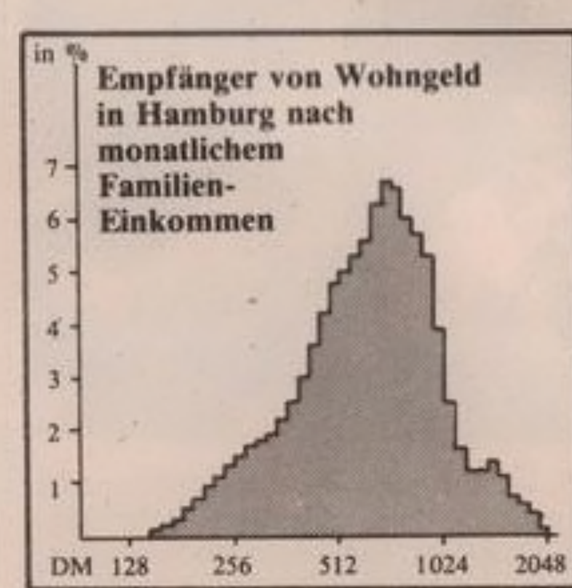


%
Erhöhung in % von
Umriß: Hafenarbeiterlohn
hell: durchschnittl. Sozialhilfe
dunkel: Regelsätze
70 50 30 10
1973 1975 1977 1979

Als Marke gilt immer der obere Begrenzungsbalken. Im Jahr 1975 ist die durchschnittlich gezahlte Sozialhilfe stärker gestiegen als der Hafenarbeiterlohn. Ab 1979 sind die Zahlen dafür noch nicht veröffentlicht.

Als Marke gilt immer der obere Begrenzungsbalken. Im Jahr 1975 ist die durchschnittlich gezahlte Sozialhilfe stärker gestiegen als der Hafenarbeiterlohn. Ab 1979 sind die Zahlen dafür noch nicht veröffentlicht.





Wohngeldgesetz

§1 Zweck des Wohngeldes. Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird im Geltungsbereich und nach Maßgabe dieses Gesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Das Wohngeld ist keine Leistung der Sozialhilfe im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes.

§18 Allgemeiner Versagungsgrund. Wohngeld wird versagt, soweit seine Gewährung zur Vermeidung sozialer Härten nicht erforderlich ist. Dies gilt insbesondere,

1. soweit die Familienmitglieder, die dieselbe Wohnung bewohnen, infolge eigenen schweren Verschuldens außerstande sind, die Miete zu bezahlen oder die Belastung aufzubringen, oder

2. soweit den Familienmitgliedern, die dieselbe Wohnung bewohnen, auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles zugemutet werden kann, die Miete zu bezahlen oder die Belastung aufzubringen.

§24 Angaben und Nachweise. (1) Die zuständige Stelle ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen.

(3) Der Wohngeldempfänger hat die zuständige Stelle unverzüglich zu unterrichten, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraums nicht mehr von den zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern benutzt wird.

§25 Amtshilfe und Auskunftspflicht. (1) Alle Behörden, insbesondere die Finanzbehörde, und die Träger von Sozialleistungen sind verpflichtet, der zuständigen Stelle Auskunft über die ihnen bekannten Einkommens- und Vermögensverhältnisse der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder und über andere ihnen bekannte, für das Wohngeld maßgebenden Umstände zu geben, wenn und soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.

(2) Die Arbeitgeber der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder sind verpflichtet, der zuständigen

(2) Die Arbeitgeber der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder sind verpflichtet, der zuständigen Stelle über Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie über Arbeitsstätte und Arbeitsverdienst Auskunft zu geben, wenn und soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordern.

(3) Der Empfänger der Miete ist verpflichtet, der zuständigen Stelle über Höhe und Zusammensetzung der Miete, über Bezugsfertigkeit des Wohnraums sowie über andere ihm bekannte, das Miet- und Nutzungsverhältnis betreffenden Umstände Auskunft zu geben, wenn und soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.

Die Mindestrente muß den Lebensstandard sichern und Schutz gegen Vernutzung der Arbeitskraft bieten

r.mab. „Für die Herabsetzung des Rentenalters bei Frauen auf 50 Jahre und bei Männern auf 55 Jahre bin ich unbedingt. Dann hat man wenigstens noch was von seinem Leben. Da hast Du 30 bis 40 Jahre gepuckelt und was kommt dabei heraus? Allerdings muß die Rente so sein, daß sie reicht." Dies sagte uns eine 59-jährige Arbeiterin eines Chemiebetriebes. Sie muß noch ein Jahr arbeiten, um einen Rentenanspruch zu erwerben, dann hat sie 15 Jahre voll. Sie ist schwerbehindert und verdient 9,41 Stundenlohn plus 0,30 DM für Betriebsangehörigkeit. In diesem Betrieb sind nicht viele ältere Arbeiter und Arbeiterinnen. Meist versuchen sie aufgrund des durchschnittlich niedrigen Lohnes eine besser bezahlte Arbeit zu finden.

Eine 58-jährige Arbeiterin aus demselben Chemiebetrieb, Zuschneiderin mit einem Stundenlohn von 9,77 DM plus 0,30 DM Betriebszugehörigkeit, hat 35 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt. Vor zwei Jahren, als sie ihre Rente berechnen ließ, hatte sie einen Anspruch auf 900 DM. Sie ist entschlossen, bis zum 63. Lebensjahr weitzuarbeiten, was ihr zusätzlich 80 bis 100 DM mehr Rente einbringen wird. Mit 1000 DM, so rechnet sie, wird sie, trotz einer Miete von 400 DM, dann wahrscheinlich hinkommen.

Eine Lagerarbeiterin, 52 Jahre, muß noch mindestens 8 Jahre arbeiten, um einen Rentenanspruch zu erwerben. Seit 7 Jahren ist sie berufstätig und arbeitet jetzt für einen Stundenlohn von ca. 7,59 DM. An ihren Mann, von dem sie geschieden ist, hat sie keine Rentenansprüche. Da sie kaum Aussicht hat, eine Rente zu bekommen, die zum Leben reicht, sagt sie auf die Frage: „Was hältst Du von einer garantierten
„Was hältst Du von einer garantierten
Mindestrente?": „Sehr gut, das wäre das Beste". Zwischen 900 und 1200 DM, so ihre Vorstellungen, müßte das wohl sein, um vielleicht außer den laufenden Kosten noch leben zu können, eine Reise müßte schon drin sein. Bezüglich der Herabsetzung des Rentenalters sagt sie: „Ja, wenn man es will. Wenn einer freiwillig weiterarbeiten will, muß er es können. Aber die meisten sind ja schon mit 50 und 55 krank und da sind 8 Stunden Arbeit zu viel." Für ihre Rente sieht sie das so: „Das Weiterarbeiten bis 65 lohnt sich nicht. Die Rente reicht dann auch noch nicht. Wenn sie reichen soll, muß Du schon 40 Jahre arbeiten. Ansonsten bist Du betrogen."

99 Jahre müßte ein Arbeiter nach Auskunft eines LVA-Angestellten alt werden, um den Einzahlungsbetrag von zwei Jahren über die Rentenaltersgrenze hinaus in Form von Rente wieder genießen zu können. Diese Information hatte sich ein Klöckner-Arbeiter auf der Bremer Hütte eingeholt. Das durchschnittliche Rentenalter bei Klöckner ist stark gesunken, das durchschnittliche Sterbealter auch. Alle 4 befragten Arbeiter der Klöckner-Hütte, darunter ein Betriebsrat, waren sich bezüglich der Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre zumindest für die Schichtarbeiter einig. Rentenhöhe und Lebenschancen werden hier direkt abgewogen. Da die Renten für einen Schichtarbeiter in der Regel nicht absolut niedrig liegen, der Verschleiß der Arbeitskraft aber drückend spürbar, ziehen viele Klöcknerarbeiter die Verrentung über die 59er-Regelung vor. Über den diesbezüglichen Sozialplan müssen die Klöckner-Kapitalisten für die entgangenen Versicherungsjahre bis zum 63. Lebensjahr eine Ausgleichszahlung erbringen. Im alten Sozialplan war ihnen das noch bis zum 65. Lebensjahr aufgezwungen worden.

War die Bemessungsgrundlage für diese Ausgleichszahlung im alten Sozialplan mindestens 2000 DM, so beträgt sie im neuen noch 1600 DM. Alle 4 befragten Arbeiter, sie sind zwischen 52 und 58 und hatten durchschnittlich 20 bis 40 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt, waren der Meinung, daß jedem eine ausreichende Rente zustehen müßte und zwar unter der Voraussetzung, daß er mindestens 10 Jahre geklebt habe. Alle gingen davon aus, daß diese Mindestrente den jetzigen Lebensstandard sichern müßte. 1500 DM seien das mindeste, was dazu gebraucht würde. Dies entspricht etwa 75% des Bruttolohnes in Lohngruppe 8 in Normalschicht, einer Lohngruppe, in der die meisten Facharbeiter auf der Hütte eingestuft sind.

Das enge Verhältnis zwischen den Einzahlungsjahren, dem Lohn und dem Verschleiß der Arbeitskraft, der
dem Verschleiß der Arbeitskraft, der
zumeist schneller vor sich geht, als die Arbeiter und Arbeiterinnen sich eine ausreichende Rente verschaffen können, ist kaum zu übersehen. Ein Genosse, Rentner seit 8 Jahren, sagt zu diesem Problem: „Die Mindestrente ist ein heißes Eisen, das wir anpacken müssen. Sie muß ein Mittel sein in zweierlei Richtung. Sie muß den Lebensstandard des Arbeiters und seiner Familie erhalten im Falle von Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Alter. Sie muß den Ausfall im Wert ersetzen. Für die Höhe der Mindestrente ist aber auch entscheidend, daß sie so festgesetzt ist, daß sie für die Arbeiterklasse auch einen Schutz gegen die schnelle Vernutzung ihrer Arbeitskraft bietet." Die Kapitalisten müssen zahlen, wenn sie meinen, nach ihnen die Sintflut im Raubbau der Kräfte der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, gegen Überstunden- und Akkordarbeit kann seine passende Ergänzung in der Forderung nach der Mindestrente finden.



Schwerstarbeit, mit Schicht und Akkord: Oft keine Erreichung des Rentenalters

Familienpolitik der schl.-holst. Landesregierung

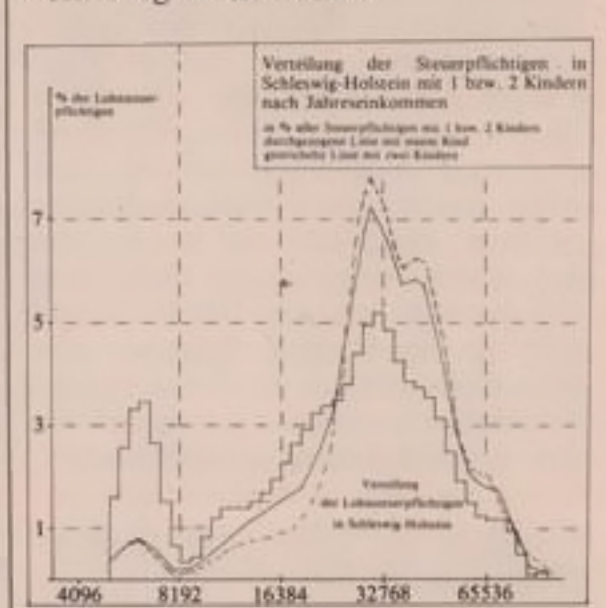
„Die Familie fördern, ohne sie zu bloßen Empfängern von staatlichen Leistungen zu machen"

b.hek. „Die Familienpolitik ist der Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Willens der CDU, eine Politik für die Arbeitnehmer zu machen," das erklärte der Vorsitzende des Arbeitnehmerausschusses in Schleswig-Holstein Dall Asta. Und was Familienpolitik für die CDU bedeutet, faßte die Regierungsbeauftragte Annemarie Schuster so zusammen: „... die Familie fördern und stärken, ohne sie zu bloßen Empfängern von staatlichen Leistungen zu machen."

In der Tat hat sich die Landesregierung bei den tatsächlichen materiellen Hilfen dann auch zurückgehalten. An dem Schaubild kann man erkennen, daß eine gesicherte Erziehung von Kindern tatsächlich in erster Linie ein finanzielles Problem ist und nicht an der Einstellung der Eltern liegt. So sind dann auch die Familienbildungsseminare, der angebliche Schwerpunkt der Familienpolitik der Landesregierung, eher kümmerlich, ca. 200 Erwachsene nehmen im Jahr daran teil.

Neu geschaffen wurde im letzten Jahr das „Familiendarlehen", das für Familien bei Geburt des 2. Kindes Zinszuschüsse von ca. 1500 DM gewährt, bei einem Darlehen von bis zu 6000 DM und einer Laufzeit von 7 Jahren. Diese Zuschüsse werden jedoch nur gewährt, wenn keine weiteren Kredite bestehen und eine Bank die Kreditwürdigkeit geprüft hat. Diese Zuschüsse werden also, ebenso wie die Zuschüsse für die Förderung von Eigenheimbau für junge Familien, nur von Familien in Anspruch genommen werden können, die im Bereich eines Jahresverdienstes von 30000 DM bis 48000 DM (Förderungsgrenze) liegen und die sich sowieso diese 2 Kinder leisten können. In die gleiche Richtung geht auch die Auseinandersetzung innerhalb der CDU um die von der Landesregierung beabsichtigte Änderung beim Familiendarlehen. Während die Landesregierung eine Erhöhung der Freigrenze von 48000 DM auf 60000 DM Jahreseinkommen sowie der Zinszuschüsse von 4,5% auf 5% vorsieht, fordert die CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft), daß die Gewährung bereits bei der Geburt des ersten Kindes einsetzen sollte. Beide Vorschläge sind sich einig, daß der Landeshaushalt finanziell nicht erheblich mehr belastet werden soll. Die Änderung der Landesregierung zielt zudem darauf ab, tatsächliche Hilfe nur für Einkommensgruppen zu gewähren, die auch durch die steuerpolitischen Vorschläge der CDU gefördert werden sollten.

Für die unteren Lohngruppen hat die CDU nur die „Stiftung Familie in Not". Hier sollen „unverschuldet in Not geratene Familien" durch Umschuldung und Zinszuschüsse Hilfe erhalten. Gewährleistet muß sein, daß sie mit ihrem Einkommen nach der Hilfe ein „gesichertes" Leben führen können. Bisher wurde diese Maßnahme in 51 Fällen wirksam, nach einer umfassenden Durchschnüffelung aller Lebensverhältnisse und nach Inkaufnahme einer jahrelangen Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat.



Des weiteren rühmt sich die Landesregierung mit ihrem Modellversuch „Mutter und Kind" in Lübeck. Dort erhalten 20 ledige Mütter 300 DM Erziehungsgeld im Monat und müssen dafür an einer Reihe von Seminaren und Gruppenabenden teilnehmen.

Die tatsächlichen Probleme der Lohnabhängigen, daß der Lohn für die Erziehung von Kindern nicht reicht, daß es kaum Betriebskindergärten gibt und daß die Mieten für große Wohnungen unerschwinglich sind, daran ändert diese Politik überhaupt nichts. Nützen tut sie einer kleinen Gruppe von Lohnabhängigen, die auch gewonnen werden sollen, für den Rest bedeutet diese Familienpolitik Kontrolle und Schikane durch den bürgerlichen Staat.

Unterstützung der Diako-Kinderkrippe durch die Diakonissenanstalt und die Stadt Flensburg!

b.wiw. Die einzige Kinderkrippe Flensburgs, nämlich die in der Diakonissenanstalt, soll geschlossen werden. Von der Diako selbst wird Juni nächsten Jahres als Stichdatum mitgeteilt, vom Jugendamt schon der 1. Januar 1981. Der Grund: Die Stadt schließt eine Gruppe, wodurch städtische Zuschüsse ausbleiben, die Diakonissenanstalt weigert sich, die 200000 DM jährlich anfallenden Kosten zu übernehmen. Untergebracht sind dort 20 Kinder von Beschäftigten der Diako, aber auch von anderen berufstätigen Müttern. Der Satz beträgt 120 DM im Monat. Voranmeldungen liegen noch reichlich vor, 18 allein für noch nicht geborene Kinder von Beschäftigten der Diako.

Die Berufstätigenkurve der Frauen macht im „Mutteralter" einen deutlichen Knick. Uns liegen Zahlen von 1970 in Flensburg vor, danach arbeiten im Alter von 20-25 Jahren 59% aller Frauen, die Zahl sinkt bei den 25-30jährigen auf 45,4%, sinkt noch bei den 30-35jährigen auf 40,7% und steigt dann kontinuierlich wieder bis zu den 45-50jährigen. 1979 wurden die meisten Kinder von 20-25jährigen Frauen geboren, und zwar 280 Kinder, 233 wurden von 25-30jährigen Müttern geboren (732 Geburten 1979 in Flensburg insgesamt): Diese Zahlen zeigen

Weibl. Wohn- u. Erwerbspersonen Flensburg 1970

Alter	Wohn-bevölk.	Erwerbs-tätige	Anteil Erw.tät.
bis 20	13182	1689	12,81%
20–25	3193	1911	59,80%
25–30	3277	1487	45,37%
30–35	3492	1422	40,72%
35–40	2476	1127	45,51%
40–45	2937	1496	50,93%
45–50	3453	1711	49,55%
50–55	2466	1100	44,60%
55–60	3564	1236	34,68%
60–65	3652	647	17,71%
ab 65	9583	321	3,34%

Quelle: Statistische Blätter der Stadt Flensburg.

folgendes: Einerseits wird klar, daß die Kindererziehung nicht gesellschaftlich gelöst ist, sondern die Frauen ihre Berufstätigkeit zum großen Teil unterbrechen, um sich individuell der Erziehung der Kinder zu widmen. Andererseits wird aber auch deutlich: die höchste Berufstätigenquote liegt in dem Altersabschnitt, in dem die Erstgeburten und überhaupt alle Geburten am höchsten sind. D.h. mit Sicherheit wird ein Teil der Frauen, die zu den 60% erwerbstätigen im Altersabschnitt 20-25 Jahre gehören, ein oder zwei Kinder haben, während von staatlicher Seite die Erziehung der Kleinstkinder keineswegs geregelt ist. Die einzige Möglichkeit bietet die Stadt noch in der Vermittlung von Tagesmüttern, der Satz beträgt pauschal 330 DM im Monat.

In der Auseinandersetzung um das „Kinderhaus", ein Zusammenschluß von Eltern in Eigeninitiative, wobei die Stadt bisher eine Erzieherin stellte, weigert sie sich seit einiger Zeit, die Stelle weiter zu bezahlen unter dem Vorwand, die Räumlichkeiten seien zu dreckig. Die Stadt soll die Diako-Kinderkrippe und das „Kinderhaus" unterstützen!

In der ÖTV hat sich im Mai eine Frauengruppe gebildet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, unter anderem die Frage der öffentlichen Kindererziehung zu behandeln. Eine gute Möglichkeit bietet sich jetzt im Wahlkampf, den Politikern diese Forderungen zu stellen. Desweiteren werden aber von Gewerkschaftsseite her Untersuchungen unternommen werden müssen, die die jetzige Lage der Kindererziehung für die Arbeiter klarlegen und die die Argumente für die Einrichtung von Betriebskindergärten unter der Kontrolle der Betriebsräte sowie staatliche Kindergärten untermauern.

b.trg. **Knapp 200 Schüler des Gymnasiums Göhlbachtal streikten ab der 4.Std. und führten eine Demonstration durch,** um damit gegen die Stundenplankürzung und für die Einstellung der entsprechenden Zahl von Lehrern zu demonstrieren. Einige Lehrer der Schule schickten eine Solidaritätsadresse.

b.stb. **Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat den Frauenhäusern Flensburg und Rendsburg für 1980 die Gelder gestrichen.** Begründung: Die Einstellung *einer* hauptamtlichen Erzieherin sei nicht im Modellversuchsvertrag vorgesehen (obwohl die anfallende Arbeit mehrere erfordert). Das ist zwar unwahr, doch hat auch der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit derselben Begründung seine Gelder für das Rendsburger Frauenhaus gestrichen. Dies erhält jetzt 30000 DM von der Stadt Rendsburg stattdessen. Die CDU pocht auf die rein ehrenamtliche Arbeit der Frauen, die die Häuser organisieren, und auf Zusammenarbeit mit den örtlichen Beratungsstellen, in Rendsburg beispielsweise des Diakonischen Werks. Trotz äußerst eingeschränkter Arbeits- und Lebensverhältnisse – in Rendsburg wohnen z.Zt. 7 Frauen und 8 Kinder in einer 60 qm-Wohnung – ist die selbständige Arbeit der Frauenhäuser der Landesregierung ein Dorn im Auge. Ob für Rendsburg für 1981 etwas bewilligt wird, ist noch völlig unklar.

r.gea. **Am letzten Tag vor den Schulferien ließ Remmers folgende Überlegungen zur Lehrerfortbildung verlauten:** Mit 8 – 12% sei der Teilnehmerkreis zu klein. Durch Eintragung in die Personalakte und Berücksichtigung bei Beförderungen soll der Fortbildung ein stärkerer Druck beigelegt werden. Nicht Teilnahme Einzelner, sondern von Kollegien und das am besten in den Ferien. Auch einige Monate im Betrieb sei Fortbildung. Noch am gleichen Tag sind die GEW und der Philologenverband gegen diesen erneuten Angriff auf die Arbeitszeit der Lehrer aufgetreten. Während die FDP vertrat, Remmers wolle sich auf Kosten der Lehrer profilieren, äußerte die SPD, daß man Lehrerfortbildung in den Ferien nicht ausschließen dürfe. Im gleichen Interview hat Remmers angekündigt, daß Niedersachsen beabsichtige, als erstes Bundesland neben den Noten weitere Kriterien bei der Lehrereinstellung einzuführen.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens
Harburg, 27.7. – 1.8.80, 20 Uhr, „Löschteich", Schwarzenbergstr. 70

Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt
Itzehoe, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, „Zur Kajüte", Liethberg

Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges
Lüneburg, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, 28.7.: „Moravia Eck", Stöterogestr. / 29.7. – 1.8.: Gaststätte Kaltenmoor

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
Flensburg, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, Gaststätte „Moravia" (ZOB-Restaurant)

Prozeß wegen Verstoß gegen das Sammlungsgesetz – Kampuchea Sammlung
Neumünster, 28.7.80, Amtsgericht, Boostedter Str. 26, Zi. 18

Sportkurs der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Probe des Musikzugs
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, „Bei Anne", Bismarckstr. 2

Zeichenkurs
Hamburg, 1.8.80, 18 Uhr, Universität, Phil-Turm, Raum 963, Thema: Zeichenübung Porträt

Schwimmkurs
Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße



Reihe deutsche Geschichte: Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion.

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Reihe: KVZ Kommunismus und Klassenkampf, Quellenhefte / Kühl KG (32 S. / Best.Nr. 1753 / 1,50 DM)

Aufzucht von Kindern ist für viele Nacht- und Schichtarbeiter gar nicht möglich

b.ros. In der BRD arbeiten 1978 39,8% der verheirateten, 50,1% der ledigen Frauen. In Hamburg sind 114000 Frauen mit Kindern erwerbstätig, das sind 38% aller erwerbstätigen Frauen. Den höchsten Anteil davon bilden Frauen mit 1 Kind unter 18 Jahren, 46,7% von ihnen arbeiten. Mit 25,8% liegt diese Quote bei Frauen mit 2 und mehr Kindern unter 6 am niedrigsten. Je jünger die Kinder und je mehr man hat, desto weniger ist die Berufstätigkeit der Frau möglich. Der Mann muß Überstunden kloppen, oder wie etwa viele Familienväter im Hafen gleich 2 Schichten hintereinander, das auf Kosten von Gesundheit und Lebenszeit.

Anhand der Daten über Krankenpflegepersonal von 6 Stationen an Hamburger Krankenhäusern haben wir untersucht, wie die Aufzucht von Kindern bei Nacht- und Schichtarbeit gewährleistet werden kann. 65 Pflegekräfte arbeiten dort, davon 2 Männer, einer der Männer hat 1 Kind unter 6. 53 arbeiten ganztags in meist unregelmäßigem Wechsel in Früh-, Tag-, Spät- und z.T. Nachtschicht. 4 arbeiten Teilzeit, 8 als Nachtwachen. 13 Schwestern haben 19 Kinder unter 18, 8 davon unter 6 Jahren. D.h. 18,75% der auf diesen Stationen arbeitenden Schwestern haben Kinder, halb soviel wie der Anteil in Hamburg insgesamt (s.o.). Verhältnismäßig hoch liegt der Kinderanteil bei den Teilzeitbeschäftigten und Nachtwachen mit 75%. Das zeigt das Problem der Versorgung der Kinder während der Arbeit. Die schulpflichtigen Kinder müssen sich alle nach der Schule selbst versorgen. 2 der Kinder unter 6 sind in einer staatlichen Krippe, die Eltern müssen den Höchstsatz von 333 DM zahlen. (Bei einem Nettofamilieneinkommen abzüglich Miete von 2440 DM erreicht man diesen Satz). Kirchliche Krippen sind noch teurer. 2 Kollegen lösen das Problem durch wechselnde Schichten von Mann und Frau. Die Arbeitsbelastung steigt immens. Mann und Frau sehen sich kaum. Wer zu Hause ist, muß das Kind versorgen und den Haushalt machen. Selbst kurze Ruhepausen sind nicht drin. Das Schlafdefizit und die Krankheitsanfälligkeit steigen enorm. Viele Schwestern haben aus solchem Grund schon gekündigt, ein Grund für den Personalmangel. An den staatlichen Krankenhäusern gibt es Kinderstuben mit längeren Öffnungszeiten als in den öffentlichen – mit viel zu wenig Plätzen.

Die Reproduktion verteuert sich durch die Arbeit beider Eltern erheblich. Zu den normalen Kosten für Nahrung und Kleidung, Miete etc. für Kinder (nach Berechnung des Deutschen Familienverbandes rund 470 DM pro Kind) kommen die Unterbringungkosten, die auch im Urlaub und bei Krankheit weitergezahlt werden müssen.

Die ÖTV fordert für Nacht- und Schichtarbeiter: Zusatzurlaub von 12 Arbeitstagen, Verbot der ständigen Nachtarbeit, Verbot der Überstunden, Sicherstellung der Betreuung der Kinder. Vorsorgekuren nach 5 Jahren Nacht- bzw. Schichtarbeit, ärztliche Untersuchungen auf Kosten des Dienstherrn alle 2 Jahre. Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf das 55. Lebensjahr. Die Lebensarbeitszeit zu verkürzen reicht jedoch nicht. Was jeden Tag an Lebenskraft entzogen wird, kann am Ende der Lebenszeit nicht mehr aufgeholt werden. In einem Flugblatt weist die ÖTV-Betriebsgruppe des Universitätskrankenhauses Eppendorf daher auf die Notwendigkeit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei 2 arbeitsfreien Tagen hin.

Gesetzliches Verbot der Überstunden!

b.wik. Gesetzlich ist der Normalarbeitstag von 8 Stunden nicht festgelegt. Den Kapitalisten bleiben mannigfache Möglichkeiten, die Arbeiter zu Überstunden zu zwingen, vor denen auch die in der Industrie und im Handwerk gültigen Manteltarifverträge nicht ausreichend schützen, so daß viele Arbeiter zur Mehrarbeit gezwungen sind.

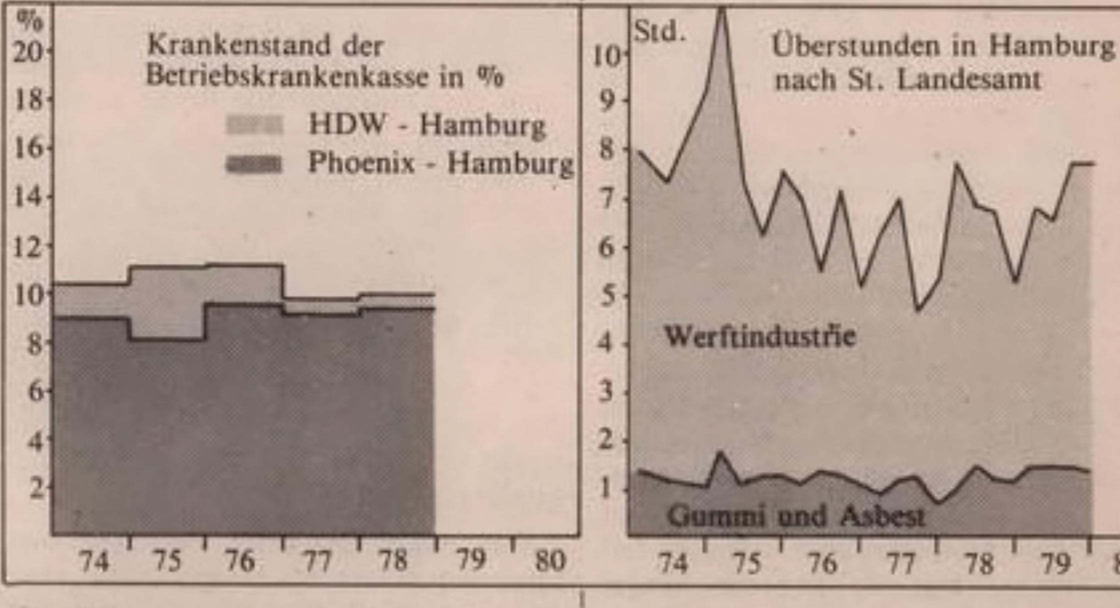
Die Statistik über die bezahlte Wochenarbeitszeit in Stunden gibt für die Industrie folgende Zeitwerte für Schleswig-Holstein an:

1970	44,8 Std.
1972	44,0 Std.
1974	43,1 Std.
1976	43,1 Std.
1978	42,5 Std.
1979	42,8 Std.

Obwohl die wöchentliche Arbeitszeit gesunken ist, wird die 40-Stundenwoche regelmäßig überschritten. In der Elektrotechnischen Industrie werden im Schnitt 1,8 Überstunden bei den Arbeitern gemacht, im Maschinenbau sind es 2,4 bei den ungelernten und den angelernten Arbeitern und 3,7 bei den Facharbeitern. Die Branche, in der die wöchentliche Mehrarbeit am höchsten ist, ist der Schiffbau. 92% aller Arbeiter sind hier als Facharbeiter eingestuft, die durchschnittlich 4,4 Überstunden pro Woche machen. Obwohl dies der höchste Durchschnittswert ist, wird darin die tatsächliche Aneignung zusätzlicher Arbeitskraft allenfalls beschönigt. Auf den Tag berechnet ergeben 4,4 Überstunden an 5 Tagen 0,88 Überstunden. Die zusätzlichen Reproduktionskosten stellen sich dann aber immer noch anders dar, als wenn das monatliche Durchschnittsquantum 19,8 Überstunden in einer Woche zu erbringen wäre. Die Überstunden, wie sie auf den Werften üblich sind, liegen mehr auf diesem Pol. Regelmäßig vor Ablieferung eines Schiffes wird der Arbeitstag verlängert, im Extremen soweit, daß selbst die tägliche Reproduktion des Arbeiters zusammenbrechen muß. Der dafür zusätzlich gezahlte Lohn bietet überhaupt nicht mehr ein Äquivalent für die zusätzlich verausgabte Arbeitskraft. Zur Abwicklung eines Termingeschäftes der Husumer Werftkapitalisten mit dem Reeder Hein Danz hatte ein Werftarbeiter in 2 Wochen folgende Arbeitszeit: 1. Woche Montag und Dienstag 7.15 bis 16.30 Uhr; Mittwoch 7.15 bis 20 Uhr, dann weiter 21 bis Donnerstag 6 Uhr; Donnerstag 7 bis 19 Uhr; Freitag 7.15 bis 16.30 Uhr; in der 2. Woche dieselbe Arbeitszeit. Geleistete Mehrarbeit 30,8 Stunden.

Bei Mak sind 1979 über 400000 Überstunden gemacht worden, dafür hätten 200 Arbeiter eingestellt werden können. Allein im 2. Halbjahr 79 waren 10% der Gesamtstunden Überstunden. In den ersten 4 Monaten dieses Jahres sind bereits 12,8% Überstunden gemacht worden. Der Betriebsrat strebt eine Betriebsvereinbarung an. Er fordert einen Personalplan ohne Überstunden und will die zulässigen Überstunden auf 60 pro Jahr beschränken. Alle Überstunden, die darüber hinaus gemacht werden, sollen als Freizeit abgegolten werden, in jedem Fall dürfen aber nicht mehr als 220 Überstunden im Jahr gemacht werden. Offen bei einer solchen Regelung ist, wie die Überstundenzuschläge berechnet werden.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Bovensiepen hat entsprechend dem Grafen Lambsdorff gefordert, die Arbeiter müßten mehr arbeiten. Das Interesse der Arbeiter, der Ausbeutung durch die Kapitalisten Schranken zu ziehen, erfordert das gesetzliche Verbot der Überstunden.



Das linke Schaubild zeigt den Krankenstand im Jahresdurchschnitt von HDW Hamburg und von Phoenix. Errechnet aus der Monatsstatistik der Betriebskrankenkassen. Das rechte Schaubild zeigt den Verlauf der geleisteten Überstunden im Durchschnitt für die Branche. Vierteljahrerhebung.

Einsatz der Schiedsmänner zur Kostendämpfung im Justizwesen

b.thc. Herr A. hat Herrn B., seinen Etagennachbarn, wegen seiner ständigen Lärmbelästigung so stark beleidigt, daß dieser eine gerichtlich geregelte Wiedergutmachung verlangt. Das Gericht verweist Herrn B. an den für ihn zuständigen Schiedsmann, dessen Aufgabe es ist, zwischen den beiden Parteien eine Einigung zu erzielen.

Nach der schleswig-holsteinischen Schiedsmannsverordnung muß er bei bestimmten Privatklagedelikten eingeschaltet werden. U.a. bei Hausfriedensbruch, Beleidigung, Verletzung des Briefgeheimnisses und Körperverletzung. Gewählt werden die Schiedsmänner durch die Gemeindevertretung. Kann man nun die Tätigkeit der Schiedsmänner, da sie ja demokratisch gewählt werden und über sie u.U. die Streitigkeiten im Volk vom bürgerlichen Justizapparat ferngehalten werden, unterstützen?

Seinen Ursprung hat das Amt des Schiedsmannes in der französischen Revolution. Das Volk sollte über Laienrichter einen Teil der Gerichtsbarkeit von den Feudalherren trennen. Zunächst versuchsweise wurde der Schiedsmann 1827 von der Ständeversammlung im preußischen Landtag eingeführt. Allerdings gleich mit dem Gedanken, die Gerichte zu entlasten. Ab 1851 war die Einschaltung eines Schiedsmannes bei Beleidigung und leichter Körperverletzung zwingend vorgeschrieben. 1879 wurde die preußische Schiedsmannsordnung auch für Schleswig-Holstein gültig und 1921, ausdrücklich mit der Begründung der Entlastung der Gerichte, um erheblich mehr vor dem Schiedsmann zu verhandelnde Privatklagedelikte erweitert.

Der Justizminister und der Gerichtspräsident, der die Wahl eines Schiedsmannes bestätigen muß, kontrollieren die Tätigkeit des Schiedsmannes über die Führung eines Protokollbuches, in das alle Daten und Personenangaben der Streitenden eingetragen werden müssen und in das der Gerichtspräsident ständig Einsicht hat und jährlich Einsicht nehmen muß.

Der Schiedsmann, dessen Tätigkeit ehrenamtlich ist, soll die Kosten des Justizapparates senken und die für die Bourgeoisie unwichtigen Streitigkeiten vom Gericht fernhalten. Deswegen hat Justizminister Claussen aufgerufen, die Schiedsmänner mehr in Anspruch zu nehmen. Allerdings sind die Fälle, die vor den Schiedsmann kommen, ständig gesunken. 1963: 2829, 1973: 1166, 1979: 875. Das Manöver mit dem „unabhängigen Schiedsmann" ist wohl entdeckt worden!

Die ÖTV fordert Kündigung der Bereitschaftsdienstregelung zum frühest möglichen Termin

b.ins. Zum 30.9.80 können die BAT-Sonderregelungen 2a und 2c gekündigt werden. Geregelt wird dort der Bereitschaftsdienst für Pflegepersonal, Beschäftigte im Labor und in Röntgenabteilungen (SR 2a) sowie der Ärzte (SR 2c) in Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten. Die jetzige Regelung ist seit 1972 in Kraft. Seitdem hat es etliche Gesetze und Verordnungen gegeben, die die Arbeitsbelastung des Personals enorm gesteigert haben.

Die noch gültige BAT-Sonderregelung bietet den Beschäftigten keinen ausreichenden Schutz vor der Vernutzung der Arbeitskraft in kürzester Zeit. „Der Arbeitgeber darf Bereitschaftsdienst nur anordnen, wenn zu erwarten ist, daß zwar Arbeit anfällt, aber die Zeit ohne Arbeit überwiegt." (BAT-SR 2a, 2c (1)). Laut BAT-Sonderregelung darf die Arbeit während des Bereitschaftsdienstes 49% der Zeit nicht überschreiten. Tatsächlich ist es besonders auf Aufnahmestationen gängig, daß Ärzte im nächtlichen Bereitschaftsdienst nur 2 bis 3 Stunden schlafen können. Dem Bereitschaftsdienst geht ein normaler Arbeitstag voran und ihm folgt auch ein solcher. 60 bis 80 Arbeitsstunden pro Woche sind für Ärzte mittlerweile üblich. Möglich ist das, weil die Sonderregelung die Anzahl der Bereitschaftsdienste nicht beschränkt. Absatz 7 legt fest, daß „von Ausnahmefällen abgesehen, nicht mehr als achtmal im Kalendermonat" Bereitschaft oder Rufbereitschaft angeordnet werden soll. Die Ausnahmefälle sind nicht definiert. Vielmehr wird in der Sonderregelung von 13 und mehr Bereitschaftsdiensten ausgegangen. In einem Schreiben des Arbeitskreises „Bereitschaftsdienst im Krankenhaus" der ÖTV wird die Forderung nach Senkung der Bereitschaftsdienste auf 4 im Monat erhoben. Das ist auch von der ÖTV in Stade und Hamburg gefordert worden.

Ein weiteres Problem sind die Ruhezeiten. Nach einem durchgehenden Bereitschaftsdienst am Wochenende hat man Anspruch auf 12 Stunden Ruhezeit. Für den normalen Bereitschaftsdienst unter der Woche muß eine erheblich über 49% hinausgehende Arbeitsbelastung nachgewiesen werden, um Ruhezeit zu erhalten. Die Länge der Ruhezeit ist aber dem jeweiligen Dienstherrn überlassen. In Stade haben die Ärzte durchgesetzt, daß sie bei weniger als 4 Stunden Schlaf im Bereitschaftsdienst vormittags 4 Stunden schlafen können. Die ÖTV in Stade fordert 24 Stunden Ruhezeit im Anschluß an einen Bereitschaftsdienst. Arbeitseinsatz im Sinne der Sonderregelung ist nur die Arbeit, in akuten und Notfällen und bei Neueinweisungen. Tatsächlich wird aber im Bereitschaftsdienst zu großen Teilen die Arbeit gemacht, die tagsüber nicht geschafft werden kann. Im Stader Labor übernimmt der Bereitschaftsdienst so die morgendliche Nüchternblutzuckerabnahme bei Patienten auf Station. Ärzte schreiben während des Bereitschaftsdienstes Arztbriefe, werten die Krankenkurven aus und führen z.T. Behandlungen durch.

Diese Arbeitszeit wird nicht bezahlt. In der ÖTV gibt es deshalb die Forderung, daß generell Arbeitsbereitschaft statt Bereitschaftsdienst gilt. Bei ersterem wird die gesamte Zeit bezahlt, beim zweiten nur Arbeit im Sinne des Bereitschaftsdienstes.

Flensburger Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitung beschließt Demonstration zum Antikriegstag

b.how. Das Flensburger Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitung hat zum diesjährigen Antikriegstag, dem 1. September, einen Aufruf beschlossen. Die Aktionen der Gewerkschaften zum Antikriegstag sollen unterstützt werden, aufgerufen wird zu einer Demonstration am 1. September. Daß sich an die Gewerkschaften als organisierte Kraft der Arbeiterbewegung gewandt wird, ist gut, damit eine wirklich starke Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen aufgebaut werden kann.

In dem Aufruf heißt es: *„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg! (...) Anerkennung der jetzigen Grenzen der BRD, der DDR und Westberlins! Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages! Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung! Uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Rechte in der Bundeswehr! Keine Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes! Keine Frauen zum Bund! Stoppt das Flottenprogramm! (...) Abschaffung der Notstandsgesetze! Weg mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz! Abschaffung des Wehrkraftzersetzungsparagraphen! Einstellung aller Wehrkraftzersetzungsprozesse! (...) BRD raus aus der NATO. DDR raus aus dem Warschauer Pakt! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt! Abzug aller fremden Truppen!* Die Kriegsgefahr, die heute so groß ist wie nie zuvor nach dem 2. Weltkrieg, hat ihre konkreten Ursachen in der tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise, die insbesondere die beiden Supermächte, USA und UdSSR, derzeit erschüttern. (...) Der Weg aus diesen wirtschaftspolitischen Problemen ist gekennzeichnet durch Expansion vornehmlich in den Ländern der Dritten Welt. (...) Gerade die Politik der Bundesregierung, die sich durch eigenständiges, weltpolitisches Taktieren auszeichnet, zielt in Richtung der relativen Unabhängigkeit von den USA. (...) *Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! Keine Atomwaffen in Meyn, Leck und auch nicht anderswo! Schluß mit den Kriegsmanövern!* (...) Ebenso gilt es, Widerstand gegen die großen Herbstmanöver zu leisten (...)"

Gerichte flankieren Kriegsvorbereitungen von Bundeswehr und NATO gegen Fischerinteressen

b.reh. Schleswig-Holsteins Fischer führen seit Jahren einen schweren Existenzkampf gegen die Vernichtungspolitik des bürgerlichen Staates und der Fischereimonopole. Sinkende Anlandungen (Ostsee: 1973 40396 t, 1978: 28702 t) und Erlöse (73: 826 DM/t, 78: 1024 DM/t), die immer weiter hinter den Betriebskosten zurückbleiben, belegen dies.

Diese Entwicklung verschärfen die imperialistischen Marinen durch verschiedene Maßnahmen. Jährlich finden in der Ostsee die NATO-Minenlegeübungen „Blue Harrier" statt, bei denen ca. 14 Tage lang große Seegebiete für die Fischer gesperrt werden und zusätzlich durch Minensprengungen Fischschwärme dezimiert und vertrieben werden. 1978 haben eine Reihe von Fischereivereinen gegen das Manöver protestiert und pauschale Ausfallentschädigung von 600 DM/Tag gefordert.

Zu Blockademaßnahmen griffen im Herbst 79 die Fischer in der Büsumer Bucht. Gegen das Erprobungsschießen der Bundeswehr in einem 30 km langen Sektor der Bucht fahren ständig Fischereifahrzeuge zwischen der Hubinsel „Barbara" und dem Zielgebiet, um zu verhindern, daß die Schießbahn „clear range" wurde. Die Erprobungsserien konnten zwar nicht durchgesetzt werden, dennoch wurden provokatorisch vereinzelt Schüsse abgegeben, obwohl sich Fischereifahrzeuge in der Schießbahn befanden. Daraufhin hatte der Fischer Hamann Anzeige gegen die Leiter der Erprobungsstelle gestellt.

Ebenso hatte ein Eckernförder Fischer Anzeige gegen die Bundeswehr gestellt mit der Forderung nach Ausfallentschädigung von 2755 DM. Ihm waren zweimal Torpedodrähte, die von der Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr in der Eckernförder Bucht gelassen wurden, in die Schiffswelle geraten. Die Reparaturkosten hatte die Bundeswehr erstattet mit dem Hinweis, daß sie dazu eigentlich nicht verpflichtet sei. Die Zahlung des Verdienstausfalls wurde verweigert.

In beiden Fällen haben jetzt das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (Büsum) und das Oberlandesgericht (Eckernförde) letztinstanzlich entschieden: „Schießübungen mit Lenkdrahttorpedos gehören zu den erforderlichen Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft der Teilstreitkraft Marine zu gewährleisten (...) Der Schaden ist nicht so erheblich, daß dem Fischer die entschädigungslose Hinnahme nicht zugemutet werden könnte." (OLG Schleswig) „Durch das Übungsschießen der Bundeswehr in der Meldorfer Bucht wird niemand gefährdet", urteilte das OVG Lüneburg.

Beide Urteile setzen neue Marken: Übergeordnet und damit durchzusetzen gegenüber den Interessen der Fischer ist die Herstellung der Kriegsfähigkeit der Bundeswehr, das gilt somit auch für alle NATO-Verbände. Die Fischer in Büsum hatten erklärt, nicht aufzugeben. Daß verschiedene örtliche Fischereivereine sich gegen die Manöver und Probeschießen ausgesprochen hatten, ist günstig dafür, daß sich die Kutterfischer zusammenschließen zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen.

Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen:

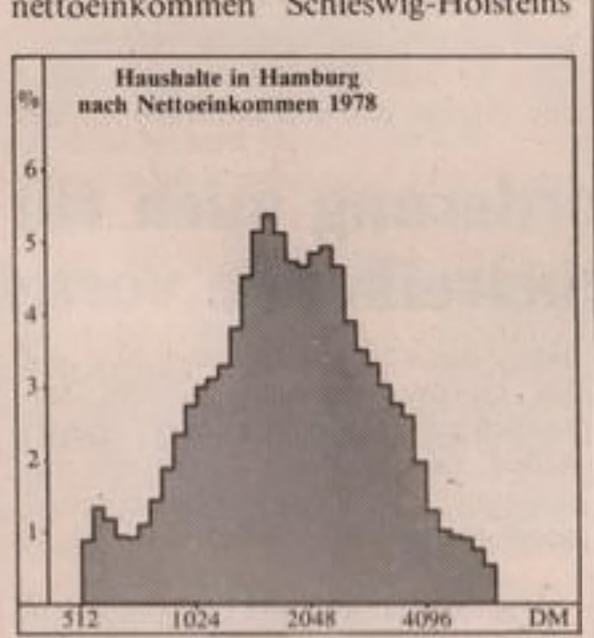
CDU und SPD-Regierung haben die Spaltung der Volksmassen von 1969 - 78 kräftig verschärft

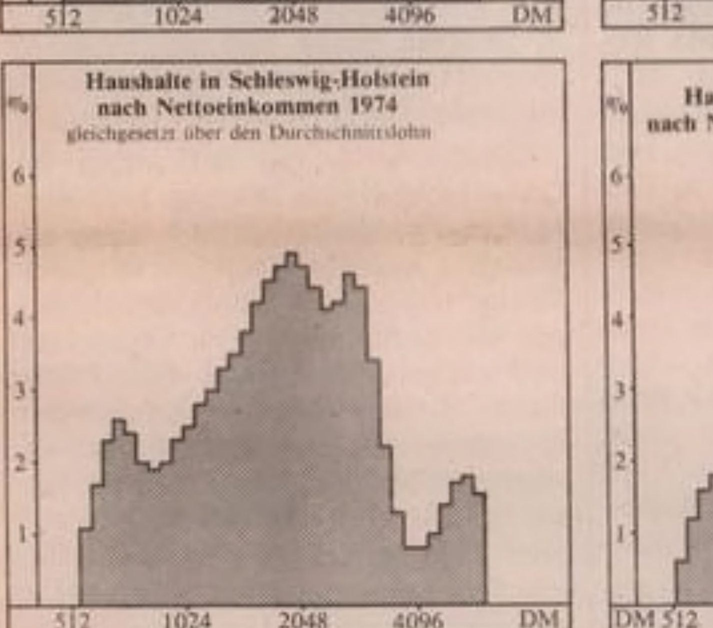
b.brb. Der Bruttodurchschnittslohn liegt in Hamburg einige hundert DM höher als in Schleswig-Holstein: 1979 lag er in der Gesamtindustrie von Schleswig-Holstein bei 2500 DM, in Hamburg bei 2760 DM; in der Elektroindustrie betrug die Differenz über 500 DM, von 2291 zu 2805 DM. Dieser hohe Unterschied bei den Löhnen verschwindet aber beim Haushaltsnettoeinkommen fast vollständig. Das Durchschnittsnettoeinkommen von Hamburg und Schleswig-Holstein ist 1978 fast gleich: 1953 DM und 1964 DM. Die Belegung der unteren Einkommensklassen ist in Hamburg höher als in Schleswig-Holstein und die der höheren niedriger als in Schleswig-Holstein. In der Verteilung der Haushalte Schleswig-Holsteins von 1978 kann man die Herausbildung von 6 Gruppierungen erkennen, die deutlich voneinander gespalten sind. Diese Spaltung ist in der Verteilung der Hamburger Haushalte noch nicht so ausgeprägt, zeichnet sich aber über die Jahre hin ebenfalls ab. In Schleswig-Holstein ist die Gruppierung von 724 – 1260 DM 1978 nur mit 21% belegt, in Hamburg dagegen mit 25%; in der Gruppierung von 2521 – 4096 DM liegen dagegen in Schleswig-Holstein 21 und in Hamburg 14% der Haushalte. Die höchste Gruppierung über 4096 DM ist in beiden Ländern mit 6% gleich belegt. Die Möglichkeiten der Reproduktion werden damit in Hamburg infolge der höheren Lebenshaltungskosten noch mal schwieriger als in Schleswig-Holstein.

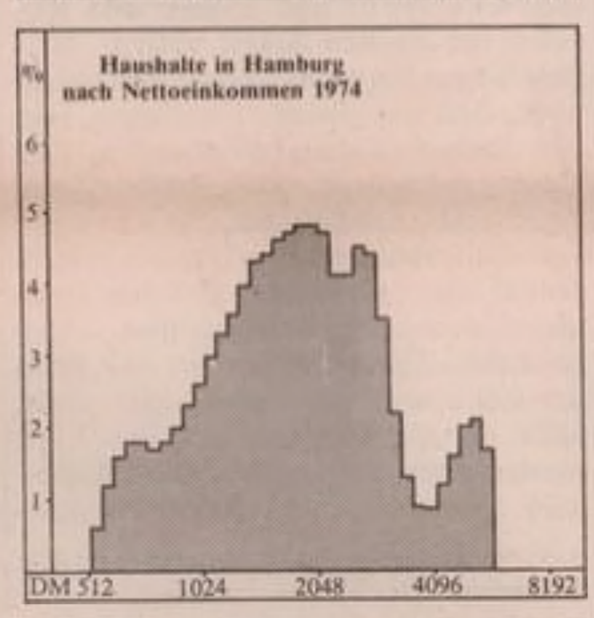
Die krasse Differenz zwischen relativ hohen Bruttolöhnen und niedrigem Haushaltsnettoeinkommen in Hamburg liegt an den Steuerabzügen. Von 1969 – 1976 ist die Lohnsteuer in Hamburg um 276% gestiegen und macht pro Lohnabhängigem 181% des vergleichbaren Bundesdurchschnitts aus (siehe KVZ 14/80). Klose heuchelt im SPD-Wahlprogramm zu den Bürgerschaftswahlen Verständnis für die Kritik an den hohen Steuern „zumal unser Steuersystem der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit noch immer nicht voll entspricht", aber staatliche Leistungen hätten nun mal ihren Preis, „und dieser Preis muß über Steuern und Gebühren von den Bürgern bezahlt werden". Dagegen gäbe es keinen „Zaubertrick".

An der Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen Schleswig-Holsteins kann man folgendes erkennen: Während in Schleswig-Holstein ebenso wie in der ganzen BRD bei den Lohnabhängigen in Industrie und Handel von 1969 – 1979 die Spaltung verringert werden konnte durch stärkeres Heranrücken der unteren Lohngruppen an die höheren, allerdings bei gleichzeitiger Auffüllung der unteren Lohngruppen (siehe KVZ 13/80), ist bei der Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens in Schleswig-Holstein von 1969 – 1978 genau der umgekehrte Vorgang eingetreten. War 1969 das Haushaltseinkommensgefüge noch relativ einheitlich (nur die untersten Einkommensklassen sind deutlich abgespalten), so zeichnen sich 1974 bereits 4 und 1978 6 Gruppierungen ab, die voneinander gespalten sind. Die Gruppierung von 1260 – 1910 DM, in der 1969 die meisten Haushalte lagen, ist verringert worden (1969 = 34%; 1974 = 24%; 1978 = 26%) und herabgedrückt worden in die unteren Einkommensklassen von 512 – 724 DM (1969 = 4%; 1974 = 5%; 1978 = 6%) und von 724 – 1260 DM (1969 = 15%; 1978 = 21%). Bei den höheren Einkommensklassen ist die Gruppierung von 2521 – 4096 DM um 3% angehoben worden. An der Belegung der unteren Einkommensklassen kann man erkennen, daß das Haushaltsnettoeinkommen von 1969 – 78 gesunken ist: Während die untersten Einkommensklassen um 6% stärker belegt wurden, sind die beiden obersten nur um 3% mehr belegt worden.

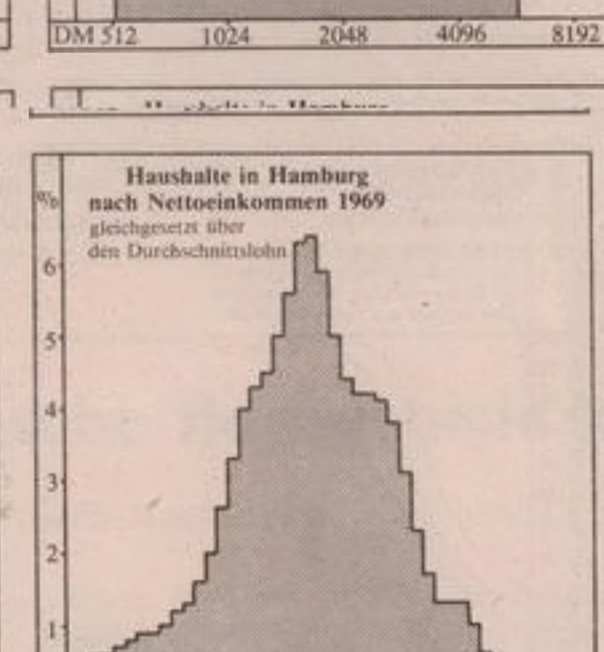
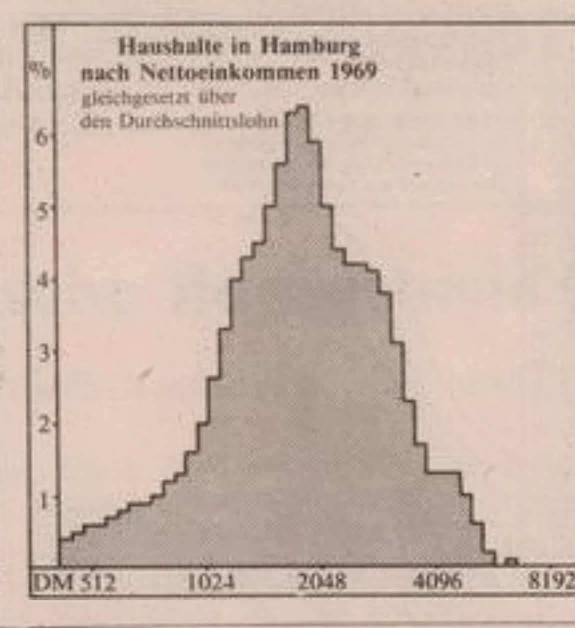
Haushalte in Schleswig-Holstein nach Nettoeinkommen 1978







Haushalte in Schleswig-Holstein nach Nettoeinkommen 1969

An dieser Entwicklung muß man die Aussagen der CDU messen, die sich damit rühmt, das frühere „Armenhaus" Schleswig-Holstein in ein „attraktives Land" verwandelt zu haben und daß heute „alle Bürger in Schleswig-Holstein beruflich und wirtschaftlich gute Chancen" fänden. Schon seit Jahren hat die CDU die Vertretung der Interessen des Mittelstandes und der Bauern auf ihre Fahnen geschrieben. So heißt es im „Schleswig-Holstein-Programm '80" in Bezug auf die zu mehr als 50% in kleinen und mittleren Betrieben arbeitenden Menschen: „Ohne eine breite Schicht von Bürgern, die als Selbständige oder Arbeitnehmer bereit sind, Ideen zu verwirklichen, Leistungen zu erbringen und dabei auch Risiken auf sich zu nehmen, würden Gesellschaft und Wirtschaft kraftlos werden." Die Abspaltung von einzelnen Gruppierungen aus dem Gefüge der Haushalte zielt ganz offen-
sichtlich darauf ab, Gruppen von bes-
füge der Haushalte zielt ganz offensichtlich darauf ab, Gruppen von besser verdienenden Werktätigen herauszukristallisieren, die die Politik der CDU aufgrund materieller Interessen vertreten sollen. Auf der anderen Seite zeigt die Verteilung der Haushaltseinkommen in den unteren Einkommensklassen, daß die bürgerlichen Parteien in diesen vom Einkommen her keine soziale Basis haben, seien es Arbeiter oder Selbständige. Gerade sie sind der schärfsten Ausplünderung durch Steuern und Versicherungsgelder unterworfen und gerade bei diesen Einkommensklassen will die CDU die Abzugslast auch nicht senken.

Betriebsrat NRI setzt Lärmpegelmessung durch

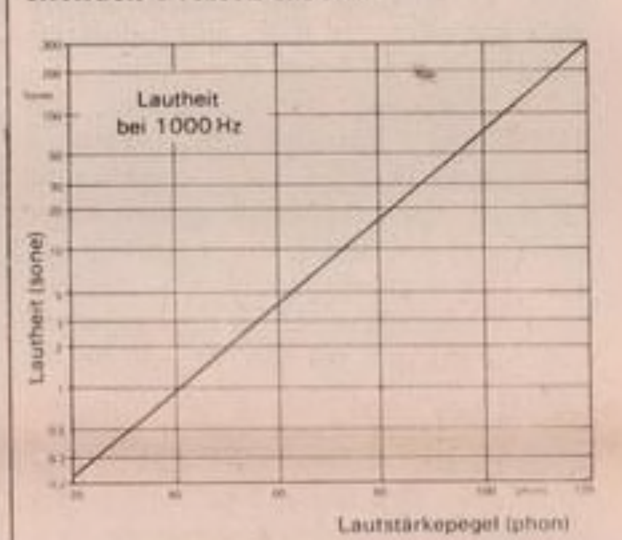
b.mis. In der Maschinenhalle bei NRI in Buxtehude arbeiten etwa 60 Arbeiter und Arbeiterinnen an Pressen, Bohrmaschinen, Gewindeschneidemaschinen und in der Blechschlosserei. Es werden dort alle Metallteile für die Münzprüfer gefertigt. Die Teile werden gestanzt, gebogen, gelocht, unzählige Gewinde geschnitten und Löcher gebohrt. Die Arbeit ist schwer. Die Monotonie und der immer währende Lärm den ganzen Tag über. Wird allein an den beiden 125 Tonnen-Pressen gestanzt, und an den anderen kleineren Pressen gebogen, was nicht so viel Lärm macht, reicht dies schon zur Zermürbung. Man kann nicht weglaufen, obwohl es einem manchmal so zumute ist. Man kann sich Watte in die Ohren stopfen. Oder einen Kopfhörer aufsetzen. Der wirkt wie eine Kopfklammer, nach spätestens einer Stunde drückts. Watte und Kopfklammer helfen auch nicht so viel. Der Lärm kommt aus allen Richtungen. Von vorne, von der „eigenen" Stanze, von rechts und links von den anderen Pressen. Alle Pressen und Maschinen stehen in einer Halle auf engem Raum zusammengedrängt. Aller Schall wird reflektiert. Auseinandersetzung gibt es um diese Zustände schon länger. Von den Arbeitern wurden z.B. schallschluckende Trennwände gefordert für die Halle. Die Kapitalisten stellen sich stur. Für sie ist es damit erledigt, daß die Maschinenhalle als Lärmbereich gekennzeichnet ist, und an allen Türen ein Schild mit einem Kopf mit Gehörschutz hängt.

Daß Lärm ein wesentlicher Streßfaktor ist, der zu mehr als nur Lärmschwerhörigkeit führt, haben schon mehrere Untersuchungen zu Tage gefördert. Nachgewiesen sind bereits Gefäßkontraktionen der Hautgefäße, Blutdrucksteigerungen, Herabsetzung der Magenfunktionen und der Speichelsekretion, erhöhte Muskelanspannung und vermehrte Ausschüttung von Nebennierenhormonen. In einer vom DGB in der Zeitschrift „Die Quelle" veröffentlichten Untersuchung wurde dies jetzt erhärtet. „Die Forschungsgruppe kam zu dem Ergebnis, daß unter der Wirkung von Lärm Magnesium aus den Zellen abgegeben wird, und daß mit abnehmendem Magnesiumspiegel der lärmbedingte Anstieg des Blutdrucks größer wird. ‚Schon' bei einer Erhöhung der Verkehrslärmbelästigung um 10 dB(A) über einen Grenzbereich von 50-60 dB(A) im Tagesdurchschnitt steigt das Risiko einer Herzgefäßerkrankung rapide an." (Quelle 6/80).
(Quelle 6/80).

Nach neuesten Angaben der Bundesregierung für das Jahr 1978 ist Lärmschwerhörigkeit mit 18121 angezeigten Fällen die häufigste Berufskrankheit, die auch einzig als Folge von Lärm anerkannt wird. Erstmals entschädigt wurden davon ganze 3286 oder 18,1% Fälle.

Obgleich Lärm einen erheblichen Anteil am schlechten Gesundheitszustand vieler Arbeiter hat, verweigern die Kapitalisten und der Staat hartnäckig eine Verschärfung der Lärmschutzbestimmungen und -maßnahmen, da es ihnen zu sehr an den Profit geht. Die Forderung des stellvertretenden DGB Vorsitzenden Muhr als Konsequenz aus dem erwähnten Forschungsbericht, Bluthochdruck als Berufskrankheit anzuerkennen, lehnte Arbeitsminister Ehrenberg jedoch mit dem Hinweis ab, es lägen keine gesicherten arbeitsmedizinischen Erkenntnisse hierfür vor.

Um überhaupt weitere Erkenntnisse über die Arbeitsbelastung der Arbeiter in der Maschinenabteilung von NRI sowie auch noch einigen kleineren Abteilungen zu erlangen, hat der Betriebsrat eine Schallpegelmessung durchgesetzt. Die Messung soll über den ganzen Tag gemacht werden, sodaß nicht nur einzelne Werte ermittelt werden, sondern die tagtägliche Belastung deutlich wird. Diese Langzeitmessung wird vom TÜV Norddeutschland durchgeführt. Die Geschäftsleitung wollte erst abwimmeln, vorwegen der Kosten. Auf der vorletzten Betriebsversammlung, auf der der Betriebsrat von dem Vorhaben berichtete, wurde er von den Arbeitern, speziell auch aus der Maschinenhalle unterstützt, und wurde von der Geschäftsleitung die Lärmpegelmessung gefordert. Die Messung muß jetzt durchgeführt werden. Auf der letzten Betriebsversammlung, auf der erstmals der Betriebsarzt sprach, wurde dieser auch auf das Problem des unmäßigen Lärms hingewiesen. Das hat bewirkt, daß der Mann tätig werden mußte, und in der letzten Zeit des öfteren in der Halle gesichtet wurde. Die Angelegenheit wird aufmerksam von der Belegschaft verfolgt, und wenn der TÜV kommt, werden die entsprechenden Pressen laufen.



Obwohl nach den medizinischen Untersuchungen bereits bei einem Lärmpegel von 70 dB(A) erhebliche Risiken für die Gesundheit auftreten, lassen die Arbeitsstättenverordnung und die Unfallverhütungsvorschrift Lärm (UVV) einen Lärmpegel bis zu 90 dB(A) ohne Lärmschutz zu. Eine Erhöhung des
Lärmpegels von 70 auf 90 dB(A) bedeutet dabei eine Vervierfachung der
Lärmpegels von 70 auf 90 dB(A) bedeutet dabei eine Vervierfachung der Lautheit oder Lautstärke, 40 dB(A) entsprechen einer normalen, nicht störenden Geräuschkulisse. (Siehe auch das Schaubild, wobei ein Phon in etwa gleich ein dB ist) Überschreitet der Lärmpegel 90 dB(A), so legt die UVV Lärm auch im Wesentlichen nur Vorschriften für die Arbeiter fest, die bei Nichteinhaltung zu Minderung oder gar Streichung der Zahlung der Berufsgenossenschaft führen. Für die Kapitalisten werden schallisolierende Maßnahmen nicht bindend festgelegt. Dazu müssen sie von den Arbeitern gezwungen werden.

Widerstand gegen die geplante Osttangente in Flensburg

b.beu. Die Flensburger Osttangente, die von der Westumgehung im Süden der Stadt in den Stadtteil Engelsby und Mürwik führen soll, stößt bei den Bewohnern, besonders in Engelsby, auf Widerstand. Jetzt in der Phase des Planfeststellungsverfahrens sind nach Auslegung der Pläne im Dezember 1979 70 Protesteingaben an die Stadt eingegangen. Ein Hauptteil kommt aus der Straße Kirchentoft, wo die vierspurige Straße (in Mürwik zweispurig) Grundstücke durchschneidet. Eine weitere Eingabe kommt vom Besitzer des Lautrupstals, das ein Naherholungsgebiet mit weidenden Schafen ist, und wo die Straße mit ihrer ganzen Breite durchgebaut werden soll. Seit 1950 läuft die Planung dieser Straße, die von der Stadt mit Umgehung, Stadtentlastungsstraße und nun Osttangente betitelt wurde. Der nun 30jährige Widerstand hat sich in einen Zusammenschluß der Anwohner entwickelt, die sich auch über ein eventuelles Gerichtsverfahren gegen die Stadt einig sind. Die Stadt selbst begründet den Bau der Straße gleichzeitig mit Entlastung der Innenstadt und nennt Zahlen wie „32462 Kfz rollen heute noch pro Tag über den Hafendamm und immerhin 28462 weiter über Süderhofenden" (Flensburger Tageblatt – 19.07.80).

Es wird aber nicht geprüft, wieviel Fahrzeuge in den Umkreis der Anschlußpunkte der Osttangente fahren. Die Stadt geht aufgrund der Zahlen davon aus, daß 2500 Fahrzeuge pro Mittelstunde die Osttangente benutzen. Wenn das so wäre, müßte die jetzt bestehende kleine Umgehungsstraße ständig überfüllt sein, was sie nicht ist. Der Grund, der hinter diesen Plänen zur Osttangente steckt, liegt in der kapitalistischen Produktionsweise. „Die Bourgeoisie muß sich vollständig entwickeln, ihre Kapitalien täglich vermehren, die Produktionskosten ihrer Waren täglich erniedrigen, ihre Handelsverbindungen, ihre Märkte täglich ausdehnen, ihre Kommunikation täglich verbessern, um nicht zugrunde zu gehen" (Engels).

Die Osttangente, die zu 75% vom Bund, 10% vom Land und 15% von der Stadt finanziert wird, führt an einem der größten geplanten Gewerbegebiete als Sonderbaufläche zwischen Sandberg und Sünderup (Planungskatalog Flensburg) vorbei. Ein Anschlußpunkt an die Tangente kommt aus der Sonderbaufläche, ein weiterer südwestl. der Stadt, wo die Osttangente an die Westumgehung anschließt und Gewerbegebiete als Flächenreserve vorbehalten sind. Genau in diese Kerbe haut auch die Unterstützung des Bundes und Landes mit einer 75% bzw. 10%igen Kostenbeteiligung, was im Raumordnungsbericht 1972 der Bundesregierung auf Seite 53 nachzulesen ist. Ausschlaggebend für die Standortwahl von Betrieben ist „Nähe zu Rohstoffen, Zulieferungsbetrieben und Absatzgebieten sowie Transportkostenminderung. Von einer Forderung der Flensburger nach einer Osttangente liegt nichts vor. Der Großteil der betroffenen Bewohner ist für einen Ausbau der jetzigen kleinen Umgehungsstraße, damit durch den kapitalistischen Warentransport nicht noch mehr wertvolles Wohngebiet zerstört wird.

Weitere Schulschließungen kann die Landesregierung schwerlich durchsetzen

b.lus. Bis 1982/83 will die Landesregierung vorerst keine Grundschulen schließen. Danach sollen acht Grundschulen in Schleswig-Holstein geschlossen werden, zwei davon sind die in Achterwehr und Gammelby im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die Schüler aus Achterwehr müßten demnach in Felde (ca. 5 km entfernt) zur Schule, aus Gammelby müßten sie in die Fritz-Reuter-Schule nach Eckernförde, ebensoweit. Seit ca. 1976 kämpft der Elternbeirat in Gammelby um den Erhalt der Grundschule. An Auflösung ist gar nicht zu denken, sagen die Eltern. Die drei Busse, die die anderen Schüler nach Eckernförde befördern, sind sowieso schon ziemlich überfüllt. Für die kleinen Schulanfänger ein ziemlich anstrengender Tagesablauf. Für die Fahrkarten müßte voraussichtlich die Gemeinde aufkommen. 32 Schüler werden z.Zt. von einem Lehrer unterrichtet, 1977 waren es 20. Ein zusätzlicher Lehrer ist in der Diskussion der Eltern, zumal auch mit weiteren Zuzügen in Gammelby gerechnet wird. Der Gemeinderat und Bürgermeister sprechen sich ebenfalls gegen die Auflösungspläne aus.

Namens der Landesregierung setzt Kultusminister Bendixen jetzt 32 Schüler pro Schule als unteres Limit für den Fortbestand ländlicher Grundschulen fest. Seine Pläne lauteten vorher mindestens 74 Schüler pro Grundschule, also je 18 in 4 Klassen. 30 Schulen wären demnach im Kreis Rendsburg-Eckernförde geschlossen worden. Gar nicht auszudenken. Zum Beispiel im Bereich zwischen Kiel, Nord-Ostseekanal, Schacht-Audorf (bei Rendsburg) und Nortorf existierte dann nur noch die Schule in Felde.

Die SPD hat bis vor kurzem eine Zahl von 52 Schülern pro Schule propagiert, nun will sie alle erhalten wissen. Beide bürgerlichen Parteien führen jetzt einige Manöver durch, um die Eltern zu verwirren. Tatsächlich sind sie immer dabeigewesen, als im Kreis Rendsburg-Eckernförde seit 1963 von 211 Grund- und Hauptschulen 138 beseitigt wurden. Damit sind sie aber soweit gegangen, daß sich gegen jede weitere Schulschließung entschlossener Widerstand von Eltern, Schülern und Gemeinden entwickelt.



r. Am 24.7. war Aktionstag verschiedener Bürgerinitiativen in Büsum, u.a. mit dem „Umweltkutter 80". Forderungen waren u.a. gegen Schieß- und Militärübungen und gegen die Verschmutzung des Meeres durch die Industrie. Neben Informationsständen zog eine Gruppe als „Wattwurm" durch die Straßen.

Verschmutzung der Küstengewässer raubt Fischern Existenzgrundlage

r.scm. Unterstützung von Maßnahmen, „die zu einer weiteren Verbesserung der Qualität unserer Küsten- und Binnengewässer führen", versprach der Vorsitzende des Agrar- und Umweltausschusses, als der schleswig-holsteinische Landtag das Verbot der Stellnetzfischerei für Hobby- und Nebenerwerbsfischer im Küstenbereich beschloß. Die Begründung dieses für die Nebenerwerbsfischer ruinösen Gesetzes: Überfischung auf Grund der Einschränkung der Fanggebiete durch die 200-Meilen-Zone. Die systematische Zerstörung der Fischbestände duch Einleiten von Klär- und Industrieabwässern fand keine Erwähnung.

Im Seegebiet bei Helgoland, wo Hamburger Klärschlamm verklappt wird, d.h. in 15m Tiefe eingebracht (4% des gesamten kommunalen Klärschlamms der BRD), sowie Abfälle aus der Titanpigmentproduktion (bedeutender Ausgangsstoff für die Farbenindustrie) müssen die Fischer „30 bis 40 Prozent ihrer Fänge wegwerfen ... weil die Fische krank sind – verätzt, verkrüppelt, voller Geschwüre", wie ein Fischer den Kieler Nachrichten berichtete. Ende Juni erst wurde die Verklappungsgenehmigung verlängert. Bei der Titanpigmentherstellung fallen Schwefelsäure und Eisensulfatverbindungen an. Letztere entziehen dem Meerwasser durch chemische Umwandlung Sauerstoff. 87% der Abfälle aus der Gesamttitanpigmentproduktion der EG werden in die Nordsee und den Ärmelkanal verbracht, etwa ein Drittel stammt aus der BRD, 750000 t jährlich. Das Umweltschutzgutachten 1978 der Bundesregierung stellt die Verklappung als „umweltfreundlichste Entsorgungsmethode" dar, denn: „Eine Aufbereitung der Abfälle, die theoretisch möglich ist, wäre mit erheblichen Kosten, aber auch mit Luftverunreinigungen und hohem Energieverbrauch verbunden." Tatsächlich sind wohl auch Luftverunreinigungen eher keine Kostenfrage.

Die Verbrennung chlorierter Kohlenwasserstoffe auf hoher See hält das Umweltschutzgutachten direkt für eine „Lösung" dieses Abfallproblems, kommt aber nicht umhin festzustellen, daß sich gerade in Fischen eine beträchtliche Anreicherung von solchen Stoffen findet. Es handelt sich hier um Substanzen, die in Fett gut, in Wasser wenig löslich sind, weshalb sich in Fischen bis zum 100000fachen der Konzentration findet, die im umgebenden Wasser feststellbar ist. Obwohl die gesetzlichen Grenzwerte für DDT (umgerechnet auf dieselbe Bezugsgröße) etwa 100mal höher sind, werden sie bei Fischleber häufig überschritten. Leber von Ostseedorschen sei stets zu beanstanden, gibt das Umweltschutzgutachten zu. Das Gutachten gibt als Ursache neben Industrie- und Klärwassereinleitungen auch Auswaschung von landwirtschaftlichen Flächen, auf denen Pestizide verwandt werden, an. Dem widersprechen alle quantitativen Untersuchungsergebnisse des schleswig-holsteinischen Landeswasseramtes. Nach ihnen kommt die allergrößte Belastung der Nord- und Ostsee aus städtischen Gebieten und ist niederschlagsunabhängig. Diese Untersuchungen beziehen sich zwar nicht direkt auf Pestizide (DDT etc.), aber u.a. auf Stickstoffverbindungen, die in der Landwirtschaft als Dünger verwandt werden, und lassen mithin Rückschlüsse auf die relativ geringe Bedeutung der Auswaschung landwirtschaftlicher Flächen zu.

Die Verhandlungen um Umweltschutzrichtlinien der EG für die Nordsee zeigen, mit welcher Kaltschnäuzigkeit die Ruinierung dieses Meeres zum Gegenstand des Schachers um Konkurrenzvorteile genommen wird. Im „Europa-Archiv" der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik wird die Gefahr von Ölunfällen bei Nordseebohrungen nicht etwa zum Anlaß genommen, die Möglichkeiten von deren Vermeidung zu erörtern, sondern vielmehr wird gefordert, „zum Ausgleich" dafür, daß auf Grund der Strömungsverhältnisse bei einem Unfall die Deutsche Bucht vorrangig betroffen sei, eine „Beteiligung an den Vorteilen der Ölfunde in der Nordsee", die in britischen Gewässern liegen, zu erhalten.

Fischereihilfe von SPD/FDP/CDU nützt nichts

Anbindung fischwirtschaftlicher Erzeugerpreise an Industriepreise ist nötig

r.dim. Angesichts der Angriffe, die die kleinen und mittleren Fischer und ihre Verbände gegen die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung wegen ihrer Bestrebungen, ihnen – den Kutterfischern in der Nord- und Ostsee – die Existenzgrundlage zu vernichten, richten, sind alle bürgerlichen Parteien dabei, sich als Helfer in der Not aufzuspielen.

Für die Einbeziehung der Krabbenfischerei in das EG-Soforthilfeprogramm und die Gasölbeihilfen will sich Gerd Walter SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament einsetzen. Es sei ihm klar, daß diese Wirtschaftshilfen in Brüssel nicht einfach durchzusetzen seien, sagte er Mitte Juli auf einer von der SPD initiierten Fischereitagung vor Vertretern der Fischerverbände in Büsum und forderte sie auf, dringend ihre unterschiedlichen Interessen auszugleichen und geschlossen aufzutreten.

Die Tagung war die zweite ihrer Art, die die SPD in kurzer Zeit durchgeführt hat, um die Fischer auf ihre „Gesamtlösung" im Rahmen der bevorstehenden Neufassung der EG-Fischmarktordnung einzuwickeln. Landes- und Bundeshilfen könnten sowieso nur Übergangshilfen sein. Matthiesen, SPD-Oppositionsführer „machte" sich bei Finanzminister Matthöfer „stark". „Das Schicksal der Kutterfischer und die Sicherung ihrer Existenz hängt nicht zuletzt davon ab, daß die im Nachtragshaushalt vorgesehenen Mittel für die Kutterfischerei ernsthaft erhöht werden, um ihre Überlebenschancen sichern zu helfen". Eine Woche später, Ende Mai, bedankt er sich überschwenglich für die lächerlichen, zusätzlich zu den 16 Mio. DM für die Fischereiwirtschaft, 1,5 Mio. DM Extrahilfen für die Kutterfischer und bemerkt mit einem Seitenhieb auf die CDU: „Nunmehr (sei) die Landesregierung an der Reihe, ihren Beitrag zu leisten."

Dr. Zumpfort von der FDP meldet sich am gleichen Tag zu Wort und weist darauf hin, „daß diese Mittel nur als Hilfe zur Selbsthilfe zu verstehen seien, und daß es letztlich die Aufgabe der Fischer selber sei, aufgrund veränderter Fangperspektiven notwendige unternehmenspolitische Entscheidungen zu treffen."

Die CDU hatte ihren Beitrag schon Mitte April in einem Gespräch mit Vertretern der Fischereigenossenschaft Heiligenhafen und Burgstaaken (Fehmarn) geleistet. Latendorf, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Olderog führten als Ursache für die Existenzgefährdung der Fischer den Zusammenbruch des „Preisgefüges" an, der im wesentlichen an den Billigimporten zu Dumpingpreisen liegen sollte; wo mußten aber auch die rapide gestiegenen Betriebskosten zugeben. Sie operierten auf der Linie, entweder den anderen Ländern oder der Bundesregierung die Schuld zu geben; so waren auch ihre Vorschläge: wirksames Außenschutzabkommen, Einführung von Schwellenpreisen, die von der EG-Kommission festgelegt würden und unter deren Niveau kein Frischfisch in die Länder der EG eingeführt werden dürfte. Sie forderten die SPD/FDP-Koalition auf, von den Rücknahmepreisen, die nur „ein unzulängliches Kurieren am Symptom, nicht aber eine wirksame Preissicherung" sind, Abstand zu nehmen. Ihre Hilfe besteht in Investitionszuschüssen und Anpassungsbeihilfen, die die Konkurrenz steigern und einen Teil der Fischer sofort ruinieren sollen.

Die Fischer wenden sich nicht generell gegen diese „Hilfen", sie verlangen sie für Gasöl und fordern Abwrackprämien für Fischer, die nur ihre Kapazität einschränken wollen, aber nicht die Fischerei aufgeben. Sie fordern aber vor allem Anhebung der Erzeugerpreise an die Gasölpreise. Die Erzeugerpreise müssen im ganzen an die industriellen Produktionspreise angebunden werden – das ist der notwendige Schritt.

Steuerforderung auch für kleine Gewerbetreibende vorteilhaft

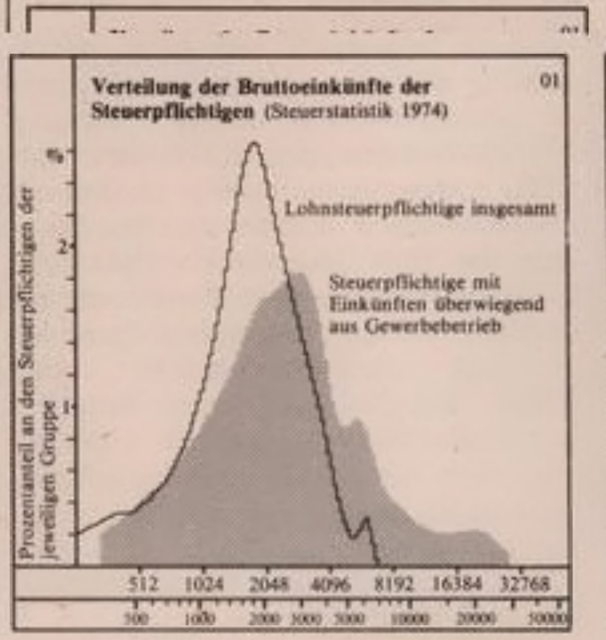
r.gör. Wir fordern die Erhöhung des Grundfreibetrags im Einkommenssteuertarif auf 25% des Durchschnittslohns. Das wären heute 68 Mark pro Monat Steuerersparnis für jeden Lohn- bzw. Einkommenssteuerpflichtigen.

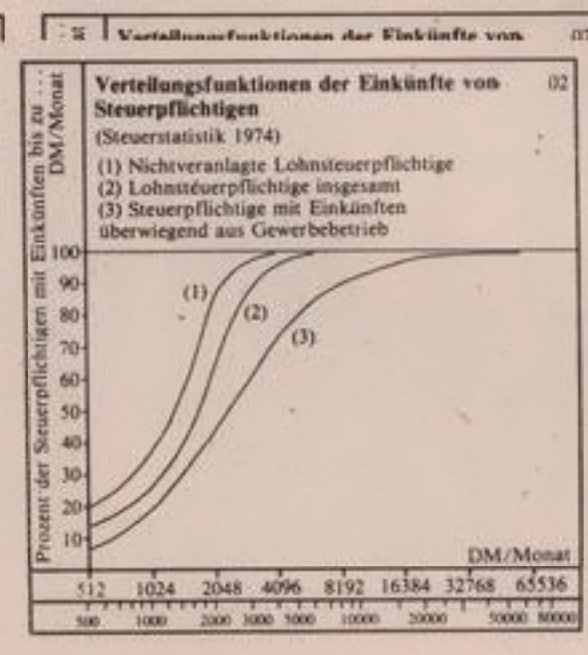
Bei den Gewerbetreibenden unterliegt der Einkommensbesteuerung ihr Gewinn. Der Gewinn, wie ihn das Einkommenssteuergesetz definiert, ist aber nicht einfach mit Profit – also der Geldform unbezahlter Lohnarbeit – gleichzusetzen. Gerade die kleinen Gewerbetreibenden müssen fast durchweg eigene Arbeitskraft in erheblichem Umfang einsetzen. Das Kapital ist klein, und Lohnarbeiter werden nur in geringer Zahl beschäftigt, manchmal gar keine, sondern nur Familienarbeitskräfte. Außerdem ist bei kleinem Kapital die Produktivität der betrieblichen Arbeit oft unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Aus beiden Gründen ist dann die Profitmasse klein, und das Gesamteinkommen besteht wesentlich auch aus dem „Lohn" eigener Arbeit, der die Form von Profit nur annimmt, weil der kleine Gewerbetreibende (formell) Eigentümer ist.

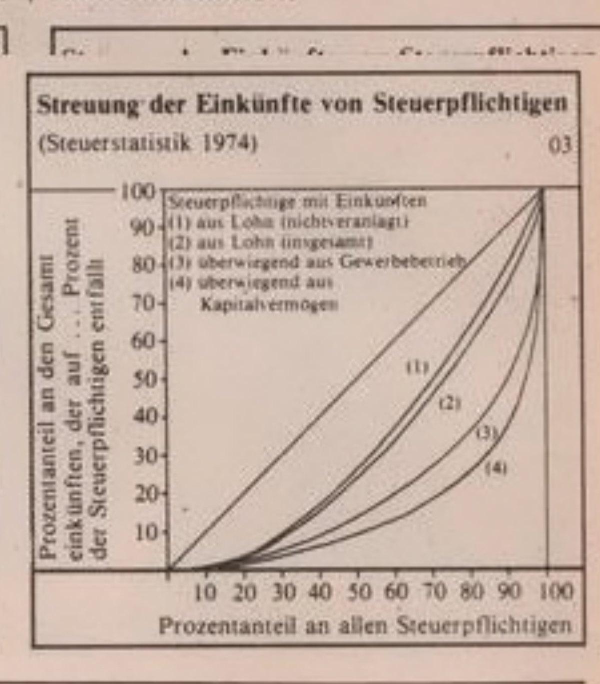
Wie sich das gesamte Einkommen in einerseits Profit und andererseits Resultat der eigenen Arbeit aufteilt, läßt sich allgemein nicht sagen. Fest steht aber, daß bei einem erheblichen Teil der kleinen Gewerbetreibenden das Gesamteinkommen nicht größer als ein Arbeiterlohn ist (Schaubilder 1 und 2). Das Einkommen von mehr als einem Drittel aller Gewerbetreibenden liegt unter dem Durchschnittslohn. Aus Schaubild 2 geht z.B. hervor, daß 90% der Lohnsteuerpflichtigen, aber auch 60% der Steuerpflichtigen mit Einkommen überwiegend aus Gewerbebetrieb unter 3000 Mark (brutto) liegen.

Weil die Einkommen vieler kleiner Gewerbetreibender so niedrig sind, ist eine Senkung des Einkommensteuertarifs für sie wichtig. Da die Höhe ihrer Einkommen der der Masse der Lohnabhängigen entspricht, ist die Erhöhung des *Grundfreibetrags* auch zweckmäßig. Es sind demgegenüber die Kapitalisten, die die Erhöhung der *Steuerfreibeträge* fordern. Denn *diese* Freibeträge lassen sich um so besser ausnutzen, je größer das Kapital und je höher das Einkommen ist.

Tatsächlich ist das Einkommen der Gewerbetreibenden bereits in hohem Maße bei verhältnismäßig wenigen Kapitalisten konzentriert. Aus Schaubild 3 kann man z.B. für die Steuerpflichtigen mit Einkommen überwiegend aus Gewerbebetrieb ablesen: Ein Drittel dieser Steuerpflichtigen im unteren Einkommensbereich verfügt über weniger als 7% der Gesamtmasse der Einkünfte aus Gewerbebetrieb; aber die zehn Prozent mit den höchsten Einkommen haben mehr als 50% am Gesamteinkommen.







Leisler-Kiep: Bundesmarine ans Kap

r.nor. Leisler-Kiep, Außenminister im Schattenkabinett von Strauß, konkretisierte die Grundlinie des außenpolitischen Programms der CDU: Es „müssen die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die ja heute wahrscheinlich noch gar nicht vorhanden sind", für einen Einsatz westdeutscher Marine-Einheiten „auch außerhalb des geographischen Geltungsbereichs des (Nato-)Bündnisses, wenn die Lebenslinien Europas und der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sind." Bei der „Sicherung der Seewege" und „Nachschubwege" „zusammen mit unseren Verbündeten" sei wegen der ausreichenden Präsenz der USA nicht an den Golf als „Verantwortungsbereich" der Bundesmarine gedacht, sondern an das Kap der Guten Hoffnung. Die Bedrohung dieser „Lebenslinien" könne „nicht monokausal auf den Ost-West-Gegensatz zurückgeführt werden" angesichts des „Phänomen(s) der autonomen Revolutionen", möglicherweise in Südafrika. Mit „dem ständigen Wiederkäuen der dreiprozentigen Erhöhung des Verteidigungshaushalts" ist nach Kiep solche Ausdehnung des „Verantwortungsbereichs" der Bundesmarine nicht zu gewährleisten. („Spiegel"-Interview v. 21.7.) Die Westeuropäische Union hob am 21.7. auf Empfehlung der Nato die Beschränkung der Größe westdeutscher Kriegsschiffe auf, um „die Schlagkraft der Allianz" (General Rogers) zu erhöhen.

Krupp Mak übergibt ersten Leopard 2

r.mid. Am 15. Juli wurde in Kiel von Krupp Mak der erste Leopard 2 Panzer, der hier gebaut worden war, übergeben. Generalunternehmer für Entwicklung und Bau des Leopard 2 ist Krauss-Maffei. Die Bundeswehr wird mit etwa 1800 Leopard 2 ausgerüstet. Außerdem wird auch das niederländische Heer den Leopard 2 erhalten. Die Entwicklung des Leopard 2 dauerte über zwölf Jahre. Eingeflossen in diese Entwicklung sind die Erfahrungen mit dem Leopard 1 und dem Kampfpanzer 70, den die BRD-Imperialisten zusammen mit den US-Imperialisten entwickelt hatten. Konzipiert für Panzerschlachten wurde die Panzerung verstärkt, eine 120-mm-Glattrohrkanone eingebaut und die Ziel- und Schußelektronik so ausgebaut, daß der Leopard 2 während voller Fahrt sein Ziel anvisieren und abschießen kann. Geschaffen wurde der Leopard 2 für die großen Panzerschlachten eines imperialistischen Krieges.



Celle I: Isolationshaft gebrochen

r.hep. Zwei Gefangene haben Anfang Juli 1980 ihre Verlegung aus dem Sicherheitstrakt (S-Trakt) der Justizvollzugsanstalt Celle I erzwungen. Wie: Zunächst haben beide wochenlang nicht sauber gemacht; damit zogen auch die Kakerlaken in die brandneuen Betonbunker ein. Einer hat zusätzlich die Farbkomposition der Wände durch totale Bemalung ersetzt. Als das nicht reichte, hat er darüber eine Schicht von Marmelade, Margarine, Ata usw. aufgetragen und die Zelle vollständig unter Wasser gesetzt, das sich dann in den ganzen Trakt ergoß. In der Arrestzelle hat er das fortgesetzt. Der Millionenmusterbau war geschafft, mit ihm der Anstaltsleiter. Er holte den Gefangenen persönlich raus. Vorher wurde die Schweinerei zu Dritt beseitigt, der Leiter Dr. Kühling nahm den Schrubber, ein Schließer eine Bürste, der Gefangene einen Putzlappen. Der zweite Gefangene tat Gleiches. Vor Monaten hatte er erste Zugeständnisse dadurch erzwungen, daß er statt ins Klo in die Zelle pißte und schiß. Beide Gefangene haben diese Kampfform eingesetzt, nachdem nach Monaten ein Ende der Isolation nicht absehbar war. Am 5.6.1980 hat Justizminister Prof. Dr. Schwind noch im Landtag geprahlt: Diese HS-Abteilung (und S-Abteilung) ist ihrer Aufgabenstellung voll gerecht geworden. Angeknackst ist der Beton-Elektronik-Strafvollzug.

VFW-MBB-Fusion noch für dieses Jahr geplant

r.dog. Nach Darstellung der Geschäftsführung von MBB sind Fortschritte erzielt worden, die eine Fusion mit VFW noch in diesem Jahr erwarten lassen. Demnach wird VFW zu 100% von MBB übernommen und die VFW-Aktionäre erhalten eine Beteiligung von 10% am MBB-Kapital. Die Bundesregierung habe „sich massiv eingeschaltet". Mit *einem* großen Flugzeugkonzern soll die Position in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgebaut werden. Die Airbus-Industrie, an der neben MBB und VFW noch andere westeuropäische Konzerne beteiligt sind, erzielte 1979 bei den verkauften Großraumflugzeugen einen Marktanteil von 31%. – Strittig sind im Zusammenhang mit der Fusion noch der Preis, den MBB für die Übernahme von VFW zahlen soll und das Werkstättenkonzept, mit dem die Arbeitsteilung innerhalb des Konzerns organisiert werden soll. Eine Rationalisierungswelle ist schon angekündigt: Der Airbus, der jetzt in 65000 Stunden produziert wird, soll 1989 in 40000 Stunden zusammengebaut werden. Auf der Betriebsversammlung bei VFW in Bremen am 9.7.80 hat der Betriebsrat die Geschäftsleitung aufgefordert, unverzüglich Vorschläge zum Abbau der Überstunden vorzulegen. Die Auseinandersetzung um die geforderte Leistungszulage von 60 Pfennig pro Stunde wird derzeit vor der Einigungsstelle verhandelt.

Mangelnde Produktivkraft vergrößert Wetterabhängigkeit

Landwirtschaftliche Großhändler nutzen Notlage der Bauern und diktieren die Preise

r.clm. 5 Wochen Dauerregen nach einem sehr trockenen und kühlen Mai haben in der Landwirtschaft zu Ertragseinbußen geführt. Das Wachstum der Pflanzen ist zurückgeblieben, das Getreide mangelhaft ausgereift. 250 l/m² Niederschlag in dieser Zeit haben aus dem Boden wichtige Wuchsstoffe, insbesondere den Stickstoff, ausgeschwemmt, den Boden verdichtet, verschlemmt und zusätzlich sauer gemacht. Auf solchem Boden können sich keine gehaltvollen Futterpflanzen mehr entwickeln, die Pflanzenqualität sinkt. Nachdüngung, etwa durch Jauche fahren, war auf den völlig durchweichten Feldern meist auch nicht möglich, weil der Boden nicht mehr trägt und jedes Befahren nur mehr kaputtmacht.

Trotzdem – das tatsächliche Ausmaß an Ernteausfall – bei der Heuernte sollen es 70% sein – ist nicht nur „wetterbedingt“. Weil sie nicht über die mögliche und nötige Produktivkraft verfügen, ist die Produktion der kleinen und mittleren Bauern den Wechselfällen der Witterung unterworfen. Wer über eine gute Felddränage verfügt und wer aufgrund eigener Maschinerie Silo fahren konnte, hat erheblich geringere Verluste beim Getreide und bei der Heuernte. Grassilage muß nur 2 Tage im Schnitt liegen, Heu bei durchgängig sonnigem Wetter 5 Tage. Die Heuernte fiel genau vor den Beginn der Regenperiode. Das meiste blieb auf den Feldern liegen.

Die Bauern sind doppelt geschädigt. Der Futterwert liegt jetzt, nach 5 Regenwochen, höchstens noch bei 10%. Unter dem Heu ist kein Gras nachgewachsen. Die gehaltvollen Gräser gehen kaputt, stattdessen wuchert wertloses Unkraut. Die Weidequalität ist auf Jahre beeinträchtigt, wenn nicht Grassaat gekauft und nachgesät wird. Für die Bauern ist also der Ertrag aus dem ersten Schnitt fast 0, der zweite Schnitt fällt aus. Dort wo Vieh während der Nässeperiode auf der Weide war, hat es die Grasnarbe zertreten, dort wo gemäht wurde, ist jetzt die Grasqualität so schlecht, daß selbst im Sommer zur Erhaltung der Milchleistung vermehrt Grasfutter zugefüttert werden muß.

Für den Winter fehlt der Vorrat. Beim Getreide wird ein Ernteausfall von 20% erwartet. Die anhaltende Nässe und fehlende Sonnenernergie haben bei der Wintergerste gerade in der Korneinlagerungsphase zu mangelnder Ausreifung, d.h. Schrumpfkörnerbildung geführt. Zwiewuchs – das ist Ausbildung von neuen Trieben statt Diktenwachstum der Körner – beeinträchtigt Ernte und Ertrag. Da sich das Korn gelegt hat, ist der Mähdrusch sowieso schwieriger und bei den nassen Feldern ist ein hoher Feuchtigkeitsgrad des Korns zu erwarten, also hohe Trocknungskosten.

Wie groß Einkommensänderungen sind, stellt sich erst beim Verkauf heraus. „Im Markt, der noch immer auf die amtliche Bekanntgabe der für 1980/81 gültigen Getreidepreise wartete, wurden die ungünstiger werdenden Aussichten der Getreideernte diskutiert und in den Geboten der Käufer diskontiert. Es ist zu befürchten, daß Trocknungseinrichtungen und Lager die Ernte nur schwer aufnehmen können. Deshalb zögerten die Käufer Anschaffungen weiter hinaus.“ (Husumer Nachrichten, 19.7.80) Der Aufkauf des Getreides ist in den Händen weniger Großhändler konzentriert. Diese nutzen die Schwierigkeiten, in denen die kleinen und mittleren Bauern jetzt stecken, zu weiteren Erzeugerpreissenkungen aus. Im Landesteil Schleswig z.B. haben sie den Preis von 43 DM je Dz. Gerste 1979 auf 40,50 DM je Dz. gesenkt oder kaufen das Getreide ohne Preis auf, um erst dann einen Preis festzulegen, wenn der größte Teil des Getreides bei ihnen eingelagert ist. Die Bauern, die keine eigenen Lagerungsmöglichkeiten haben, haben selbst unter diesen Bedingungen keine Wahl, sie müssen liefern.

Der EG-Interventionspreis liegt mit 41,52 DM im Juli um mehr als 1 DM höher als die Angebote der Großhändler. Den Bauern nützt das aber erst einmal gar nichts, denn sie können nicht direkt an die staatlichen Aufkaufstellen verkaufen und so die Großhändler auch nicht unter Druck setzen. Ganz anders ist die Preisentwicklung bei Futtermitteln. „Im Inland mußte eine verregnete Heuernte und eine schlechter werdende Futterversorgung registriert werden. Der Markt und die Preise stellten sich auf zu erwartende größere Anforderungen ein“ (Husumer Nachrichten, 19.7.80). Der Preis für Kuhschrot z.B. stieg von 37,50 DM pro Dz. 1979 auf 41,50 DM pro Dz. 1980. Wo es auf Seiten der Großhändler steht, hat das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ plötzlich wieder Gültigkeit, die Futtermittel steigen und werden zum Winter hin noch weiter steigen. Deshalb nehmen jetzt die Verkäufe von Starken und Mastvieh zu, während gleichzeitig die Preise von Starken um 200 bis 300 DM niedriger als im letzten Jahr liegen. Die Bundesregierung will in diesem Jahr die Interventionskäufe für Schlachtvieh drosseln, so daß der Preis bei zunehmendem Zwang der Bauern zu schlachten weiter fall wird.

Gemeinsamer Markt – Markt der Betrügereien Abschaffung der europäischen Milchsteuer!



Mehrfach demonstrierten Hunderte von Bauern in verschiedenen Regionen Frankreichs in den letzten Wochen gegen den Beschluß des EG-Ministerrats, die „Milchmitverantwortungsabgabe“ von 0,5% auf 2% anzuheben. Die nationalen Verbände der Milchproduzenten und der Milchkooperativen bestätigten am 16.7. ihre Entscheidung, die 2% nicht an die EG-Kasse abzuführen. 2,63 Centimes müßte jeder Bauer pro Liter Milch, für den er knapp 1 FF erhält (0,43 DM), seit 1.6. abführen. Das sind 470 Mio. FF jährlichen Tributes zur Finanzierung der Butter- und Milchpulverlager. Dabei erhöhte der EG-Ministerrat die Erzeugerpreise für 1980 um 9%, während die Produktionskosten allein um 13% stiegen. Die Bauern fordern Abschaffung der Steuer und Erzeugerpreiserhöhungen von 15% – 20% je nach Produktionsvolumen.

Für höhere EG-Zahlungen sollen Subventionen gekürzt werden

z.brb. Um einen Teil der höheren EG-Ausgaben abzuwälzen, plant die Bundesregierung, den Bauern die Subventionen für versteuertes Gasöl zu beschneiden. Nach dem 1967 verabschiedeten Gesetz ersetzt der Bund auf Antrag den Steueranteil für Kraftstoff, den die Bauern beim Einsatz landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge verbrauchen. Das ind seit 1973 für 100 l Gasöl 41,15 DM. Insgesamt 625 Mio. DM hat der Bund im Wirtschaftsjahr 1978/79 dafür aufbringen müssen. Nun soll die bisherige Vorauszahlung auf rückwirkende Zahlung umgestellt werden. Die Bauern müssen dann diese Summe vorfinanzieren, wahrscheinlich aber höhere Beträge aufbringen – 1978/79 stieg der Treibstoffverbrauch durch den erhöhten Einsatz von Maschinerie um mehr als 17%. Geht man von den 1978/79 gezahlten Subventionen aus, bedeutet die Vorfinanzierung, bei einem Zinssatz von 10%, eine Mehrbelastung für die Bauern von insgesamt 64 Mio. DM. Auf den Liter Gasöl umgerechnet ergibt dies eine Verteuerung von über 4 Pfennig. Doch noch ist nicht entschieden, ob sich die Regierung damit zufrieden geben wird. Der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß des Bundestages, Horst Gobrecht, hat in der letzten Woche in der Beratung über Steuererhöhungen gefordert, Subventionen, die den Verbrauch von Mineralöl fördern, zu streichen.

Frankreich lehnt EG-Abkommen mit Neuseeland ab

z.hef.London. Die französische Regierung lehnte am Dienstag den Entwurf eines Abkommens zwischen der EG und Neuseeland über Schaffleischimporte ab. Gegenwärtig erhebt die EG auf diese Importe aus Neuseeland einen Sonderzoll von 20%. Das zwischen der EG-Kommission und Neuseeland ausgehandelte Abkommen sieht vor, daß dieser Zoll auf 10% gesenkt wird und Neuseeland dafür Lieferbeschränkungen für Westeuropa zustimmt. Aber die französische Regierung will den Zoll nur auf 15% gesenkt sehen. Die britischen Imperialisten hatten das Schaffleischabkommen mit Neuseeland bei dem „Kompromiß“
ten das Schaffleischabkommen mit Neuseeland bei dem „Kompromiß“
um Beitragszahlungen gefordert. Denn sie beziehen aus ihrer früheren Kolonie knapp die Hälfte ihres Schaffleisches, sind also von den 20% Zoll besonders betroffen. Außerdem gehören große Teile des Geschäfts direkt britischen Banken und Lebensmittelkonzernen. Zwei Drittel von Neuseelands Exporten sind landwirtschaftliche Produkte. Aber während die britischen Imperialisten 1970 noch 36% aller Exporte Neuseelands importierten, sind es jetzt weniger als 20%. Ihnen geht es darum, mit den billigen Lebensmitteln aus den (ehemaligen) Kolonien ihre Lage im Konkurrenzkampf zu verbessern. Die französischen Imperialisten wollen das verhindern.

Getreideernte 1980: Die Bauern müssen jetzt verkaufen

Von den Agrarpreiserhöhungen bleibt nichts übrig

z.bil. Der starke Regen im Juni/Juli hat einen größeren Teil der Heuernte vernichtet. In einzelnen Regionen sind 50% der Heuernte beschädigt, es fault auf den Wiesen; dort wo es mit Zusatzkosten abgefahren wird, kann der Nachwuchs nicht eingebracht werden, weil die Felder grundlos geworden sind. In Norddeutschland und teilweise in Hessen sind Kühe wieder in die Ställe gebracht worden, um eine Zerstörung der Weidenarbe zu vermeiden. Sicher ist, daß erhebliche Zukäufe an Futtermitteln für das Vieh im Winter gemacht werden müssen. Jetzt wird die Gerste eingebracht, teilweise parallel oder in 10 – 14 Tagen der Weizen. In Hessen – wie insgesamt in der Bundesrepublik – ist der Getreideanbau ausgedehnt worden; 78% des Ackerbaulandes wurde 1979 mit Getreide bestellt, wobei insgesamt die Ackeranbaufläche nach dem 2. Weltkrieg beständig gesunken ist.

Innerhalb der Getreidesorten hat ebenfalls eine Veränderung stattgefunden. 1979 hat in Hessen erstmals der Gerstenanbau die Weizenanbaufläche überstiegen. Weizen wird zu den Hauptnahrungsmitteln wie Brot usw. verarbeitet. Gerste ist vielseitig verwendbar – als Futter- und Industriegerste –, hat die kürzeste Wachstumszeit, so daß der Anbau von Zwischenfrucht möglich ist. Für den Bauern sind Wind, Sonne und Regen, abgesehen von der Güte des Bodens, den er bestellt, Produktionsbedingungen. Vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion würde der Wert des Getreides sinken bei guter Ernte und steigen bei schlechter. Durch die Einführung der großen Maschinerie, des Mähdreschers, Trocknungsanlagen und Lagersilos ist die Abhängigkeit von den Naturkräften zwar nicht beseitigt, aber eingeschränkt. Das Einbringen der Ernte, früher monatelanger Vorgang, ist durch die Einführung des Mähdreschers, der das Getreide gleichzeitig vom Halm trennt und den Dreschvorgang bewältigt, auf Tage verkürzt worden. Kapitalistisch angewandt verkehrt sich die bessere Beherrschung der Natur in das Gegenteil. Der Bauern, der auf wenig Hektarfläche produziert, wird gegenüber dem Großgrundbesitzer, der auf großer Fläche Lohnarbeit und Maschinerie einsetzt, immer gesellschaftlich unnütze Arbeitskraft vergeuden. Er mag denken, es liegt an Verausgabung von zu wenig Arbeitskraft, aber die erhöhte Verausgabung von Arbeitskraft führt gleichwohl nicht zu mehr Geld in seinen Händen. Die Produktion des Getreides auf kleiner Fläche mit Maschinerie, die nicht voll ausgelastet ist und schnell veraltet, nur mit der Arbeitskraft des Bauern und der Familienmitglieder ist teuer. Am Ende hat er weniger Geld in den Händen, als er vorher an Maschinerie und Saatgut und Düngemittel verauslagt hat. Dieser Vorgang, der sich jährlich in den Statistiken als Enteignung der Bauern von ihrem Land widerspiegelt, ist unvermeidlich. In Hessen sind die getreideanbauenden Betriebe mit weniger Hektarfläche innerhalb von sechs Jahren (1971 – 1977) um ein Viertel gesunken, die Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 100 ha Anbaufläche ist um 20% gestiegen.

Wie wird sich die schlechte Ernte dieses Jahr auswirken? Die Bauern ohne eigenen Mähdrescher müssen sehen, daß sie über die Maschinenringe schnell den Mähdrescher anmieten können, um die Sonnentage auszunutzen. Die Anmietung des Mähdreschers ist dieses Jahr teurer. Selbst wenn sich der Mähdrescher im Besitz des Bauern befindet, kostet sein Einsatz pro ha ca. 11 DM einschließlich Transport. Der leistungsfähigste Mähdrescher kann knapp 2 ha in der Stunde bearbeite. Nach den EG-Richtpreisen wird derzeit für eine Dezitonne (= 100 kg) Weizen zwischen 46 und 47 DM bezahlt. Die Agrarpreisbeschlüsse der EG-Erhöhung der Erzeugerpreise für Getreide um durchschnittlich 3% decken nicht einmal die steigenden Preise für die Produktionsmittel wie Kraftstoff, Düngemittel usw. Die Agrarpreiserhöhungen wirken auch nicht direkt für die Bauern, sondern im wesentlichen bei den Landhandelskapitalisten und den Genossenschaften. Der Deutsche Bauernverband fordert, daß die Preiserhöhung direkt den Bauern zugute kommt. Der Preis, den der Bauer erhält, richtet sich nach der Masse an Getreide, das er abliefern kann, dem Feuchtigkeitsgehalt und der Kornbeschaffenheit. Der lange Regen hat die Feuchtigkeit des Getreides stark erhöht – teilweise ist es ganz unbrauchbar geworden. Zusätzlich begünstigt der Regen sog. Auswuchs, das sind Wurzel- oder Blattkeime am Korn, die seinen Wert vermindern. Die Trocknungsmaschinen und Lagersilos befinden sich in den Händen des Landhandels und der Genossenschaften. Die kapitalistisch betriebenen Höfe besitzen eigene Lager und Trocknungsmaschinen. Der Bauer ist also gezwungen, jetzt abzuliefern, er muß sehen, daß er das Getreide sofort vom Mähdrusch abtransportiert. Je höher die Feuchtigkeit, um so geringer der Wert des Getreides, da der Landhandel die Trocknungskosten in Abzug bringt, der Auswuchs bringt weitere Verminderung des Werts des Getreides, das der Bauer abliefert. Getreide, das länger lagern soll, muß auf ungefähr 14% heruntergetrocknet werden. Der Deutsche Bauernverband hat bereits in in einer Stellungnahme angekündigt, daß auf die Landwirtschaft „enorme Trocknungskosten zukommen“ und das Auswuchsgetreide in allen Regionen zunimmt.

Während die kapitalistisch betriebenen Höfe das Getreide jetzt zurückhalten können, Lagerung und Trocknung in großem Maßstab durchführen, um dann später das Getreide, wenn Verknappung eintritt, zu hohen Preisen zu verkaufen, muß die Masse der Bauern die Ernte jetzt losschlagen. Der Landhandel wird jetzt unter den festgelegten Erzeugerpreiserhöhungen einkaufen, um sie später voll einzustreichen und bei Verknappung möglichst noch einen Extraprofit herauszuschlagen.



Vom Regen niedergepreßtes Maisfeld in Hessen

Rheinsiche Bauern gegen Preisverfall bei Sauerkirschen

z.frb. Mit Demonstrationen haben rheinische Bauern in Mainz gegen den Preisverfall bei hellen Sauerkirchen protestiert und darauf aufmerksam gemacht, daß rund 1000 Tonnen nicht mehr geerntet werden können, obwohl es sich an sich um marktfähige Früchte handelt. Zusammen mit den Witterungsschäden ist die Lage für viele Bauern bedrohlich. Die Verluste durch den Regen betragen 70% bei Süßkirschen und 30% bei Johannisbeeren. In einem zweiten Fernschreiben forderte die Fachgruppe Obst und Gemüse im Bauernverband Rheinhessen am 14.7. umgehende Maßnahmen von Landwirtschaftsminister Ertl: „1. Die Bereitstellung eines zinslosen Darlehens für ein Jahr zur Unterstüzung der eigenen Selbsthilfemaßnahmen. 2. Sofortige Stützungskäufe hellfrüchtiger Sauerkirschkonserven deutscher Herkunft zur Entlastung der durch US-Importe blockierten Absatzwege und Verwendung in karitativen und staatlichen Einrichtungen des Bundes. – Nur schnelles Handeln kann den Schaden noch mildern.“ Für die diesjährige Ernte lagen die Großhandelspreise mit 1,10 DM 60% unter den Vorjahrespreisen auf dem Niveau von 1975. Zu Dumping-Preisen importierte Kirschen aus den USA haben den Preisverfall ausgelöst. Landwirtschaftminister Ertl hat auf die Forderungen der Bauern noch nicht reagiert.

Forderungen der IG Metall und der IG Chemie zum Entgelttarifvertrag

z.smm. Verschiedene Gewerkschaften, u.a. die IG Metall und die IG Chemie, führen bzw. bereiten Verhandlungen mit den entsprechenden Kapitalistenverbänden vor, in denen es um die tarifliche Fixierung eines einheitlichen Entgeltsystems für Arbeiter und Angestellte geht.

1976 wurde auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie beschlossen: „Die Zusammenführung der Tarifverträge für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte, auch in der Entgeltbindung (Entgeltvertrag), ist das Ziel der Tarifpolitik der IG Chemie.“ Inhalt des Vertrages soll sein: „Anpassung der Relationen von Löhnen und Gehältern, Wegfall der Altersabschläge, Beseitigung von K-, T- und M-Gruppen, Wegfall der Stundenentlohnung durch Einführung des Monatslohns, Einführung zusätzlicher Kriterien, die gleichrangig neben der Ausbildung zur Gehalts- und Lohnfindung herangezogen werden sollen.“ Der Entgelttarifvertrag soll die Eingruppierung aller Beschäftigten so regeln, daß gleicher Lohn für gleichwertige Tätigkeit gezahlt wird.

Auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 wurden im Entschluß 12 zur Tarifpolitik u.a. folgende Punkte angenommen: „... c) die Vereinbarung eines Monatsentgeltes für Arbeiter, entsprechend den Gehaltsbestimmungen für Angestellte; ... e) Tarifverträge mit gleichlautenden Arbeits- und Entgeltbedingungen für alle Arbeitnehmer (für Arbeiter und Angestellte), f) neue Tarifbestimmungen der Entgeltdifferenzierung für alle Arbeitnehmer ...“

In den Anträgen an den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall werden weitere Beschlußfassungen gefordert, in denen die Interessen, die hinter der Durchsetzung eines einheitlichen Entgeltsystems für Arbeiter und Angestellte stehen, deutlich hervortreten. Im Antrag 905 von der Verwaltungsstelle Mannheim heißt es: „... – Stärker als bisher müssen bei Lohn- und Gehaltsforderungen die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen angehoben werden. – Verstärkt müssen gemein-

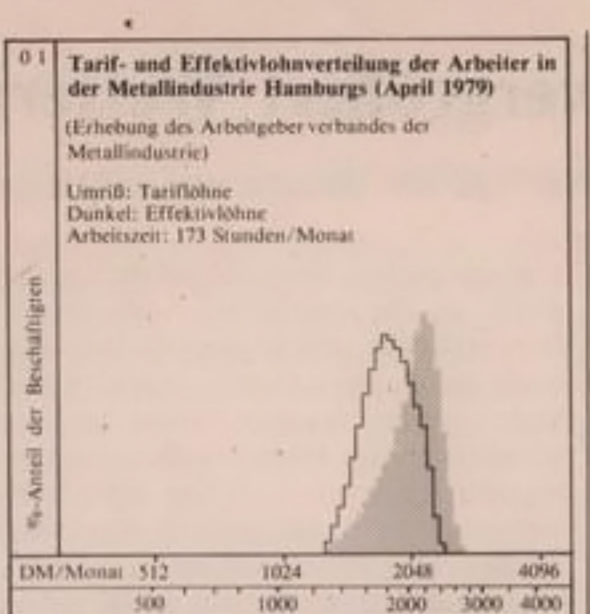
und Gehaltsforderungen die unteren
Lohn- und Gehaltsgruppen angehoben werden. – Verstärkt müssen gemein-

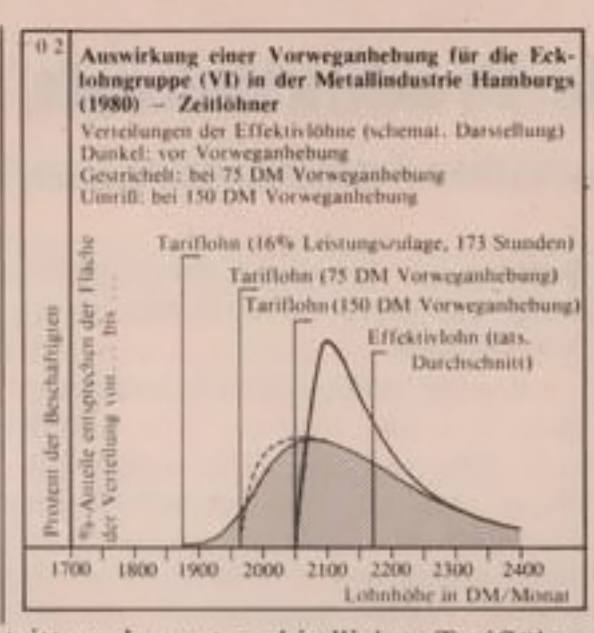
same Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte durchgesetzt werden, die die bisherigen Lohn- und Gehaltsfindungssysteme ersetzen und ein monatliches Entgelt festlegen, das unabhängig von betrieblichen Veränderungen gezahlt werden muß.“ Antrag 912, Verwaltungsstelle Bochum: „Der Vorstand wird aufgefordert, in künftigen Tarifverhandlungen die Streichung der Lohngruppe 2 und die Anhebung der unteren Lohngruppen durchzusetzen und einen Tarifvertrag anzustreben, der die bisherigen unzureichenden Bewertungsmerkmale durch neue ersetzt, um alle auftretenden Anforderungen und Belastungen zu berücksichtigen.“ Antrag 918, Verwaltungsstelle Hagen: „Die Durchsetzung einheitlicher Entgelttarifverträge für Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Auszubildende) muß in der zukünftigen Tarifpolitik besondere Priorität erhalten. Damit wird ein weiteres Auseinanderklaffen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsbeihilfen vermieden.“ Antrag 933, Verwaltungsstelle Duisburg: „Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, auf die regionalen Tarifkommissionen einzuwirken, daß eine Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne bei den Arbeitern durchzusetzen ist, bis ein gemeinsamer Rahmentarifvertrag zum Tragen kommt.“

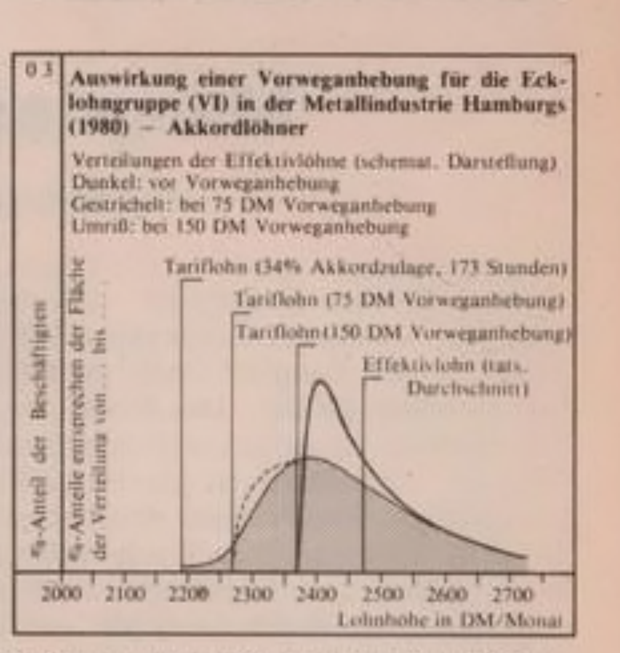
Streichung der untersten Lohngruppen, Absicherung des Effektivlohns als Tariflohn, Aufhebung der Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten. Das sind die Forderungen, die im Zusammenhang mit der Durchsetzung eines Entgelttarifvertrages aufgeworfen werden und gelöst werden sollen.

Noch in diesem Jahr will die IG Chemie Verhandlungen mit den Chemiekapitalisten über ein einheitliches Entgeltsystem für Arbeiter und Angestellte erneut aufnehmen, da alle bisherigen Verhandlungen an dem Widerstand der Kapitalisten gescheitert sind. Voraussetzung zur Einführung eines Entgelttarifs ist der Monatslohn für Arbeiter. Im Bereich der IG Chemie gibt es diesen u.a. bei Hoechst und Bayer. Bei Bayer ist der Tariflohn gleichzeitig der Grundlohn, an den aber die übertariflichen Zulagen nicht gebunden sind. Über eine Betriebsvereinbarung gibt es die Regelung, daß die übertariflichen Bestandteile nicht bei Lohnerhöhungen verrechnet werden dürfen. Gleichzeitig wurden die Arbeiter mit den Angestellten gleichgesetzt in bezug auf die Bestimmungen der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und bei kurzen Fehlzeiten. Betriebsräte und Vertrauensleute der BASF haben in Grundsätzen zur Einführung des Monatslohns gefordert, daß die bestehenden Betriebsvereinbarungen, die die Zahlung der Tariferhöhung auf die innerbetrieblichen Zulagen regeln, beibehalten werden müssen. Die Zulage für Angestellte, die nicht an den Tariflohn gekoppelt ist, soll angebunden werden. Der Monatslohn soll als erster Schritt zu einem abzuschließenden Entgeltsystem angesehen werden.

Ende April und Ende Mai hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten die Tarifverträge für die Brauereien und Molkereien in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie ebenfalls für die Obst- und Gemüseverwertungsindustrie, die Süßwaren- und Fleischwarenindustrie in Bayern, Westberlin und Schleswig-Holstein gekündigt. Gefordert werden Lohnerhöhung zwischen 9 und 9,8%, Prozentrelationenverbesserungen, Tarifstrukturverbesserungen und Strukturverbesserungen. Darunter fallen sowohl die Streichung der untersten Lohngruppen, die Absicherung des Effektivlohns als auch die Annäherung an einen einheitlichen Tarif für Arbeiter und Angestellte. Die Durchsetzung eines Entgelttarifvertrages ist aufgeworfen und mit ihm die Lösung einiger Probleme, die die Arbeiterbewegung seit Jahren mit sich herumträgt.







Durch außertarifliche Lohnbestandteile tritt zu den unterschiedlichen Tariflöhnen Spaltung der Effektivlöhne ein (Schaubild 1). Schaubilder 2 und 3 illustrieren dies in schematischer Darstellung durch die Verteilung der Effektivlöhne in einer Tariflohngruppe (Ecklohn). Eine Vorweganhebung würde die Spaltung dieser Effektivlöhne verringern, bei Arbeitern mit wenig Zulagen den Effektivlohn erhöhen und den Tariflohn näher an den durchschnittlichen Effektivlohn schieben.

Vorbereitung der Tarifauseinandersetzung und betriebliche Lohnforderungen werden verbunden

z.roh. Die Lohntarifverträge in der Metallindustrie sind jetzt etwa 6 Monate alt, das heißt die Hälfte der Laufzeit ist um. Bereits jetzt werden in vielen Betrieben Lohnforderungen erhoben. Gekündigt werden können die Tarifverträge aber nur, wenn beide Parteien, also auch die Kapitalistenverbände, sich einverstanden erklären. Die Lohnbewegung muß unter diesen Bedingungen die Form des Kampfes um innerbetriebliche Lohnerhöhungen annehmen. Für die Kapitalisten gibt es gegenwärtig noch keinen Grund von sich aus einer vorzeitigen Kündigung zuzustimmen. Da inzwischen alle bürgerlichen Wirtschaftsinstitute von einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit im Winter ausgehen, auch die IG-Metall rechnet damit, können sich die Bedingungen für die Metallkapitalisten nur verbessern, die Lohnbewegung niederzuwerfen. Der Auftragseingang ist in der Metallindustrie im 1. Quartal 1980 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3% zurückgegangen. Dabei gibt es auch gegenläufige Tendenzen. Der Auftragseingang aus dem Inland ist um 8% zurückgegangen, während der aus dem Ausland sogar noch um 4% gestiegen ist. Gegenläufige Entwicklungen ergeben sich auch innerhalb der verschiedenen Branchen der Metallindustrie. Viele Belegschaften und Betriebsräte nutzen die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten für innerbetriebliche Lohnerhöhungen.

Sie ergeben sich auch für einzelne Belegschaftsteile, insbesondere für Facharbeiter, auf Grund der Nachfrage der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Provokation des freidemokratischen Wirtschaftsministers Lambsdorff, daß die westdeutschen Arbeiter Krankmacher seien, kam da wie bestellt. Jedenfalls hat sie Thiele von Gesamtmetall gleich aufgegriffen und erklärt, er hielte die Arbeiter und Angestellten „im Grunde für fleißig“, aber man müßte „in Zukunft zu einer etwas langsameren Gangart der sozialen Entwicklung kommen“. Verschiedene Belegschaften arbeiten sowieso daran, den Kapitalisten die passenden Antworten für ihre Unverschämtheiten zu erteilen. Der VW-Betriebsrat will eine Kommission einsetzen, die die Ursachen des raschen gesundheitlichen Verschleißes der Arbeiter untersucht und Forderungen dagegen vorschlägt. Außerdem fordert er eine Sonderzahlung, die allen sofort, mehr Geld bringt. Auch wenn diese Sonderzahlung als gleicher Betrag für alle gefordert wird, kann sie allerdings das nach dem Tarifabschluß 1980 nach wie vor bestehende Ziel der Sicherung der Verdienste in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nur unterstreichen. Entschieden wird darüber nach der Kündigung des Tarifvertrages.

Nochmal anders stellt sich die Sache in Tarifbezirken, in denen nicht wie bei VW der gesamte Effektivlohn tariflich abgesichert ist. Dieser Unterschied macht sich schon jetzt in den Lohntüten deutlich bemerkbar, indem nach dem letzten Tarifabschluß es nur ausnahmsweise gelang, die Lohnerhöhung auch für die außertariflichen Zulagen durchzusetzen.

In den obigen Schaubildern ist am Beispiel des Tarifbereichs Hamburg die Vorweganhebung der Löhne um 75 DM bzw. 150 DM dargestellt, als eine Möglichkeit, die verhältnismäßig höhere Anhebung der unteren Lohngruppen mit dem Ziel der tariflichen Absicherung der außertariflichen Zulagen zu verbinden. Direkter Geldvorteil ergäbe sich auch für diejenigen Arbeiter und Angestellten, deren außertarifliche Lohnbestandteile gleich der Vorweganhebung sind oder sie noch übersteigen; nämlich dann, wenn die Lohnforderung auf den so erhöhten Tariflohn durchgesetzt ist. Erfolgreiche Auseinandersetzungen um innerbetriebliche Lohnerhöhungen werfen in diesem Fall die Frage nur um so dringlicher auf, wie sie dem Zugriff der Kapitalisten entzogen werden können. Denn die zu erwartende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werden die Kapitalisten zu nutzen versuchen, die außertariflichen Zulagen insgesamt anzugreifen bzw. sie effektiver zur Spaltung der Belegschaften einzusetzen.

innerbetriebliche Lohnerhöhungen. | Nochmal anders stellt sich die Sache | schaften einzusetzen.

Forderungslage nach VW-Betriebsversammlungen

Den meisten Beifall erhielten Redner, die aufforderten, daß sich die Belegschaft nicht dem Kampf der Automobilkapitalisten um Weltmarktanteile unterordnen. Dies entspricht den Erfahrungen der VW-Belegschaften, insbesondere nach der Krise 1974/75. Der Gesamtbetriebsrat will jetzt eine Kommission einsetzen, die die Ursachen des rasch wachsenden gesundheitlichen Verschleißes der Arbeiter und Angestellten untersucht und Forderungen dagegen entwickelt. Folgende Forderungen wurden unter anderem auf den Betriebsversammlungen erhoben:
Erfüllung der Forderungen der Belegschaften von VW-South-Afrika und do Brasil durch den VW-Vorstand; Sonderzahlung für das Geschäftsjahr 1979 durch den VW-Vorstand; Erhöhung der Werksrabatte für Autos; Vereinbarung über die Bildschirmarbeit entsprechend der Musterverreinbarung des IG-Metallvorstandes; Gesetzliche Verankerung der 59er-Regelung über die Verrentung (Betriebsrat). Tarifliche Absicherung der Sonderzahlung als Vorweganhebung der Löhne und Gehälter; Erhöhung des Rabatts auf mindestens 18%; Herausnahme von erkrankten und verschlissenen Arbeitern aus Akkord-Schichtarbeit – Verdienstsicherung (so Sprecher aus den Abteilungen).

z.pel. **Am 24.7. haben die Kapitalisten in einer Reihe von spanischen Häfen mit Aussperrungsmaßnahmen gegen die seit dem 14.7. streikenden Stauer begonnen.** Es ist dies der dritte Arbeitskampf, den die 13500 Arbeiter seit Beginn des Jahres führen. Die Gewerkschaften CCOO (Arbeiterkommissionen) und Koordination der Hafenarbeiter hatten erneut zum Streik aufgerufen, nachdem die Hafenkapitalisten weiterhin hartnäckig den Abschluß eines gesamtstaatlichen Lohntarifvertrags verweigert hatten, bevor die staatliche „Organisation der Hafenarbeit“ (OTP) nicht privatisiert sei. Die OTP nimmt in allen spanischen Häfen die täglichen Einstellungen vor und weist die Arbeitskolonnen den jeweiligen Kapitalisten zu. Da die Gewerkschaften starken Einfluß auf diese Tätigkeit haben, kann sich die Willkür der Kapitalisten nicht in dem Maße entfalten, wie ihnen lieb wäre, ihre Spaltungsmöglichkeiten sind begrenzt. Die Aussperrungsmaßnahmen sind vom Kapitalistenverband ergriffen worden, nachdem er mit dem Versuch der Einstellung von Arbeitslosen als Streikbrecher kläglich gescheitert war. Die spanische Regierung hatte extra ein Dekret erlassen, das diese Einstellungen erlaubte, die Hafenarbeiter organisierten im Gegenzug massive Streikpostenketten, die Frauen der Arbeiter belagerten in mehreren Häfen die Zufahrtsstraßen. In Santander verweigerten knapp einhundert Arbeitslose die Arbeitsaufnahme, nachdem sie den streikenden Arbeitern erklärt hatten, daß nur die Drohung der Streichung des Arbeitslosengeldes sie zum Betreten des Hafens hatte zwingen können. Trotz sich häufender Polizeiangriffe und der Verhaftung von insgesamt neun Arbeitern wegen „Gewalt gegen Arbeitswillige“ steht die Streikfront weiter fest, die Häfen sind paralysiert.

z.inl.Paris. **Seit der Konkursanmeldung des Metallbetriebs Franco-Belge am 7.7. kämpfen die 2300 Lohnabhängigen mit Streiks und Demonstrationen gegen ihre drohende Entlassung.** Franco-Belge produziert Eisenbahn- und U-Bahn-Waggons, z.B. den Corail und die Wagen für die Metro in Atlanta, USA. Die 1700 Zulieferer haben wegen ausstehender Zahlungen sofort die Materiallieferungen eingestellt, trotz Aufträgen über 4,3 Mio. Arbeitsstunden stockt die Produktion. Bis zum 8.9. ist den Metallern durch Darlehen der staatlichen Kunden SNCF und Metro der Lohn garantiert. Verschiedene Stahlmonopole raufen sich jetzt um die Beute; die Liquidierung des Betriebs soll um 18 Monate verschoben werden, die Entlassungsdrohung bleibt.

z.chm. **Piloten der staatlichen portugiesischen Fluggesellschaft TAP brechen ihren Streik ab.** Der Streik hatte am 23. Juni begonnen, um die Lohnerhöhungen durchzusetzen, die in einem Übereinkommen zwischen Pilotenvereinigung und Regierung im vergangenen Dezember erzielt worden waren. Die Piloten hatten des öfteren versucht, über Verhandlungen die vereinbarten Lohnerhöhungen zu bekommen, was ihnen nicht gelang. Die Regierung drohte damit, die Fluggesellschaft zu schließen und die Arbeiter und Angestellten zu entlassen, falls der Streik nicht abgebrochen würde. Der Vorstand der Pilotenvereinigung erklärte, die Piloten bestünden auf ihren Forderungen und Rechten und würden den Kampf mit anderen Mitteln fortsetzen.

z.mif. **Seit dem 15. Juli streiken etwa 750 Stahlarbeiter bei Dominion Bridge-Sulzer Inc. in Montreal, Kanada.** Nach Pressemeldungen fordern sie eine Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen, gewerkschaftliche Rechte, eine Erhöhung der Renten, mehr Urlaub und eine Lohngleitklausel entsprechend der Inflationsrate. In einer Urabstimmung haben sie ein Angebot der Kapitalisten zurückgewiesen. Der Betrieb ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft der kanadischen Firma Dominion Bridge und des Schweizer Schiffsmotoren- und Maschinenbaukonzerns Sulzer. Dominion Bridge gehört dem Konzern Canadian Pacific Ltd., dem viertgrößten Kapital in Kanada, an dem US-amerikanische und britische Kapitalisten Anteile halten. Die Dominion-Bridge-Kapitalisten melden für das erste Halbjahr 1980 21,1 Mio. Dollar Profit bei einem Umsatz von 445 Mio. Dollar.

z.chm. **Die Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft in Mexiko setzen eine Lohnerhöhung von 25% durch.** Die Arbeiter, die ihren Streik schon im Juni begonnen hatten, erkämpften diese Lohnerhöhung am 14.7. Inzwischen sind ebenfalls 12000 Arbeiter und Angestellte der Post in Mexiko City in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 30%. Weitere 20000 aus unterschiedlichen Betrieben, die alle im mexikanischen Gewerkschaftsbund „Confederacion de Trabajadores de Mexico“ organisiert sind, streiken seit dem 12. Juli und haben eine Lohnforderung erhoben, die auch 30% beträgt. 1800 Lehrer der Fachschule für Elektroingenieure, an der 20000 Studenten eingeschrieben sind, sind ebenfalls in den Streik getreten. Die Inflationsrate in Mexiko ist in der 1. Hälfte dieses Jahres auf 15,5% geklettert; es wird erwartet, daß die Lebenshaltungskosten auf 44,3% steigen.

z.mif. **Die Streiks in Sri Lanka (Ceylon) legen wichtige Teile des öffentlichen Dienstes lahm.** Seit dem 10. Juli streiken die Bahnarbeiter. Das Universitätspersonal streikt bis hinauf zu den Fakultätsleitern, unterstützt durch Prüfungsboykotte der Studenten. Die Regierung hat kürzlich auf Forderung der imperialistischen Gläubiger die Nahrungsmittelsubventionen aufgehoben, die Preise liegen jetzt 35% über dem Vorjahr. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhung, Wiedereinführung der Subventionen und Gewerkschaftsfreiheit. Über gelbe Gewerkschaften versucht die Regierung, der Arbeiterbewegung die Schuld an der Abhängigkeit Sri Lankas von den Imperialisten zuzuschieben. Der Vizehandelsminister Amasiri, zugleich Vizepräsident einer Plantagenarbeitergewerkschaft, erklärte, 500 Mio. Arbeits-

DPG-Jugend beschließt Jugendmonat zur Bundestagswahl

z.wig. Die Deutsche Post Gewerkschaftsjugend hat einen Jugendmonat zur Bundestagswahl beschlossen. Im Mittelpunkt des Jugendmonats soll ein Bundesjugendtreffen im Weiterstadt bei Darmstadt vom 5. – 7. September 1980 stehen. Zu einer Diskussionsveranstaltung über die Forderungen der DPG – Jugend am 6. September sind die Generalsekretäre von CDU, FDP und SPD eingelanden worden. ,,Wir werden die politische Parteien u.a. daran messen, was sie bislang für die Jugend – insbesondere für die arbeitende Jugend getan haben und was sie nach den Bundestagswahlen für uns tund wollen. Der Bundes – Jugendausschuß wird rechtzeitig zum Jugenmonat Jugendfragen erarbeiten,'' schreibt die DPG im Aufruf für das Bundesjugendtreffen. Auf der Abschlußkungebung am 7. September soll Heinz-Oskar Vetter und Ernst Breit, Vorsitzender der DPG sprechen.

Die Forderungen, die den Jugendmonat und die Diskussion mit den bürgerlichen Parteien während des Bundesjugentreffens bestimmen sollen, waren auf der 13. Bundesjugenkonferenz der DPG bereits umrissen worden: ,,Keine Stationierung vom Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen europäischen Ländern'', Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die im Schichtdienst Beschäftigten und anderer Arbeiterschutzforderungen.



13. Bundesjugendkonferenz der DPG

Angestrebte Lärmkennzeichnung der Maschinen ist Augenwischerei

z.hev. Das Arbeitsministerium bereitet eine Bestimmung vor, nach der an Maschinen und Geräten Angaben über den Lärmpegel angebracht werden sollen. Langfristig werden Daten zusammengetragen, um für bestimmte Maschinenarten zu Lärmgrenzwerten zu kommen. Erklärtes Ziel ist es, ,,das Gesamtlärmniveau soweit herabzusetzen, daß Lärm verursachte arbeitsbedingte Erkrankungen zurückgedrängt

heißt, daß normale Umgangssprache auf 4 m noch verstanden wird, mittelgradig noch auf 1 m. Wer Umgangssprache auf beiden Ohren eben noch aus 25 cm hört, ist 45% erwerbsunfähig. Der Werksarzt H. Meyer fordert in der Fachzeitschrift ,,Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin 7/78'' wegen der geringen Aussicht, daß Lärmschäden auch anerkannt werden, die niedergelassenen Hals-Nasen-

Angestrebte Lärmkennzeichnung der Maschinen ist Augenwischerei

z.hev. Das Arbeitsministerium bereitet eine Bestimmung vor, nach der an Maschinen und Geräten Angaben über den Lärmpegel angebracht werden sollen. Langfristig werden Daten zusammengetragen, um für bestimmte Maschinenarten zu Lärmgrenzwerten zu kommen. Erklärtes Ziel ist es, ,,das Gesamtlärmniveau soweit herabzusetzen, daß Lärm verursachte arbeitsbedingte Erkrankungen zurückgedrängt werden.''

Das Ziel ist, die Kosten zu senken, und das geht nur, da die Kapitalisten für Berufskrankheiten ja zahlen müssen, über die Verringerung der Zahl der *anerkannten* Lärmkrankheiten, 1978 waren es 18% der gemeldeten Erkrankungen. Nach Angaben der IG Metall kostete schon 1976 eine einzige anerkannte Lärmerkrankung die Berufsgenossenschaften rund 150000 Mark. Für die 50 anerkannten Lärmerkrankungen der Neuenkirchener Eisenwerke AG (3000 Lärmarbeiter) errechnete sie für den Zeitraum von 1970 bis 2000 selbst bei Nutzung von Lärmschutzvorrichtungen und persönlichem Lärmschutz (Gehörstöpsel, Watte, Gehörschützer) Kosten von 5,6 Mio. DM. Anerkannt wird eine Lärmschwerhörigkeit dann, wenn sie zu einer 20%igen Erwerbsminderung geführt hat, und die gibt es erst, wenn auf einem Ohr eine mittelgradige und auf dem anderen eine geringgradige Schwerhörigkeit besteht. Geringgradig

heißt, daß normale Umgangssprache auf 4 m noch verstanden wird, mittelgradig noch auf 1 m. Wer Umgangssprache auf beiden Ohren eben noch aus 25 cm hört, ist 45% erwerbsunfähig. Der Werksarzt H. Meyer fordert in der Fachzeitschrift ,,Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin 7/78'' wegen der geringen Aussicht, daß Lärmschäden auch anerkannt werden, die niedergelassenen Hals-Nasen-Ohren-Ärzte auf, die Meldung kleinerer Schäden zu unterlassen, ,,die den amtlichen Apparat nur unnötig belasten''. Bekannt sei auch, so Meyer daß die Lärmgrenze 90 Dezibel (dB) als Richtwert für die vorsorgliche Untersuchungspflicht der Arbeiter ,,aus pragmatischen Gründen'' gewählt worden sei, weil sonst noch viel mehr als die schon jetzt 2 Mio. Lärmgefährdeten untersucht werden müßten. Zwischen 80 und 90 dB liegt der Lärmpegel der meisten Werkzeugmaschinen. Erst unter 80 dB läßt sich nach heutigen Erkenntnissen auch nach jahrelanger Einwirkung eine Lärmschädigung des Ohres ausschließen. Eine Lärmkennzeichnung der Maschinen ist demgegenüber Augenwischerei. Diese produzieren je nach Standort unterschiedlichen Lärm. Deshalb ist die Lärmmessung vor Ort, wie die IG-Metall sie fordert, richtig, man muß auf mindestens jährlichen Vorsorgeuntersuchungen bestehen und die Kapitalisten zu wirksamen Lärmschutzmaßnahmen zwingen.

Streik der Plantagenarbeiter in Costa Rica

Wachsende Kämpfe gegen die Ausplünderung des Landes durch die US-Bananenmonopole

z.rül. Anfang vorletzter Woche legten in Costa Rica mehrere tausend Arbeiter in den Plantagen, Hafenanlagen und Betrieben des US-Monopols ,,United Brands Company'' im Süden des Landes die Arbeit nieder. Ihre Forderung: Höhere Löhne und die Wiedereinstellung der Arbeiter, die die Kapitalisten wegen des letzten Streiks Ende vergangenen Jahres bis Januar dieses Jahres entlassen hatten. Die Transportwege von den Bananenplantagen zum Hafen Limón, dem wichtigsten Hafen an der Atlantikküste, sind durch Postenketten der Arbeiter gesperrt. Sprecher der United Brands Company forderten von der Regierung, mit Polizeitruppen die Postenketten der Arbeiter zu zerschlagen. Außerdem solle sie eine spezielle Truppe schaffen, die bei künftigen Kämpfen der Arbeiter gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden könne. Die Antwort der Gewerkschaften: Wenn die Regierung Polizei einsetzt, wird der Streik auf alle Plantagen des Landes ausgeweitet.

Der jetzige Streik ist die dritte große Kampfaktion der Plantagenarbeiter gegen die Ausbeutung durch die US-Bananenmonopole binnen eines Jahres. Bereits im August letzten Jahres hatten die Kapitalisten einen Streik von mehreren tausend Arbeitern erst durch den Einsatz der Nationalgarde niederschlagen können. Zwei Arbeiter wurden erschossen, über hundert verletzt. Am 21. Dezember letzten Jahres traten erneut 4700 Arbeiter der ,,Standard Fruit Company'', des zweitgrößten US-Bananenmonopols in Costa Rica nach der ,,United Brands'', u.a. für kürzere Arbeitszeit und die Wiedereinstellung der im letzten Streik entlassenen Arbeiter in den Streik. Am 7. Januar schlossen sich weitere 15000 Plantagenarbeiter ihrem Streik an, wenig später drohten 5000 Hafen- und Eisenbahnarbeiter aus der Gegend von Limón mit Solidaritätsstreiks, wenn die Regierung die streikenden Plantagenarbeiter nicht unterstütze. Der Ausgang des Streiks ist uns nicht bekannt.

erneut 4700 Arbeiter der ,,Standard Fruit Company'', des zweitgrößten US-Bananenmonopols in Costa Rica nach der ,,United Brands'', u.a. für kürzere Arbeitszeit und die Wiedereinstellung der im letzten Streik entlassenen Arbeiter in den Streik. Am 7. Januar schlossen sich weitere 15000 Plantagenarbeiter ihrem Streik an, wenig später drohten 5000 Hafen- und Eisenbahnarbeiter aus der Gegend von Limón mit Solidaritätsstreiks, wenn die Regierung die streikenden Plantagenarbeiter nicht unterstütze. Der Ausgang des Streiks ist uns nicht bekannt.

Seit Ende letzten Jahrhunderts saugen die US-Imperialisten riesige Profite aus dem Bananenanbau in Costa Rica. In den siebziger Jahren hatte die Regierung einen US-Kapitalisten mit dem Bau mehrerer Eisenbahnlinien im Land beauftragt. 1884 waren die ersten Linien fertig: 4000 Arbeiter waren entlang der Strecke an der mörderischen Schinderei gestorben, die Regierung saß mit einem Haufen Schulden da. Gegen die kostenlose ,,Überlassung'' von etwa 320000 Hektar ,,jungfräulichen'' Bodens, das sind über 6% des ganzen Landes, und der fertiggestellten Eisenbahnlinien für 99 Jahre sowie gegen 20 Jahre Steuerbefreiung ,,bot'' der US-Kapitalist, Minor Keith mit Namen, der Regierung daraufhin die Übernahme ihrer Schulden an. Nachdem er sie zu diesem Abkommen gezwungen hatte, siedelte er schwarze Zwangsarbeiter aus Jamaika auf winzigen Landstücken am Rand der neuangelegten Bananenplantagen an, um sie als Plantagenarbeiter auszubeuten. Das war die Geburtstunde der ,,United Fruit Company''.

Rücksichtslose Auslaugung des Bodens durch die dichtgepflanzten und schnellwachsenden Bananenstauden, die dem Boden innerhalb weniger Jahre alle Nährstoffe entzogen, dadurch noch zusätzlich beschleunigte Enteignung und Vertreibung der Bauern in der Nähe der ständig ,,wandernden'' Plantagen, brutale Ausbeutung der Plantagenarbeiter, deren Löhne selbst bei Ausbeutung der ganzen Familie nur eine Hungernahrung erlaubten, das kennzeichnete in den folgenden Jahrzehnten den ,,Aufstieg'' Costa Ricas zum größten Bananenlieferanten der Imperialisten.

Anfang der dreißiger Jahre organisierten sich die Plantagenarbeiter mit Unterstützung der 1929 gegründeten Kommunistischen Partei in einer einheitlichen Gewerkschaft. Durch einen großen Streik erzwangen sie 1935 die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, die Regierung mußte gesetzliche Mindestlöhne einführen. Die United Fruit

eine Hungernahrung erlaubten, das kennzeichnete in den folgenden Jahrzehnten den ,,Aufstieg'' Costa Ricas zum größten Bananenlieferanten der Imperialisten.

Anfang der dreißiger Jahre organisierten sich die Plantagenarbeiter mit Unterstützung der 1929 gegründeten Kommunistischen Partei in einer einheitlichen Gewerkschaft. Durch einen großen Streik erzwangen sie 1935 die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, die Regierung mußte gesetzliche Mindestlöhne einführen. Die United Fruit

Company mußte 100000 Hektar Land an die Regierung zurückgeben, das diese teilweise an landlose Bauern verteilte.

Nach dem zweiten Weltkrieg konnten die US-Imperialisten viele dieser Erfolge rückgängig machen; sie zerschlugen mehrere Gewerkschaften, die KP wurde verboten. 1967 waren von den etwa 250000 Lohnabhängigen nur 25000 gewerkschaftlich organisiert. Zwei Jahre später zahlten die Kapitalisten den meisten Plantagenarbeitern gerade den gesetzlichen Mindestlohn: 1,21 Colones pro Stunde, das entsprach dem Preis von vier Eiern oder einen halben Kilo Bohnen. An dieser Lage hat sich bis heute kaum etwas geändert.

Die großen Streiks der Plantagenarbeiter in den letzten Monaten zeigen, daß die Kämpfe der Arbeiter und Bauern einen erneuten Aufschwung nehmen. Bereits 1974/75 hatten in Honduras über 140000 Bauern große Ländereien der ,,United Brands'' besetzt. Das hatte die Volksmassen in anderen Staaten Mittelamerikas ermutigt. Noch 1974 schlossen sich Honduras, Costa Rica, Kolumbien, Guatemala und Panama zur ,,Union bananenexportierender Staaten'' (UPEB) zusammen. Eines ihrer ersten Ziele war eine einheitliche Exportsteuer von 1 $ je Kiste Bananen, das sind ca. 18 kg. Außerdem sollte die eigene Produktion und der Absatz von Bananen gefördert werden. 1975 hob die Regierung Honduras' sämtliche Vorrechte der US-Bananengesellschaften auf. Die Regierung Costa Ricas kaufte 1977 der inzwischen in ,,United Brands'' aufgegangenen ,,United Fruit Comp.'' 40000 ha Land ab und verteilte sie teilweise an landlose Bauern. Trotzdem kontrollieren die US-Monopole noch immer 60% der Bananenausfuhr des Landes. In Costa Rica zahlen sie für jede Kiste Bananen lediglich 45 US-Cents Exportsteuer, bei einem Exportpreis von 3 $ je Kiste. In Westdeutschland verkaufen sie dann die Bananen zu 10,50 $ je Kiste weiter.

duras' sämtliche Vorrechte der US-Bananengesellschaften auf. Die Regierung Costa Ricas kaufte 1977 der inzwischen in ,,United Brands'' aufgegangenen ,,United Fruit Comp.'' 40000 ha Land ab und verteilte sie teilweise an landlose Bauern. Trotzdem kontrollieren die US-Monopole noch immer 60% der Bananenausfuhr des Landes. In Costa Rica zahlen sie für jede Kiste Bananen lediglich 45 US-Cents Exportsteuer, bei einem Exportpreis von 3 $ je Kiste. In Westdeutschland verkaufen sie dann die Bananen zu 10,50 $ je Kiste weiter.





Auf 15300 Hektar Land beuten die US-Monopole ,,United Brands', ,,Standard Fruits'' und ,,Del Monte'' heute über 20000 Plantagenarbeiter zu Hungerlöhnen aus. Zusätzlich gehören ihnen riesige Waldgebiete, Kakaoplantagen etc.

stunden seien in den letzten 30 Jahren verlorengegangen, daher müsse Sri Lanka heute Schulden machen. Den Plantagenarbeitern versprach er Lohnerhöhung; die Löhne und Gehälter für Beschäftigte der Universität erhöht die Regierung jetzt um 15%. Gegen den Generalstreik am 18. Juli, zu dem ein gewerkschaftliches Aktionskomitee aufrief, verhängte die Regierung den Notstand und entließ alle Streikenden im öffentlichen Dienst. Die Streiks erfassen jetzt auch den Hafen, der Export ist beeinträchtigt.

z.anb. **90% der Bauarbeiter in der Westschweiz haben in einer Abstimmung der Gewerkschaft Bau Holz für die Abschaffung des Saisonnierstatuts gestimmt.** Die Aktion der Gewerkschaft hat unter den im Bausektor besonders zahlreichen ausländischen Arbeitern die deutlichste Unterstützung gefunden. Die Zahl der Saisonarbeiter lag im April mit 60065 um 18% über dem Vorjahrsstand, gleichzeitig hat die Regierung die Gewährung von Jahresaufenthaltsrecht in über 10000 Fällen verweigert und die Zahl der Einbürgerungen von Kindern ausländischer Arbeiter um 82% zum Vorjahr auf 1160 gesenkt. Durch Außerkraftsetzung des Kollektivvertragsrechts organisiert das Saisonnierstatut enormen Druck auf das Lohnniveau, Saisonarbeiter sind demnach nach den ,,ortsüblichen Tiefstlöhnen'' zu zahlen, deren Niveau selbst durch die Elendslöhne der illegal beschäftigten Ausländer gesetzt wird.

z.ans.Rom. **Nach viermonatigen Tarifverhandlungen ist der nationale Tarifvertrag für die italienische Kautschuk- und Plastikindustrie abgeschlossen worden.** Mit 65 Streiktagen und einer nationalen Demonstration setzten die Arbeiter ihre Lohnforderungen weitgehend durch: 35000 Lire (75 DM) für alle, weitere nach Lohngruppen gestaffelte Beträge von 12000 – 25000 Lire und eine einmalige Summe von umgerechnet 268 DM. Um dem Verschleiß der Arbeitskraft durch Schichtarbeit entgegenzuwirken, erkämpften die Gewerkschaften fünf zusätzliche Urlaubstage für Contischichtarbeiter und durchschnittlich 5000 Lire mehr für Nachtschichten.

z.ans.Rom. **Mit vier 24stündigen Streiks der ganzen Branche haben die italienischen Zeitungsdrucker in den letzten 14 Tagen gegen die massiven Rationalisierungspläne der Zeitungsverleger gekämpft.** Diesen Streiks waren mehrere auf örtlicher Ebene vorausgegangen, an denen sich teilweise auch die Journalisten und Papierarbeiter beteiligten. Die Druckergewerkschaft FULPC hat zu weiteren Kampfaktionen auf regionaler Ebene aufgerufen. Steigende Papierpreise bei staatlich festgelegten Zeitungspreisen und veraltete Technologie haben die Krise vor allem für die regionalen und örtlichen Zeitungen verschärft und den Konzentrationsprozeß im Zeitungswesen beschleunigt. Die Zeitungskapitalisten antworten einerseits mit Entlassungsdrohungen: So sollen z.B. 156 Drucker und 27 Journalisten bei der römischen Zeitung ,,Messaggero'' entlassen werden. Für die verbleibenden Arbeiter wird der Arbeitstag durch Umstellung der Produktion und Einführung neuer Technologie enorm verdichtet.

z.nik. **Mit Hauptforderung Absicherung der Arbeitsplätze bei der Einführung des Fotosatzes, traten am 25.6. die Druckereitechniker der griechischen Tageszeitungen in einen unbefristeten Streik.** Einen Tag darauf antworteten die Zeitungsverleger mit der Aussperrung. Wiederholt scheiterte der Versuch der Kapitalisten, einen gemeinsame Not-Ausgabe herauszugeben, an der Weigerung der Journalisten, diese zu verfassen und der Zeitungsverkäufer, diese zu verkaufen. Das Angebot der Verleger, die Aussperrrung aufzuheben, gegen Verzicht auf Bezahlung der Streik- und Aussperrungstage und der Wiedererhebung ähnlicher Forderungen, lehnten die Techniker ab. Die Arbeiter bekämpfen ein Abkommen, das 1974 unter der Federführung des damaligen faschistischen Militärregimes zustande kam, und das nur die Interessen der Druckkapitalisten berücksichtigte bei der Einführung des Fotosatzes, Mit über 300 Mio. Drachmen werden sie z.Z. von der Regierung kreditiert für den Kauf neuer Druckmaschinen. Am 17.7. wurde die Aussperrung aufgehoben. Das Verhandlungsergebnis ist uns bislang nicht bekannt.

z.gek. **Trotz des Beginns der allgemeinen Ferienzeit am 22. Juli haben die polnischen Arbeiter ihre Streikbewegung in mehreren Städten des Landes weitergeführt.** Erfolgreich beendet wurden die Streiks in Lublin; offen blieb die von den Arbeitern der Eisenbahnen und Nahverkehrsbetriebe zusätzlich erhobene Forderung nach Angleichung der Familienzulagen an die von Militär, Polizei und Sicherheitsdienst – für die PVAP-Regierung ein besonders unangenehmer Punkt. Am Montag streikten in Warschau die Fahrer der Presselieferwagen, die besonders schlecht bezahlt werden und eine Lohnerhöhung von 1000 Zloty durchgesetzt haben sollen, das wären volle 20% des Durchschnittslohns von 5000 Zloty. Überhaupt haben Niedriglöhner in mehreren Streiks zusätzliche Anhebungen erreicht. – Der Streik in der Stahlhütte Stalowa Wola in Südpolen ging ebenfalls am Montag weiter. Neu in den Streik traten die Belegschaft einer Fabrik für Straßenbaumaschinen in Breslau, eines Eisenbahnausbesserungswerks bei Poznan, einer Glashütte in Lubartow sowie von mehreren Betrieben in Chelm in Ostpolen. Die Arbeiter der Walter-Werke in Radom, die in den Kämpfen 1976 eine führende Rolle gespielt haben, setzten Lohnerhöhungen durch, ohne streiken zu müssen; ebenso die Belegschaft des Kunstfaserwerks Elana in Torun. Als neue Forderung tauchte, ähnlich wie in den kürzlichen Automobilarbeiterstreiks in der Sowjetunion, die Forderung nach besserer Fleischversorgung der Betriebskantinen auf, die einen Eckpfeiler der Nahrungsmittelversorgung für die Arbeiter darstellen.

Bewegung gegen die Semestergelder in Bayern in einigen Punkten erfolgreich

z.ras. Größere Schwierigkeiten hat sich die bayerische Landesregierung mit dem Vollzug des am 5. März 1980 beschlossenen Änderungsgesetzes zum BayHschG, das die Gebührenfreiheit des Studiums aufhebt, eingehandelt. Zum 15.6.1980, zwei Wochen später als geplant, wurde die „Verordnung über die Erhebung von Studiengebühren an den staatlichen Hochschulen" mit 600 DM/Semester für Studienfachwechsler, Zweitstudenten und Studenten, die die Förderungshöchstdauer nach dem BAFöG um mehr als 2 Semester überschreiten (ab WS 81/82) in Kraft gesetzt. Nach den Demonstrationen, die ca. 10000 Studenten in Würzburg, Erlangen und München am 25.6. durchführten, hatte das Kultusministerium angeboten: erst Studienfachwechsler nach dem 7. Semester und Zweitstudenten, wenn sie nach dem WS 77/78 ein zweites Studium aufgenommen haben, sollen zahlen.

Zwischenzeitlich konnte kaum ein Vertreter des Kultusministeriums öffentlich auftreten, ohne von Fachschaften zu den Semestergeldern zur Rede gestellt worden zu sein. Maier auf der WRK-Tagung in Würzburg war „etwas unglücklich" über den Beschluß, Schosser, bildungspolitischer Sprecher der CSU und MdL, konnte auf einer internen Veranstaltung des RCDS bei überwiegend anwesenden Fachschaftlern seine „marktwirtschaftlichen Elemente" für die Hochschulen nicht landen und Zimmermann (CSU, MdB) konnte auf einer öffentlichen RCDS-Veranstaltung vor 500 Fachschaftlern gar nicht reden.

Am 15.7. hat der bayerische Landtag beschlossen, daß Zweitstudenten, die ihr Zweitstudium vor Inkrafttreten der Verordnung aufgenommen haben, nicht unter die Gebührenpflicht fallen. Der Kanzler der Universität Regensburg hat die Studentenkanzlei geschlossen und das Rückmeldeverfahren auf den Postweg umgestellt. Die Gebührenbescheide wurden zurückgezogen. Seit letzter Woche wird ein Rückmeldeboykott durchgeführt, der von 35% der Studenten beschlossen wurde. LMU-Präsident Lobkowicz hat in München 6000 Studenten wegen Erhebung von Studiengebühren angeschrieben. 5910 müssen jetzt erneut wegen Aufhebung der Gebührenpflicht angeschrieben werden.



Protestaktionen in Regensburg

VR China: 6 – 7 Jahre brauchen die Schüler nur um die Schriftzeichen zu lernen

z.jör.Beijing. Am 20. Mai dieses Jahres beschloß das chinesische Komitee für die Schriftreform, eine Liste von 6000 Schriftzeichen als Grundausrüstung für Schriftsatz, Telegramme und Schreibmaschinen festzulegen. 3000 von diesen 6000 Zeichen sind zum Grundwortschatz für Computer bestimmt worden, sie decken ca. 99,9% der Wörter des täglichen Gebrauchs.

Dieser Beschluß des Komitees stellt einen ersten konkreten Schritt nach dem Scheitern der zweiten Schriftreform von 1978 dar. Seinerzeit war die Strichzahl von ca. 400 Schriftzeichen, nach der ersten Reform von 1957, noch einmal reduziert worden. Wegen der sehr mangelhaften Vorbereitung dieser Reform, mußte die Verwendung der neuen Zeichen jedoch bereits nach wenigen Tagen wieder eingestellt werden.

Die Reform der chinesischen Schrift, die jetzt wieder angegangen wird, ist ein ebenso wichtiges wie langfristiges Vorhaben der chinesischen Regierung. Die Notwendigkeit einer solchen Reform, die zunächst in der Vereinfachung der teilweise sehr komplizierten Schriftzeichen besteht, d.h. in der Reduzierung der Strichzahl der Zeichen, und erst sehr langfristig in der Einführung einer Buchstabenschrift münden soll, ergibt sich bereits aus den Schwierigkeiten, mit denen in China Schreiben und Lesen lernen verbunden ist. Für die Beherrschung des Mindestwortschatzes brauchen chinesische Schüler ca. sechs bis sieben Jahre. Ein wertvoller Teil der Lernzeit wird also mit dem Auswendiglernen der Schriftzeichen vertan. Dies ist ein großes Hindernis für die schnelle Modernisierung des Landes, das nichts so dringend braucht wie Fachkräfte. „Deshalb müssen wir großen Wert auf den Schulunterricht und die Vermehrung der wissenschaftlichen und kulturellen Kenntnisse legen", hat Zhao Ziyang, Mitglied des Politbüros der KP Chinas, in einer Rede zum Internationalen Kindertag am 1. Juni erklärt.

Andererseits gibt es bis heute keine in ganz China verbreitete einheitliche Hochsprache, sondern zahlreiche Dialekte, die sich zum großen Teil gegenseitig nicht verstehen können. Die kulturelle Einheit des Landes wird deshalb auch heute noch durch die Schriftzeichen aufrechterhalten, die, wie die arabischen Ziffern bei den Zahlen, den *Sinn* der Wörter wiedergeben, nicht aber sich an der Aussprache orientieren. Eine Einführung der Buchstabenschrift, die sich an der Aussprache orientiert, würde heute mithin noch völliges Chaos in allen Lebensbereichen hervorrufen und ist deshalb zunächst ausgeschlossen. Was bleibt, ist eine weitere Vereinfachung der Schriftzeichen.

Regierung Zimbabwes streicht Grundschulgebühren

z.dml.Salisbury. Das Schulwesen in Zimbabwe besteht aus zwei Schultypen: der „Primary School", die die ersten sieben Schuljahre umfaßt, und der „Secondary School" mit vier Schuljahren und zwei weiteren zur Vorbereitung auf ein Studium. Es gibt Schulen für Weiße und Afrikaner getrennt. Um eine Lehrstelle zu bekommen, müssen die afrikanischen Jugendlichen mindestens zwei Jahre auf der „Secondary School" vorweisen mit der entsprechenden Prüfung. 1977 waren von den 855025 afrikanischen Schülern der „Primary School" nur 11 Prozent auf einer staatlichen Schule, von den 47333 Schülern der „Secondary School" waren es etwa ¼. 1977 hat der rhodesische Staat 934000 Rh. Dollar an Schulgeld von den afrikanischen Schülern eingenommen. Für die europäischen Schüler dagegen ist der Unterricht einschließlich der vierten Klasse der „Secondary School" frei. Damals hat der rhodesische Staat pro afrikanischem Schüler 43 Rh. Dollar ausgegeben, pro europäischem Schüler waren es etwa 500 Rh. Dollar.

Der Minister für Ausbildung und Kultur, Genosse Mutumbuka, hat jetzt bekanntgegeben, daß ab 1. September kein Schulgeld mehr in den staatlichen „Primary Schools" für Afrikaner gezahlt zu werden braucht. Den registrierten Privatschulen sowie den Gemeindeschulen wird die ihnen vom Staat zugewiesene Summe um den entsprechenden Betrag erhöht. Genosse Mutumbuka hat die Träger dieser Schulen aufgefordert, die Gelder ebenfalls zur Beseitigung der Schulgebühren zu verwenden.

Das Schulgeld betrug für die afrikanischen Schüler im Durchschnitt 7 Rh. Dollar im Jahr. Dies bedeutete vor allem in den ländlichen Gebieten, wo die afrikanischen Bauern nur etwa 30 Rh. Dollar im Jahr an Geld zur Verfügung haben, eine Schranke für den Schulbesuch. Oftmals verkauften die Bauern dann zusätzlich Kühe, um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Bisher konnten etwa 75 Prozent der afrikanischen Kinder die „Primary School" besuchen. Der Übergang in die „Secondary School" war 1977 von 78400 Schülern nur 16104 Schülern möglich. Das Schulgeld dort beträgt etwa 130 Rh. Dollar im Jahr und steigert sich mit den Schuljahren. Genosse Mutumbuka hat geäußert, die Streichung der Schulgebühren für staatliche „Primary Schools" sei nur der erste Schritt. Der nächste Schritt sei die Einführung der Schulpflicht für alle Kinder im Schulalter. Die Schulpflicht besteht im übrigen schon längst für die europäischen Kindern.

„. . . eine ehrliche Politik"

Die verlogene Propaganda von Strauß und der Jungen Union

z.jüd. Kurz vor dem Abitur wurde eine Schülerin in Regensburg von der Schule verwiesen, weil sie darauf bestand, eine Plakette gegen den Kanzlerkandidaten Strauß auch in der Schule weiterzutragen. Gleich kamen mehr als 20 Schüler mit dem Zusatz „aus Solidarität" mit der gleichen Anti-Strauß-Plakette in den Unterricht. Eltern und Lehrer verschiedener Schulen protestierten gegen diese Einschränkung ihrer demokratischen Rechte. Jetzt hat die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber das Tragen von „Stoppt Strauß"-Plaketten zum Kündigungsgrund erklärt. Tatsächlich gibt es bereits eine ganze Reihe solcher Entlassungen.

Strauß hat an seinen Kultusminister Maier in Bayern einen Brief geschrieben, in dem er fordert, daß ein Forschungsauftrag vergeben werden sollte, in dem „Elemente einer sinnvollen jugendlichen Verhaltensweise (‚Jugendkultur')" herausgearbeitet werden sollen, denn die bisherige Regierung hätte „eine Minderung überkommener Lebensinhalte wie Religion, Vaterland, Heimatliebe, berufsständisches Bewußtsein, Ehe als Lebensgemeinschaft auf Lebenszeit" gebracht. Die Bayrische Regierung wollte den Brief nicht veröffentlichen, er sei „durch eine Indiskretion" nach außen gedrungen. Er erhellt das Plakettenverbot, das im übrigen ja in dem SPD/FDP-regierten Hamburg seine Geburtsstunde hatte. Vor allem aber wird das tatsächliche Programm der CDU/CSU gegenüber der Jugend deutlich. So wird die Strauß-Kandidatur zu Recht als Angriff auf die Positionen der Arbeiterbewegung und der Jugendbewegung begriffen.

Die Junge Union (JU) ist zuständig für die Propaganda der CDU/CSU unter der Jugend, auch wenn ihr Grundsatzprogramm von 1972 es gerade andersherum formuliert: „Die JU ist Sprachrohr der jungen Generation innerhalb der Union." 1972 – bei der ersten Bundestagswahl mit auf 18 gesenktem Wahlalter – hatte die CDU/CSU große Stimmenverluste unter den jungen Wählern hinnehmen müssen. In der Partei und in der JU entwarf man zunehmend eine politische Propaganda, die sich gegen die SPD/FDP-Regierung volkstümlich und scheinbar an alle gerichtet wendet. In dem im Jahr 1978 verabschiedeten „Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" heißt es: „Politik ist auch dafür verantwortlich, daß es in unserem Land möglich ist, frei und eigenverantwortlich ein sinnerfülltes Leben zu führen. Dafür brauchen wir weder mehr Geld noch mehr Gesetze, noch mehr Beamte." Die wesentliche Absicht dieses Programms liegt bei dem „weder mehr Geld", denn „man" dürfe nicht immer nur „den materiellen Aspekt betrachten". Dieses Programm, das die weitere Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen zum Ziel hat, weil das die Arbeitskraft verbilligt, knüpft aber am Interesse der Jugend an kultureller Entwicklung an. Nicht ganz erfolglos: Seit 1972 ist die Mitgliederzahl der JU von 133000 auf 250000 gewachsen. Der Deutschlandtag – das höchste beschlußfassende Organ der JU – wurde denn auch in diesem Wahljahr „offen für alle" gestaltet. Es gab keine Anträge, keine Abstimmungen, sondern eine offene Diskussion über „Orientierungskrise der Jugend? Engagement als Alternative".

Poppig aufgemacht („Joy Fleming auf CDU-Tournee") wendet sich der erste Comic in diesem Magazin an den besonders gedrückten Teil der Jugend: kein Ausbildungsplatz, Arbeitslosigkeit usw. – Lösung: „Schick die SPD auf Rente". Spar-Tips beim „Enten- oder Käfer-Fahren", einige Routen „Mit dem Fahrrad durch unser schönes Land" ergänzen ihr Programm, das sich gegen wesentliche Forderungen der Arbeiterjugend nach ausreichendem Lehrlingslohn, Erhöhung der BAFöG-Sätze, Finanzierung selbstverwalteter Jugendzentren und verbesserter Ausstattung der Haupt- und Realschulen wendet. Daneben die unverhüllte Demagogie des JU-Vorsitzenden und MdB Matthias Wissmann: „Die soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem ... Denn schließlich war es die Soziale Marktwirtschaft, der es gelungen ist, den gesellschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu überwinden ..."



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Stuttgart, Gutenbergstraße 2, Tel. 620582
Zelle Ravensburg
Ravensburg
21. Juli 1980
30k3d0300n

Postjugend Mannheim für Friedensvertrag und Austritt aus der NATO

Die Jugendgruppe der DPG Mannheim hat bei ca. 30 Anwesenden einen Leserbrief an das Gewerkschaftorgan „Deutsche Post" einstimmig verabschiedet. Vorrausgegangen waren Diskussionen über einen Olympiaboykott und die Aufarbeitung der aktuellen internationalen Lage, der Spaltung Deutschlands nach 1945 und der Grundlagen für Warschauer Pakt und NATO anhand der Dokumente. Ein Olympiaboykott wurde von den meisten als ungenügender Protest gegen den sowjetischen Einmarsch abgelehnt. Die Kriegsgefahr gehe nicht nur von der Sowjetunion aus, die USA und die westlichen Mächte würden dadurch nicht getroffen.

Einheitlich wurde angegriffen, daß die westdeutschen Imperialisten das NATO-Bündnis nutzen, um ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen voranzutreiben. Es wurde erinnert, an die Äußerung von Strauß in der Bundestagsdebatte vom 28.2. zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, daß bezüglich der geographischen Zuständigkeit der NATO „die Sicherheitsdefinition, die im Jahre 1949 gewählt worden ist, nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht". Nachdem die USA die Spaltung Deutschlands von Anfang an betrieben haben, um es als Aufmarschgebiet gegen den Osten zu nutzen, müßten nun auch die Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten angegriffen werden, die „Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937" (BVG-Urteil zu den Ostverträgen) unter ihrer Herrschaft durchzusetzen.

Der Brief im Wortlaut:

„Die letzten Monate haben gezeigt, daß durch die militärischen Aktionen der beiden Großmächte USA und Sowjetunion gegen das iranische und afghanische Volk der Frieden in der Welt sehr bedroht ist. Offensichtlich wollen beide Großmächte ihre Einflußsphären auf Kosten des Selbstbestimmungsrechts der Völker immer weiter ausbauen. Leider vermissen wir in der Diskussion um einen Olympiaboykott in der „Deutschen Post" den Hinweis, daß nicht nur die Länder der Dritten Welt durch diese Großmachtpolitik gefährdet sind. Seit über 30 Jahren gibt es für Deutschland keinen Friedensvertrag. In der BRD und der DDR gibt es die größte Truppenkonzentration wie in keinem anderen Land der Welt. Die beiden deutschen Staaten können durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und im Warschauer Pakt jederzeit in einen Weltkrieg der beiden Großmächte hineingezogen werden. Diese Mitgliedschaft ermöglicht es auch, daß DDR-Soldaten nach Prag und westdeutsche Soldaten in den Indischen Ozean entsandt werden. Die Fregatten und Versorgungsschiffe der Bundeswehr verteidigen dort kaum die deutsche Nordseeküste. Vielmehr sollen sie zusammen mit den US-Kriegsschiffen die Kapitalinteressen in diesem Raum schützen. Wir meinen, daß es in einer solchen Situation dringlich ist, daß wir Gewerkschafter gegen die wachsende Kriegsgefahr für einen Friedensvertrag für Deutschland eintreten, der die bestehenden Grenzen anerkennt. Statt immer schneller aufzurüsten, sollte die BRD aus der NATO austreten und die beiden Militärbündnisse aufgelöst werden. Ausdrücklich treten wir gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD auf und gegen die Entsendung von Fregatten in den Indischen Ozean. Durch diese Forderungen zeigen wir Gewerkschafter in der BRD der internationalen Öffentlichkeit wesentlich mehr Friedenswillen als alle allgemeinen Appelle der letzten Jahre. Noch nie sind Kriege von den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften angezettelt worden, sondern immer nur von den Herrschenden und für deren Kapitalinteressen. Deshalb sollten diese konkreten Forderungen auch in das Grundsatzprogramm des DGB und als Wahlprüfstein zu den Bundestagswahlen aufgenommen werden."

Vergangene Woche übte das 1. Bataillon 22 der kanadischen Besatzerarmee im Raum Würtingen. Das Manöver der Besatzer fand mitten während der Heuernte statt. Die auf den Wiesen ausgehobenen Schützenlöcher warfen sie mit Steinen zu. Ihre Panzer fuhren durch Kartoffel-, Rüben-, Roggen-, Gerste- und Weizenfelder. Wollen die Bauern jemals Entschädigung sehen, müssen sie zunächst ihr Grundstück begutachten lassen und den geschätzten Schaden dann schriftlich unter Angabe der Parzell-Nummer und der Schadensfläche in Quadratmetern bei ihrer Gemeinde melden. Die Gemeinde muß ihrerseits mit dem Amt für Verteidigungslasten im Landratsamt Tübingen Kontakt aufnehmen. Was dann geschieht, darauf haben die Bauern keinen Einfluß.

Barme, 9.7.80. Für die Soldaten der 4.PiBtl. 11 wurde befohlen, im kleinen Dienstanzug an der Eröffnungsveranstaltung der „Deutsch-Britischen-Freundschaftswoche" teilzunehmen. Begründet wurde der Befehl zur Teilnahme damit, daß sich die Bundeswehr in der Öffentlichkeit repräsentieren sollte.

Apel für 20monatige Zivildienstzeit – vielleicht ließe sich höhere Wehrdienstzeit nachziehen

z.gkr. Das endgültige Scheitern der Wehrdienstnovelle ist gerade 3 Wochen her, da tritt Minister Apel am vorletzten Wochenende mit dem Vorschlag auf, die Zivildienstpflicht auf 20 Monate oder mehr zu verlängern und dafür auf jede Prüfung zu verzichten. Denn: „Man kann dann sehr wohl sagen, die Entscheidung für den Zivildienst ist eine Entscheidung des Gewissens, weil man dann eine echte Erschwerung auf sich nimmt." Ähnlich äußerte sich schon der SPD-Abgeordnete Lutz, der u.a. mit seinem Nein die Wehrdienstnovelle zum Scheitern brachten, in der Debatte am 3. Juli: „Meine Freunde und ich wären bereit, selbst einer Verlängerung des Dienstes auf 20 Monate zuzustimmen, wenn die Gewissensprüfung in Wegfall käme."

Die Bourgeois haben Schwierigkeiten, ein Ergebnis zu erzielen. Ihr Interesse ist: 1. auf jeden Fall die personelle Stärke der Bundeswehr zu erhalten und zu sichern, 2. eine ausreichende Zahl von Kriegsdienstverweigerern als billige und rechtlose Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, 3. den Kampf um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und damit vor allem gegen die Prüfungsverfahren zu spalten. Handelte es sich bei dem am 13. April vom Bundesverfassungsgericht verworfenen Gesetzentwurf noch um ein Versprechen der SPD an die Jugend aus Wahlkampfzeiten, hat dieselbe SPD inzwischen die Aufrüstung vorangetrieben und haben sich die äußeren Verhältnisse erheblich gewandelt. Gleichzeitig wird der Rückgang der Wehrpflichtigen greifbar und stieg seit 1976 der Anteil der Kriegsdienstverweigerer an einem Musterungsjahrgang von 9,5% auf etwa 13% für 1980. Bis 1983 wird der Überschuß an Wehrpflichtigen gegenüber jetze noch steigen, auf etwa 30000 innerhalb eines Jahres. Der FDP-Abgeordnete Möllemann hat darin gleich eine Steuerquelle entdeckt. Aus Gründen der „Wehrgerechtigkeit" sollen die jungen Männer zwischen 20 und 30 Jahren, die nicht eingezogen wurden, eine Wehrsteuer von 1% entrichten. Erhöhung des Übergangsgeldes soll dann daraus finanziert werden. Vermutlich in erster Linie für Zeitsoldaten, denn deren Zahl liegt gegenwärtig unter dem, was die imperialistische Armee braucht.

Nach 1988 allerdings wird es kritisch. Die „Welt": „Der Verteidigungsminister äußerte in dem Interview (mit dem Süddeutschen Rundfunk) die Auffassung, die Bundeswehr werde Ende der 80er Jahre mit Sicherheit zu wenige junge Männer haben, um das Niveau der Wehrpflichtigen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Deshalb müßten in sechs bis acht Jahren eine Reihe von Überlegungen angestellt werden, etwa über den Mehreinsatz von Reservisten oder auch von Verlängerung der Wehrpflicht."

Andererseits äußerte trotz steigender Zahl Zivildienstpflichtiger 1979 der SPD-Abgeordnete Hölscher bei der ersten Lesung des Wehrpflichtgesetzes: „... (weil) wir einfach zu wenig Kriegsdienstverweigerer haben und weil es nach altem, geltendem Recht praktisch unmöglich sein wird, so viele anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu produzieren, wie zur Deckung des notwendigen Bedarfs sozialer Einrichtungen erforderlich sind." Anfang dieses Jahres stieg die Zahl der Wehrdienstverweigerer nochmals um 20%, aber so wollen die Bourgeois auf Dauer ja auch nicht. Bei 20monatiger Dauer, so kalkuliert Apel, könnten 25% weniger Zivildienstpflichtige dieselbe Anzahl Plätze belegen wie gegenwärtig und die 5 Monate länger Hungerlohn als Zivildienstpflichtiger würden so manchen davon abhalten, von seinem Recht auf Wehrdienstverweigerung Gebrauch zu machen.

Vielleicht ließe sich so das leidige Thema „Gewissensprüfung" vom Tisch bringen. Die SPD wendet sich damit in erster Linie an Verweigerer aus politischen oder gesellschaftspolitischen Gründen. Vor allem auch an Kräfte, wie sie sich auch in der Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen zusammengeschlossen haben und die gerade auf ihrer Delegiertenkonferenz über eine Plattform mit Forderungen beraten haben. In den Vorschlägen der Arbeitsgruppen, die jetzt in den einzelnen Gruppen diskutiert werden (es handelt sich um keine Beschlüsse, wie wir fälschlicherweise in KVZ 25 gemeldet hatten), werden Forderungen gegen Gewissensprüfung, für rechtliche Gleichstellung mit Arbeitern und Angestellten, aber auch Forderungen nach Abschluß eines Demokratischen Friedensvertrages, BRD raus aus der NATO genannt. Aber auch gegen eine Verlängerung der Zivildienstdauer. Die Jusos haben denn auch pflichtgemäß gegen den Apelvorschlag laut aufgeschrien.

Die CDU tritt in der Debatte auf als Partei, die in allererster Linie die Stärke der Bundeswehr gesichert wissen will. Und ohne Prüfungsverfahren ist die Steuerung der Wehrpflichtigen nicht gesichert. Auch sie ist für die Verlängerung der Zivildienstpflicht, aber „nur" auf 18 Monate. Ideologisch kann sie sich unter Wehrdienstverweigerern höchstens an religiös begründete Verweigerer wenden. Die Erfahrung lehrt, daß diese mit dem Prüfungsverfahren am wenigsten Schwierigkeiten haben.

ZDL: Schicht- und Wochendienst Ergebnis einer Umfrage

r.mah. 87 verschiedene Dienststellen und ca. 10% der Hamburger ZDL hat die Selbstorganisation der ZDL erfaßt. Schlußfolgerungen sind nur beschränkt möglich. Von 119 Fragebögen wurden 79 schon Ende 1979 ausgefüllt.

Die 40-Stunden-Woche bzw. voller Dienstausgleich für Überstunden wird in der Regel eingehalten. Beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) gibt es 125% Dienstausgleich. Aber nur 43 von 98 ZDL müssen *nie* Überstunden machen. Von den 119 ZDL haben 41 Schichtdienst (= 34%) und 58 Wochenenddienst (= 49%). Große Übereinstimmung gab es auch bzgl. der Personaleinsparung durch den Einsatz von ZDL: 84 von 98 ZDL meinten, daß sie dazu beitragen (= 86%). Beim ASB haben die ZDL Anfang d.J. gemeinsam mit dem Betriebsrat die Ersetzung Festangestellter durch ZDL verhindert. Kontakt zum Betriebsrat wurde sonst fast gar nicht angegeben.

Aus den Umfrageergebnissen läßt sich nicht folgern, daß sich die geplanten Gesetzesverschärfungen z.Z. in Verschärfungen an den Hamburger Dienststellen bemerkbar machen. Geldstrafen oder Versetzungen z.B. wegen ständigem Zuspätkommen liegen schon ziemlich lange zurück. Dienststellenleiter Faß von der Zivildienstgruppe 18 (Arbeits- und Sozialbehörde) hält inzwischen angedrohte Versetzungen in Kasernen wie in Hannover für wirkungsvoller als andere Diszis.

Die meisten Auseinandersetzungen hat es um die Forderung nach Recht auf eigene Wohnung und Zahlung der vollen Miete gegeben. 75 der 119 befragten ZDL bekommen keine Mieterstattung. An vielen Dienststellen werden immer noch mündliche Verzichtserklärungen bei der Einstellung erzwungen. Beim ASB hatten die ZDL die Aufhebung der (schriftlichen) Verzichtserklärungen und 20000 DM Mietnachzahlung erkämpft. Das Bundesamt mußte Reverse für ungültig erklären und die Dienststellen zur Mieterstattung verpflichten, falls keine Dienstunterkunft vorhanden. Seit 1.7. ist jetzt die Neuregelung der Mietbeihilfe nach dem Unterhaltssicherungsgesetz in Kraft: jeder Soldat und ZDL mit eigener Wohnung bekommt mindestens 70% der Miete, die bis 420 DM angerechnet wird. Die Selbstorganisation der ZDL schreibt: Trotz Erfüllung einiger Forderungen sei die Absicht der Regierenden, die Armee „einsatzbereiter zu machen" und fordern: Vollen Mietausgleich! Volle Lohnfortzahlung! Gegen den Kriegsdienst!"





Zivildienstleistende im „Mobilen Sozialen Hilfsdienst"

„Forward based systems" sollen in Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden – fordert die SU

z.haw. Noch vor Ratifizierung des Salt-II-Abkommens über die Beschränkung von strategischen Atomwaffen, läuft eine lebhafte Debatte zwischen den beiden Supermächten, wie die Verhandlungen weitergeführt werden sollen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen darüber, welche Waffensysteme in neue Verhandlungen einbezogen werden sollen. Die Sozialimperialisten wollen über die Stationierung von landgebundenen Mittelstreckenraketen in Europa hinaus, auch das von den USA eingerichtete „Forward based systems" (atomare Waffensysteme, die in Europa mit einer Reichweite von mindestens 1000 bis 4000 km eingesetzt werden können), in die Verhandlungen einbeziehen, die USA-Imperialisten diese aber gerade ausklammern. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Flugzeuge F111 und F4 sowie einiger Mehrzweckflugzeugtypen.

464 der Marschflugkörper cruise missiles, wollen die USA in Westeuropa stationieren, 156 Maschinen der F111 und deren Weiterentwicklung F111F wollen, oder haben sie bereits stationiert, wie auf den englischen Stützpunkten Upper Heyford und Lakenheath. Dazu kommen die atomwaffentragenden Flugzeuge auf Flugzeugträgern, die raketenbestückten U-Boote in den Gewässern Europas und die englische Ausführung des Jagdbombers Tornado. Der für 1983 geplante Einsatz von 198 der verbesserten Pershing Mittelstreckenraketen der Pershing II, soll das Arsenal der Atomwaffenträger als System abrunden, und den unter US-Befehl stehenden, atomaren Teil der NATO-Streitkräfte bilden. Sowohl cruise missiles als auch F111F sind Waffensysteme, die einige Vorteile gegenüber Mittelstreckenraketen besitzen, und dienen als Ergänzung zu diesen. Beide sind in der Lage feindliche Radarüberwachung zu unterfliegen, von daher schwerer zu vernichten. Der Jagdbomber F111F kann mittels Bordleit-Radar (TFR) bei einer Geschwindigkeit von 1,2 mach (Schallgeschwindigkeit) in einer Höhe von nur 100 m operieren, dabei wird das TFR auf eine gewünschte Höhe tariert, welches das Gelände nach vorn, seitwärts und nach unten abtastet, die gesammelten Informationen dem Bordcomputer zuführt, der den Autopiloten steuert. Der F111F ist eine Allwettermaschine, geeignet für Tag- und Nachteinsätze. Ein weiterer Vorteil ist der relativ kurze Startweg, der je nach Bombenlast zwischen 700 und 1000 m liegt. An Bombenlasten und Raketenbestückung kann sie eine „Nutzlast" von ca. 12 t tragen. Für Jägereinsätze ist sie mit einer 20 mm Bordkanone ausgerüstet. Der Operationsradius beträgt über 2400 km. Die Sozialimperialisten können im Moment und wahrscheinlich auch in naher Zukunft mit gleichwertigen Waffen nicht aufwarten. Sie stützen sich abgesehen von ca. 75 Flugzeugen TU 22M (Backfire) auf Mittelstreckenwaffen der Klassen SS-4, SS-5 und SS-20, deren Operationsradius bis ca. 4500 km reicht. Der Nachteil dieser Raketen ist jedoch, daß sie von den Radarschirmen der NATO-Verbände erfaßt und damit auch vor dem Erreichen des Zieles abgeschossen werden können.



Britische Bourgeoisie kauft eine neue strategische Waffe: Trident

Polaris-Nachfolger / Der NATO unterstellt, aber auch ohne NATO einsetzbar / Labour-Partei gespalten

z.mif.London. Fünfzig Tage hat der US-Kongreß Zeit, um gegen den von Carter zugesagten Verkauf von Trident-I-Raketen an die britische Bourgeoisie ein Veto einzulegen. Mit ernsthaftem Widerstand rechnet das Weiße Haus nicht, angesichts der „engen Zusammenarbeit in der Außen- und Verteidigungspolitik auf allen Gebieten" zwischen US-Supermacht und der alten Weltmacht Großbritannien. Als Beispiel nennt der Sprecher die „gemeinsame Nutzung der Anlagen auf Diego Garcia", der Insel im Indischen Ozean, die, Mauritius gehörig, von den britischen Imperialisten besetzt gehalten und den US-Imperialisten zur Verfügung gestellt wird.

Anfang der neunziger Jahre wünschen die britischen Imperialisten die Trident-I-Rakete zu erhalten; bis dahin bauen sie die erforderlichen U-Boote und die nuklearen Sprengköpfe. Die Trident-I-Raketen, mit denen die US-Imperialisten letztes Jahr erstmals ein Schiff ausrüsteten, sind die derzeit stärkste strategische Nuklearwaffe der Supermacht USA. Sie haben eine Reichweite von etwa 6500 km; von U-Booten aus abgeschossen, gelten sie auf absehbare Zeit als unverwundbar durch gegnerische Anti-Raketen. Jede Trident-Rakete kann acht Sprengköpfe tragen, die einzeln ins Ziel gesteuert werden; diese Ziele können bis zu 240 km bei einer Rakete auseinanderliegen.

Die britischen Imperialisten werden die Trident-Waffe der NATO unterstellen. Die Auswahl der Ziele stimmt der NATO-Oberbefehlshaber in Europa (SACEUR), den die US-Imperialisten stellen, mit den Zielplänen für die US-Raketen ab. Die NATO wird die Raketen aber nicht ohne Einverständnis der britischen Regierung einsetzen können; andererseits kann die britische Bourgeoisie sie im Prinzip auch ohne Zustimmung der NATO verwenden. Die Premierministerin Thatcher schrieb hierzu in ihrem Brief an Carter: „Die Waffe wird unter allen Umständen für die Zwecke der internationalen Verteidigung des westlichen Bündnisses verwendet werden, außer wenn die Regierung des Vereinigten Königreiches beschließen sollte, daß höchste nationale Interessen auf dem Spiele stehen."

Im Verteidigungsweißbuch dieses Jahres hat die britische Regierung zu diesem Thema geschrieben: „Insbesondere heute, wo es eine interkontinentale nukleare Parität gibt, könnte eine sowjetische Führung ... glauben, daß an einem bestimmten Punkt in der Entwicklung eines Konflikts die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten wanken könnte. Die Verfügung über enorme Vernichtungskräfte durch unabhängige Europäer ist eine wichtige Versicherung gegen eine solche Fehleinschätzung." Die Verbeugung gegenüber den US-Imperialisten ist ein gutes Beispiel britischer Diplomatie – die Form ist gewahrt, aber jeder weiß, was gemeint ist. Die britischen Imperialisten wollen eine eigenständige Erpressungswaffe. Durch die vergrößerte Reichweite und die einzeln lenkbaren Sprengköpfe ist die Trident-I-Rakete hierzu noch besser geeignet als die Polaris-Raketen, mit denen die britische Flotte derzeit ausgestattet ist. Vom Atlantik aus bedroht sie halb Afrika, Saudi-Arabien, den Iran und die Sowjetunion bis zur chinesischen Grenze. Die Trident-I-Raketen werden zusammen mehr Sprengkraft haben als alle im zweiten Weltkrieg abgeworfenen Bomben.

Der Vertrag, den die britischen und US-Imperialisten geschlossen haben, folgt dem Muster des Vertrages zwischen Kennedy und MacMillan 1963, als die US-Imperialisten den Briten die Polaris-Raketen verkauften. Damals wie heute liefern die USA nur die Raketen, die Briten bauen die U-Boote und die Sprengköpfe; der Preis, den die britische Bourgeoisie zu zahlen hat, ist niedrig, insofern er nur die unmittelbaren Baukosten plus 5% der Forschungsaufwendung beträgt. Ein Zugeständnis allerdings haben die US-Imperialisten diesmal verlangt und gleich auf der Pressekonferenz den Hinweis fallen lassen, dies könne für andere Alliierte ein Beispiel sein: Die USA kaufen von den Briten Rapier-Luftabwehrraketen für die Sicherung ihrer Stützpunkte auf den britischen Inseln, und für die Bedienung dieser Raketen muß die britische Bourgeoisie das Personal stellen und bezahlen – „Ein wichtiger Präzedenzfall, von dem wir hoffen, daß wir ihn verwenden können, um weitere Unterstützung durch Gastgeberländer von anderen Allierten im Bündnis zu erhalten."

Die Begründung der britischen Regierung für das Trident-Programm, das nach heutigen Preisen innerhalb von fünfzehn Jahren 20 Milliarden DM kosten soll, ist chauvinistisch: „Es ist die erste Pflicht der Regierung, die Verteidigung des Reiches zu sichern. Die Freiheit ist der Verteidigung wert" (Thatcher im Unterhaus). Die Labour-Partei, deren Chef Callaghan seinerzeit als Premier die Vorentscheidung für die Tridentwaffe fällte, ist gespalten: der Vorstand ist dagegen, die Parlamentsfraktion dafür. Der Labour-Vorstand hat zu einer großen Demonstration gegen die Atomwaffen im Oktober in London mit aufgerufen.



Mindestens eins der vier britischen Polaris-U-Boote soll ständig im Einsatz sein. Im März 1978 verhinderten Hafenarbeiter im Lohnstreik das Auslaufen.

British Steel nutzt gegenwärtige Stahlkrise zu weiterer Rationalisierung

z.elf.London. 5000 Demonstranten empfingen Margaret Thatcher mit Steinen und Drohrufen, als sie am 19./20.7. zum Parteitag der walisischen Konservativen kam. Unter den 5000 waren viele Stahlarbeiter, die der staatliche Stahlkonzern BSC entweder schon entlassen hatte oder entlassen will.

,,BSC hat das Potential, in Europa einer der Stahlhersteller mit den niedrigsten Produktionskosten zu sein ... die Vorteile der Produktion auf großer Stufenleiter in Verbindung mit naheliegenen Tiefseehäfen", heißt es in dem Plan der Konzernleitung ,,Rückkehr zu finanzieller Lebensfähigkeit" Ende 1979. Das neue große Werk Ravenscraig in Schottland soll weiter auf vollen Touren laufen, weil es nahe dem größten britischen Küstenhafen liegt, wo Riesenfrachter das Rohmaterial Eisenerz anliefern können. In Wales dagegen soll nur das direkt an der Küste gelegene Werk Port Talbot mit relativ neuen technischen Einrichtungen weiterbetrieben und das Werk Llanwern geschlossen werden, wo BSC noch kurz zuvor Arbeiter aus geschlossenen Werken mit Versprechen auf ,,sichere Arbeitsplätze" hingelockt hatte.

229000 Beschäftigte in der Eisen- und Stahlindustrie hatte BSC 1967 bei der Verstaatlichung. BSC hofft, nach der Niederlage der Arbeiter im Streik Anfang dieses Jahres die Rationalisierungen voll durchsetzen zu können. 100000 sollen bis Ende 1980 übrigbleiben. Trotz der geplanten vorübergehenden Drosselung der Produktion auf 15 Mio. Tonnen Rohstahl jährlich sind das pro Person 150 Tonnen gegenüber 123 Tonnen im Jahre 1967. Die Schließung des Werkes Consett an der schottischen Grenze im September 1980 z.B. wird die Arbeitslosigkeit der männlichen Bevölkerung in diesem Gebiet auf etwa 40% steigern. Findet von ihnen einer Arbeit, so sicher zu niedrigerem Lohn. Wer keine Arbeit hat, ist auf das Arbeitslosengeld von gegenwärtig etwa 75 DM pro Woche plus Sozialhilfe angewiesen.



Stahlarbeiterblock bei einer TUC-Demonstration während des Streiks

US-Stahlmonopole in der Krise peilen gewaltige Steigerung der Ausbeutung an

z.scc. Ein ,,regelrechtes Blutbad" erwarten die US-Stahlmonopole im Laufe dieses Jahres. Im Gefolge v.a. der Automobil- und Baukrise befindet sich die US-Stahlindustrie in einer tiefen Krise: Um 40% ist die Produktion gegenüber dem Vorjahr gesunken. Fast die Hälfte der Produktionsanlagen – ein Fünftel des Stahls der ganzen Welt wurde hier 1979 produziert – liegt still; seit März ist ihre Auslastung von 85% auf 53% gefallen, zahlreiche Fabriken sind ganz oder teilweise geschlossen. 80000 Stahlarbeiter, das sind knapp ein Viertel, haben die Kapitalisten auf die Straße geworfen, Tausenden den Lohn im Zuge von Kurzarbeit gekürzt.

senden den Lohn im Zuge von Kurzarbeit gekürzt.

Angesichts dieser gestörten Profitproduktion sind die Stahlmonopole umso wilder entschlossen, ihr geplantes großangelegtes Rationalisierungsprogramm durchzuziehen und den seit einigen Jahren an die japanische und westeuropäische Konkurrenz verlorenen Boden zurückzuerobern. Der drittgrößte US-Stahlkonzern National Steel z.B. beabsichtigt, seine Investitionen 1980 um 50% auf 300 Mio $ zu steigern, u.a. für eine dritte Stranggußanlage, um bis 1981 50% des Stahls im modernen Stranggußverfahren herstellen lassen zu können. Bisher werden höchstens 17% des US-Stahls auf diese Weise produziert, gegenüber 50% des japanischen und 36% des westdeutschen. Ihr gesamtes, auf vier Jahre berechnetes Investitionsprogramm beziffern die Stahlkapitalisten auf jährlich 4,9 Mrd. $, 1,9 Mrd. $ jährlich verlangen sie als staatliche Subventionen aus den Steuergeldern. Und damit nichts zukünftige Profitmacherei schmälert, verlangen sie weiter die Beseitigung der Umweltauflagen und vor allem der – ohnehin minimalen – Sicherheitsvorschriften.

Jede Woche fordert die Profitschlacht der Stahlkapitalisten auf Seiten der Arbeiter einen Toten. Die

Krankheitsraten insbesondere die
ten der Arbeiter einen Toten. Die

Krankheitsraten, insbesondere die Krebserkrankungen, liegen vor allem bei den Arbeitern an den Hochöfen – zu 90% Schwarze – weit über dem Durchschnitt der USA. Man kann die Folgen weiter verschärfter Ausbeutung, verbunden mit weiterer Durchlöcherung aller Schranken, ermessen. Deshalb spielen Forderungen nach strengeren Sicherheitsvorschriften und Stärkung der gewerkschaftlichen Sicherheitskomitees und ihrer Inspektionsrechte in den lokalen Verhandlungen, die jetzt nach dem nationalen Tarifabkommen im April überall geführt werden, neben den Lohnforderungen eine erhebliche Rolle.

Sowjetische Stahlproduktion reicht für die Weltherrschaftspläne nicht aus

z.krk. Die Sowjetunion ist der größte Stahlproduzent der Welt. 1978 wurden dort 151 Mio. t. Stahl erzeugt (USA 124 Mio. t), über ein Viertel der Weltproduktion. Gleichzeitig ist die SU aber auch der größte Verbraucher von Roheisen und Stahl: neben den Massen, die die Rüstungsindustrie jährlich unproduktiv verfrißt, erfordert die Erschließung Sibiriens mit seinen Rohstoff- (vor allem Erdgas- und Erdöl-) Quellen einen hohen Ausstoß. Ein nicht unbedeutender Faktor des hohen Stahlverbrauchs ist das niedrige technologische Niveau des Maschinenbaus, der einen überdurchschnittlich hohen spezifischen Materialverbrauch aufweist.

So kommt es, daß die SU trotz des stolzen Titels nicht in der Lage ist, den eigenen Bedarf an Stahlprodukten, vor allem an speziellem Walzgut und Rohren für die Erdgas- und Erdölförderung, zu decken. Daher die hohen Röhrenimporte, vor allem aus der BRD. Daher die ehrgeizigen Pläne zur Förderung des Ausbaus der Stahlindustrie, die jedoch im laufenden Fünfjahrplan (er endet 1980) nicht zu erfüllen sein werden. 1979 war die Stahlproduktion mit 148 Mio. t niedriger als 1978. Um den vorgesehenen Plan erfüllen zu können, müßten 1980 168 Mio. t produziert werden, was offensichtlich nicht zu machen ist. Anfang des Jahres wurde das Planziel reduziert auf 157 Mio. t.

Trotz der hohen Investitionen beträgt das Durchschnittsalter der Warmwalzstraßen z.B. 30 Jahre. Neben Modernisierungsvorhaben soll vor allem die Leistung der dort Arbeitenden erhöht werden. So berichtet ,,Iswestija" vom 18.3. über einen Musterbetrieb der sowjetische Stahlindustrie, wobei die Gebrechen des Industriezweiges offenkundig werden: Das Eisenhüttenwerk von Nowolipezk ist das größte seiner Art in der SU wie in der ganzen Welt. Das Hauptprodukt sind Stahlrohre für die Erdöl- und Erdgasförderung. Nur ¼ der Produkte trägt das staatliche Gütezeichen für gute Qualität. Aber in einer Hinsicht ist der Betrieb der Konkurrenz gewachsen: ,,Die durchschnittliche Stundenleistung des Walzwerkes liegt sogar über den Reklamezahlen ausländischer Spitzenfirmen. Das Gleiche trifft für die maximale Walzgeschwindigkeit und die Masse der Ausrüstungen pro Erzeugnis zu ... "


Rohrproduktion, Hüttenwerk Wyksa

Massiver Stahlkrach deutet sich an

Fallende Produktion und Exporte in EG und USA / Wilde Konkurrenz / 2. Davignonplan

z.pel.Paris. Ein halbes Jahr vor Auslaufen des nach ihm benannten Abkommens der europäischen Stahlmonopole über Produktionsbeschränkungen, Mindestpreisregelungen und Rationalisierungsmaßnahmen hat der EG-Kommissar Davignon in der vorigen Woche einen neuen gemeinsamen Kriegsplan gegen Arbeiterklasse und Konkurrenten auf dem Weltmarkt vorgeschlagen. Darin plädiert er für eine ,,geordnete Reduzierung" der Rohstahlproduktion um mindestens 10%, für die Ausdehnung der bisher nur bei einigen Produkten (u.a. Warmbreitbandstahl) bestehenden Quotenzuteilung auf alle Erzeugnisse und für die Abschaffung der Mindestpreise für Warmbreitband. Zur gleichen Zeit kündigen die beiden französischen Monopole Usinor und Sacilor, die erst 1979 23000 Entlassungen und Frühverrentungen gegen heftige Kämpfe der französischen Arbeiter durchgesetzt hatten – 12000 sind bis heute vollzogen – erneute Belegschaftsreduzierungen an. Davon sollen auch 8,7% der 6600 Arbeiter des hochmodernen Oxygenstahlwerkes Fos am Mittelmeer betroffen sein. Der deutsch-luxemburgisch-belgische Arbed-Konzern, mittlerweile drittgrößter Stahlproduzent Europas, will mindestens 8000 der 23000 Lohnabhängigen in Luxemburg auf die Straße setzen.

Der Vorstoß Davignons ist vor allem von den französischen Stahlmonopolen inspiriert. Sie waren aus der 1974 einsetzenden Überproduktionskrise, die in der EG bis 1978 zu einem Produktionsrückgang von 15,5% führte (USA 6,3%, Japan 12,8%) und die Vernichtung von fixem Kapital und von 190000 Arbeitsplätzen, davon 80000 in der EG, nach sich zog, am schlechtesten und am spätesten von allen Konkurrenten herausgekommen. Während die westdeutschen Monopole von der Steigerung der EG-Rohstahlproduktion zwischen 1977 und 1979 um 14 Mio. t auf 140 Mio. t acht Millionen für sich verbuchen konnten, italienische Konzerne sich einen Anteil von 52% der Betonstahlproduktion sicherten und die belgische Rohstahlproduktion um 2 Mio. t stieg, verzeichne-

ten die französischen Imperialisten im
duktion um 2 Mio. t stieg, verzeichne-

ten die französischen Imperialisten im gleichen Zeitraum einen Anstieg von einer knappen Mio. t auf 23 Mio. t, d.h. genau die Hälfte der BRD-Produktion. Schon diese Entwicklung kam nur aufgrund der im ersten Davignon-Plan beschlossenen Schutzmaßnahmen gegen Billigimporte aus Drittländern, der Festlegung von Mindestpreisen für den EG-Markt und der Zuteilung von Produktionsquoten für die einzelnen EG-Monopole zustande. Nur unter dem Schutzschirm dieses zeitweiligen Bündnisses der EG-Stahlkapitalisten konnten die französischen Monopole überhaupt hoffen, mit der Vernichtung von Überkapazitäten und der Steigerung der Produktivität – 1974 produzierte ein Arbeiter 175 t/Jahr gegenüber 240 t in der BRD und 361 t in Japan – erneut die Basis für Expansion zu schaffen.

Die sich jetzt ankündigende erneute Überproduktionskrise trifft sie jedoch mitten in der durch die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse erheblich verzögerten Rationalisierung. Und sie trifft sie heftiger als den Großteil der Konkurrenten. Während Usinor und Sacilor aufgrund ihrer enormen Verschuldung (ca. 16 Mrd. DM, etwa 117% ihres Umsatzes) sich auf das Schlucken kleinerer französischer Konkurrenten beschränken mußten, haben die westdeutschen Kapitalisten ihre Position im Arbed und im Estel-Konzern erheblich ausbauen können und führen heute mit Thyssen, Arbed, Estel die drei größten westeuropäischen Konzerne hinter der British Steel.

Seit Anfang des Jahres zeichnet sich der Krach auf den Weltstahlmärkten immer deutlicher ab. Die US-Imperialisten, deren Produktion 1979 bei 136 Mio. t knapp unter der EG-Produktion lag, in den ersten Monaten dieses Jahres jedoch um bis zu 40% gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres fiel, haben mit der Antidumpingklage von US-Steel gegen die EG-Billigimporte eine neue Phase in der Konkurrenzschlacht eröffnet. 13% betrug der Anteil ausländischer Produkte am US-Markt 1979. Damit soll aufgeräumt werden. Die EG-Exporte in die USA fielen in den ersten Monaten dieses Jahres auf 53% ihres Vorjahresniveaus. Nach neuesten Schätzungen der OECD wird die Weltstahlproduktion 1980 erstmals bei 780 Mio. t stagnieren, dabei soll die Produktion in der EG um 6% fallen. Die EG-Statistik weist für die ersten sechs Monate dieses Jahres einen Produktionsrückgang von 2% aus, das Minus der Auftragseingänge hat jedoch schon 6,7% erreicht. Während die Gesamtexporte in Drittländer in den ersten vier Monaten des Jahres zwischen 4% für die BRD und 22% für Belgien sanken, stiegen die Einfuhren um ca. 12% im EG-Durchschnitt. Die Einbrüche der Konjunktur in den entscheidenden Abnehmerbranchen Automobilindustrie und Bau verschärfen diese Tendenz täglich und fachen den Preiskrieg auch unter den EG-Konkurrenten mächtig an. Die Mindestpreisregelung des ersten Davignonplans ist nur noch Makulatur, Warmbreitbandstahl wird heute in der BRD um 20% billiger als auf dem US-Markt angeboten.

In dieser Situation stößt der Vorschlag Davignons, sich auf erneute Produktionskürzungen und Ausdehnung der Produktionsabsprachen auf alle Produkte zu einigen, keineswegs überall auf Zustimmung. Eine Reihe von Monopolen, die dem ersten Davignonplan noch zugestimmt hatten, um für ihre Angriffe auf das Reproduktionsniveau der Arbeiter und die Marktanteile der außereuropäischen Konkurrenz den Rücken frei zu haben, wollen jetzt offensichtlich die Lage nutzen, einen Teil ihrer europäischen Gegner auszuschalten. So hat Klöckner schon verlauten lassen, man könne Produktionskürzungen nur zustimmen, wenn nicht nur, wie zugestanden, die Mindestpreise aufgehoben, sondern ebenfalls die Quotenzuteilung geändert würde. Die italienischen Stahlkapitalisten verlangen *Erhöhungen* der Produktion statt Senkungen, Krupp und Estel/Hoesch haben soeben bekanntgegeben, ihre ,,Investitions- und Produktionsprogramme harmonisieren" zu wollen und die Zusammenarbeit vor allem bei Spezialstählen zu verstärken. Arbed wird in den nächsten Wochen mit dem belgischen Cockerill-Konzern eine gemeinsame Filiale für Aluminiumbleche gründen.

Offensichtlich wollen westdeutsche wie italienische Imperialisten in der aufkommenden Krise einen zweiten Konzentrationsschub erzwingen und *so* die Basis für einen erneuten Angriff auf die US- und japanische Konkurrenz zimmern. Die Bundesregierung, die sonst immer heftig gegen die staatlichen Subventionen in den anderen imperialistischen Staaten wettert, unterstützt diese Strategie, wie die 240 Mio. DM für die neue Sauerstoffanlage bei Hoesch Dortmund und die 1,1 Mrd. DM Kredite und Investitionshilfen für Arbed andeuten. Auf die Arbeiterklasse der verschiedenen imperialistischen Länder wird in den nächsten Monaten viel Chauvinistisches zukommen. Sie wird die notwendigen Kämpfe gegen die angekündigte Kurzarbeit und Entlassungen niemals an der Seite ihrer Ausbeuter gewinnen können.



Die französischen Stahlarbeiter führen im Frühjahr 1979, wie ihre englischen und westdeutschen Kollegen '80 und '78, große Kämpfe gegen Entlassungen und für Lohn

Vereinigungsprozeß zur nationalen Armee Zimbabwes beschleunigt

z.aml.Salisbury. 620 ZANLA- und 617 ZIPRA-Kämpfer sind bis heute ausgebildet worden, um die ersten regulären Armee-Einheiten zu bilden. Das sind gerade 3 Prozent der Befreiungsstreitkräfte. Bis heute leben die übrigen in Sammelpunkten, seit über sechs Monaten. Die Kolonialoffiziere haben sich geweigert, die Befreiungskämpfer in die Kasernen einziehen zu lassen, diese seien schon jetzt überfüllt. Damit haben sie z.B. hervorgerufen, daß viele die Sammelpunkte verlassen und jetzt als Deserteure verfolgt werden. – Nachdem Premierminister Mugabe Ende Juni angekündigt hat, 15200 Befreiungskämpfer werden Farmen betreiben (KVZ 29, S. 15), hat das Kabinett am 16.7. als nächstes eine Ministerkommission gebildet, die Unterbringungsmöglichkeiten in bestehenden Kasernen und anderen Gebäuden inspizieren soll. Drei Tage später war klar, daß die Kasernen nicht überfüllt, sondern halb leer sind. ,,Wir lassen den Rest jetzt einfach in die Kasernen einziehen", sagte eines der Kommissionsmitglieder. – Als dritte Maßnahme soll ab Ende Juli alle 14 Tage ein reguläres Batallion geformt sein. Dem von der Kolonialarmee übernommenen Generalstabschef Walls hat Genosse Mugabe erlaubt, im August seinen Urlaub zu nehmen, nachdem er das zugesichert hatte. Mit dem Urlaub bereite Walls sich auf den Ruhestand vor, den er ab Januar 1981 antritt.

Vorläufig keine Einigung zwischen Indien und VR China

z.hot. Die indische Regierung hat einen Vorschlag der VR China, die nach wie vor strittigen Fragen des Grenzverlaufs zwischen beiden Ländern zu regeln, abgelehnt. Die VR China hatte vorgeschlagen, im wesentlichen den jetzigen Grenzverlauf anzuerkennen, was bedeutet, daß China Gebietsverluste in der östlichen Himalaya-Region hinnimmt, Indien seine Ansprüche auf chinesisches Gebiet im West-Himalaya zurückstellt. Außenminister Rao hat vor dem Parlament in Neu-Dehli erklärt, gleichwohl wolle seine Regierung zu einer Normalisierung der (nach dem Krieg 1962 abgebrochenen) Beziehungen kommen, obwohl ihm von nicht genannter Seite ,,Vorsicht" bei den geplanten Verhandlungen mit der VR China angeraten worden sei. (Hindustan Times 10.7.) Außenminister Rao kam gerade von einer Besprechung aus Moskau zurück.

Diesmal ,,Friedensoffensive" Vietnams – dreiste Forderungen

z.wos. Die Außenminister Vietnams, Laos' und der Heng Samrin-Clique haben auf ihrer Konferenz in Vientiane am 18.7. u.a. folgende Vorschläge unterbreitet: 1. bi- und multilaterale Nichtangriffspakte aller 3 Länder mit Thailand, des weiteren bilaterale mit den Staaten Südostasiens; 2. Vereinbarung, keine Militärstützpunkte, die gegen eines der Unterzeichnerländer gerichtet sind, einem Drittland zu überlassen. Als Abkommen speziell zwischen Thailand und der ,,VR Kampuchea": Errichtung einer entmilitarisierten Zone im Grenzgebiet; Verlegung der Flüchtlingslager weit ins Innere Thailands; Aushändigung sämtlicher Hilfsgüter auf kampucheanischem Territorium (statt wie bisher teilweise auch auf thailändischem). – Damit will die vietnamesische Führung die Anerkennung des Heng Samrin-Regimes erreichen, aber auch seiner Beset-

Volksrepublik China: Probleme bei der Reform des Prämiensystems

z.thh.Beijing. Vor rund zwei Jahren wurden in den chinesischen Fabriken wieder Prämien eingeführt, die 1966, bei Beginn der Kulturrevolution, als ,,kapitalistisch'' abgeschafft worden waren. China braucht für seine Modernisierung eine erhebliche Steigerung der Produktion und der Produktivität, und die Arbeiter haben Interesse und Anspruch darauf, an den Ergebnissen dieser Steigerung direkt teilzuhaben. Die Prämien sind in den chinesischen Betrieben zusätzlich zum Zeitlohn ein Beitrag für die gute Erfüllung der betrieblichen Pläne. Die Prämienvergabe ist – im Unterschied zum Stücklohn – an die Verbesserung des Betriebsergebnisses gebunden, also an die Leistung des Kollektivs. Gerade die Erfahrungen nach 1966 haben gezeigt, daß die Prämien ein wichtiger Ansporn sind, mehr für die Gesellschaft zu arbeiten, gemäß dem Prinzip, daß wer mehr für die Gesellschaft schafft, auch mehr bekommen soll.

Seit geraumer Zeit findet in der chinesischen Presse eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen mit dem Prämiensystem statt. Folgende Hauptprobleme werden dabei genannt:

1. Gleichmacherei: gleiche Prämien für alle, ungeachtet der Arbeitsleistung.

2. Zu hohe Prämien: Die Gewerkschaftszeitung ,,Gongren Ribao'' schrieb am 25.1.80, im Jahr 1979 seien eine Milliarde Yuan zuviel für Prämien verschleudert worden. So schütten Betriebe zu hohe, durch ihre tatsächlichen Leistungen nicht gerechtfertigte Prämien aus. Ja, es kam sogar vor, daß Betriebe, die in die roten Zahlen gerieten, mehr Prämien ausschütteten als ein Jahr zuvor. Oft machten die Prämien auch mehr als 100% der Löhne aus und führende Kader einzelner Betriebe trugen monatliche 200 Yuan nach Hause.

3. Die ideologisch-politische Arbeit wurde vernachlässigt, sodaß sich unter den Arbeitern die Tendenz breitmachte, nur noch für Prämien zu arbeiten oder gar nicht, und die Zusammenarbeit unter den Arbeitern zerstört wurde. Am 24.1. berichtete die ,,Gongren Ribao'' über Fälle, in denen Arbeiter ihre Kenntnisse nicht an Kollegen weitergaben, um mehr leisten zu können und höhere Prämien zu bekommen.

4. Daß die auszuschüttende Prämiensumme von den erzielten Gewinnen abhängt, warf weitere Probleme auf:

– Der Gewinn eines Betriebes hängt nicht nur von den subjektiven Bemühungen der Beschäftigten ab, sondern auch von der technischen Ausstattung, von den Preisen der Produkte, usw.

– die staatlichen Preise für manche Produkte sind niedrig angesetzt (z.B. für bestimmte Güter für die Landwirtschaft oder für Arzneimittel), die Selbstkosten aber hoch, die Gewinne also niedrig. In diesen Betrieben sind die Arbeiter unzufrieden mit der Regelung, Prämien an den Gewinn zu binden, und gelegentlich wird die Herstellung solcher Produkte einfach abgelehnt.

– Um den oberen Stellen höhere Gewinnangaben zu machen und dann mehr Prämien ausschütten zu können, werden Planziffern von vorneherein zu niedrig angesetzt, Bilanzen frisiert, falsche Angaben über die Produktion gemacht, die Qualität wird verschlechtert, die Gewichte verringert, usw.

5. Zuviele Prämien: In manchen Fabriken gibt es außer Prämien für die Planübererfüllung noch Anwesenheitsprämien, Prämien für die Teilnahme an Versammlungen, usw.

6. Viele Arbeiter fürchten, daß, wenn sie ihr Plansoll erheblich übererfüllen, sie zwar momentan mehr Prämien bekommen, die Betriebsleitung dann aber die Normen hochsetzt und sie immer mehr leisten müssen, aber nicht mehr bekommen. Arbeiter, die ihr Soll überdurchschnittlich erfüllen, werden dann als ,,Prämienschlecker'' beschimpft. Andererseits verlocken die Prämien zu Überarbeit. In einem Untersuchungsbericht wurde der Fall eines jungen Arbeiters zitiert, der 18 Stunden, bei 15 Minuten Pause und 5 Stunden Schlaf, täglich arbeitete und so allein 113 Yuan monatlich an Prämien verdiente, das Doppelte seines Lohns (Durchschnittslohn der chinesischen Arbeiter: 65 Yuan im Monat). In dieser Fabrik arbeiteten die Arbeiter 12 Stunden täglich im Durchschnitt. Folge: Ermüdungserscheinungen, schlechter Gesundheitszustand der Arbeiter, schlechte Qualität, hoher Materialverschleiß.

Eine einheitliche Lösung dieser Probleme gibt es noch nicht. Es wird öffentlich darüber diskutiert und viel experimentiert. In der südchinesischen Provinz Yunnan z.B. wurde folgende Regelung getroffen: Nur Betriebe, die die Produktionsvorschriften erfüllen, wo Produktion und Absatz normal verläuft, und die effizient arbeiten, dürfen Prämien vergeben. In den Reformbetrieben darf der Jahres-Prämienbetrag nicht höher als die Grundlohnsumme von zwei Monaten, bzw. 100 Yuan pro Mann sein.

Es wird nicht nur über feste Kriterien für die Prämienvergabe diskutiert, sondern, entsprechend einer Richtlinie des Staatsrats, auch über eine Festlegung der Höchstgrenzen. Die Kriterien sollten sich an der Wirtschaftlichkeit und den tatsächlich erzielten Resultaten orientieren. Auf dem Ölfeld Huali z.B., dessen Prämiensystem die ,,Renmin Ribao'' vom 26.3.80 als vorbildlich darstellte, erhält jede Arbeitsgruppe eine feste Arbeitsaufgabe und die Selbstkosten vorgegeben. Bei Normübererfüllung und Einsparungen gibt es tabellarisch festgelegte Prämien. So steigt auch das Interesse der Belegschaft an Weiterbildung, Einsparungen und technischen Neuerungen. In Shanghai richten sich die Prämien nach Produktenmengen und Gewinn. Nur wenn beides über den Vorjahresergebnissen liegt, dürfen Prämien ausgeschüttet werden. Dabei gibt es festgelegte Höchstgrenzen.

Während die Festlegung von verbindlichen Kriterien für die Prämienvergabe nirgends bestritten wird, gibt es Auseinandersetzungen um die Frage der Höchstgrenzen. In der Maschinenfabrik Nanjang z.B. erhielten die Arbeiter pro Überstunde 0,12 Yuan bis zu einer maximalen Prämiensumme von 12 Yuan im Monat. Bei der Einführung des Prämiensystems stieg die Produktion um 25%. Nachdem auf Protest von Arbeitern hin die Höchstbegrenzung aufgehoben wurde, stieg die Produktion nochmals um 30%, allerdings vor allem dank vermehrter Überstundenarbeit.

Nach Preiserhöhungen in verschiedenen Bereichen in den letzten Jahren, die nur zum Teil durch Lohnerhöhungen aufgefangen wurden, ist die Bedeutung der Prämienfrage für die chinesischen Arbeiter gewachsen. Das erklärt die Heftigkeit der Debatte in den Betrieben über das Prämiensystem. Im Beijinger Stahlkombinat kam es wegen der Vergabe von zu niedrigen Prämien und Prämienstreichungen im vergangenen Jahr zu Unruhen in der Belegschaft. In einer Chemiefabrik in der Inneren Mongolei kam es im Oktober zu Protesten, weil ein höheres Organ ungerechtfertigt die Zustimmung zu Prämien verweigert hatte. Die Erfolge der Fabrik seien nur durch zusätzliche, im Plan nicht vorgesehene Arbeit erreicht worden. Daraufhin verweigerten die Arbeiter jegliche Überstunde. Erst durch Vermittlung des Parteikomitees der Provinz, das den Arbeitern recht gab, wurde der Streit beigelegt. (Xinhua, 13.10.79)

Mit Bestimmungen über die Kriterien für die Prämienvergabe allein ist es allerdings nicht getan. Wenn sich unter vielen Arbeitern die Auffassung breit macht, ohne Prämien laufe nichts, dann liegt das vor allem auch an der Vernachlässigung der politischen und ideologischen Erziehung. Wenn sich ferner die Auffassung breitgemacht hat, derartige Erziehung sei unnütz, so geht das zweifellos auf die Erfahrungen seit Beginn der Kulturrevolution, wo die Phrase anstelle der politisch-ideologischen Erziehung triumphierte, das Prinzip der Verteilung nach der Leistung nicht mehr durchgeführt wurde und der allgemeine Lebensstandard sank. Politische Erziehung aber heißt zunächst einfach Bewußtheit über den Plan, Einsicht in die Notwendigkeit, wirtschaftlich zu arbeiten und technisch zu erneuern, und besteht in der Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern und der Anerkennung des Plans als gemeinsames Ziel. Dies darf nicht heißen, daß man nicht mehr arbeiten soll, aber immer weniger dafür bekommt – das war für viele die Erfahrung während der Kulturrevolution –, sondern muß sich in direkten materiellen Verbesserungen für die Arbeiter ausdrücken.

,,Union der Auslandskoreaner'': Gegen ausländische Manipulation der Angelegenheiten Südkoreas

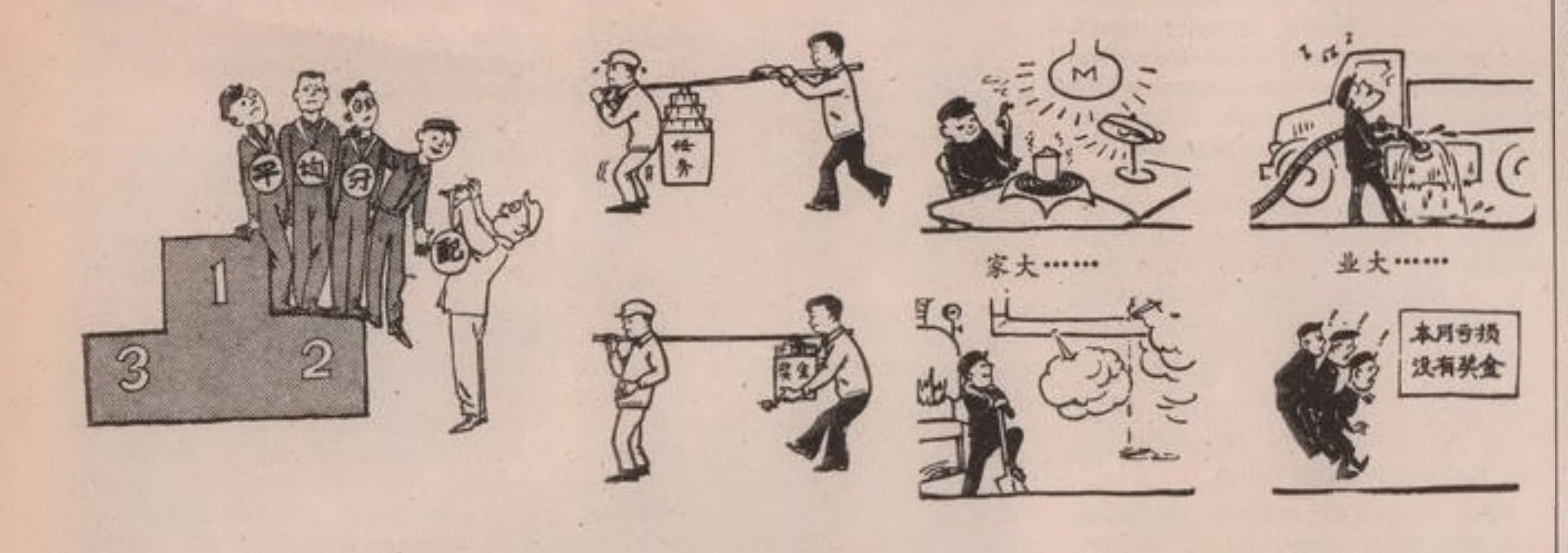
z.wos. Das südkoreanische Militärregime hat 4992 Beamte wegen ,,Korruption'' gefeuert und 23% aller leitenden Posten in staatlichen Unternehmen neu besetzt. Selbst der Staatsapparat ist gegen ,,unzuverlässige Elemente'' nicht mehr völlig abzuschotten. – Auslandskoreaner in Japan haben kürzlich ungeachtet ihrer politischen Orientierung am Norden oder Süden zum ersten Mal eine gemeinsame Protestveranstaltung in Tokyo durchgeführt. Das folgende Interview mit Bae Dong-ho, Vorsitzender des demokratischen Zusammenschlusses der ,,Union'', nennt einige Faktoren, die zu den erwähnten Entwicklungen führten.

,,Die Ermordung Paks am 26. Oktober letzten Jahres wurde vom Volk als eine Öffnung verstanden, eine Chance, sein Recht geltend zu machen, den Weg zu bestimmen, den sein Land künftig einschlagen sollte. Nachdem es unter der Pak-Diktatur 18 Jahre lang gelitten hatte, keimte im Volk die Hoffnung, die Zeit sei gekommen, wo es vernünftigerweise wirkliche Garantien seiner Menschen- und Bürgerrechte erwarten könnte. Dies würde notwendig die vollständige Abschaffung des (von Pak errichteten – d. Übers.) Yushin-Systems und die Errichtung der Demokratie bedeuten. Aber seine Hoffnungen sind enttäuscht worden, das Yushin-System bleibt fest verankert. Obwohl die Regierung nach der Ermordung Paks öffentlich ihre Absicht erklärte, das Land zu demokratisieren und einen Plan dafür ankündigte, wurden diese Versprechungen unbekümmert gebrochen. Angesichts dessen erkannte das Volk, daß es getäuscht worden war, als es die Choi Kyu-hah-Übergangsregierung unterstützte, und daß weiteres Vertrauen und Anpassung keine Grundlage mehr hatten. Die Zeit für eine Abrechnung mit den etablierten Kräften war gekommen. Schritte des Militärs, die aufkommende demokratische Glut unter Kontrolle zu bekommen, und seine Rückkehr zu einer Politik der Gewalt nach zeitweiliger Pause hatten die Situation für alle weiter geklärt …

Kwangju und die es umgebende Provinz Cholla, wo die jüngste Erhebung stattfand, haben eine lange revolutionäre Tradition. Dies war der Ort der Tonghak-Rebellion (eines Bauernaufstandes im 19. Jahrhunderts) und der antijapanischen Studentendemonstrationen des Jahres 1929. Wir sind davon überzeugt, daß der jetzige Aufstand, der an diese Tradition anknüpft, eine noch größere Bedeutung hat als die Revolution vom 19. April 1960, die Syngman Rhee stürzte. Unzufriedenheit in Südkorea herrscht nicht nur in Kwangju. Aber der Kampf dort war eher wie die Rückkehr der Pariser Kommune – eine Schlacht aller Bürger für die Freiheit.

Was jetzt nottut, ist Unterstützuhg für das Volk von Kwangju, das für wahre Demokratisierung sowie Beendigung der amerikanischen und japanischen Unterstützung für eine bankrotte Diktatur im Kampf stand; das den Versuch unternommen hat, die Fesseln, die Korea allzu lange an Japan und die USA gekettet haben, abzuschütteln. Um der Demokratisierung Koreas willen müssen die Völker der Welt sich der Solidarität mit dem koreanischen Volk anschließen, damit die tödliche Einmischung von Regierungen, die nur den Eigennutz kennen, in die inneren Angelegenheiten Südkoreas ein Ende hat … Mehr als je zuvor müssen wir die internationale Öffentlichkeit gegen ausländische Manipulation der inneren Angelegenheiten Südkoreas organisieren … Das Volk kann wahre Freiheit nur durch die Entfernung Chun Du-hwans und die Abschaffung der Yushin-Verfassung mit ihren Antikommunismus- und Nationale Sicherheits-Gesetzen erlangen …

(aus: ,,We'', International Solidarity Committee For Korean Democracy Newsletter, Tokyo, 28.6.1980)



Von links nach rechts: *Alle sind zweiter,* von He Wei. Auf den Medaillen steht: Gleichmacherische Verteilung. – *Zufriedenheit für beide,* von Zhang Benshan. Auf dem oberen Eimer steht: Pflichten, auf dem unteren: Prämien. – 1. Bild: *Großer Haushalt* … 2. Bild: *Viel zu tun* … 3. Bild: *Geringe Verschwendung* … 4. Bild: *Nichts gibts!* Auf dem Bild steht: Diesen Monat mit Verlust gearbeitet, keine Prämien.

zung Kampucheas. Dieses Land ist selbst ein einziger Militärstützpunkt Vietnams. Nur deshalb auch das Angebot eines bilateralen Nichtangriffspakts Vietnams an Thailand, obwohl beide keine gemeinsame Grenze haben. Thailand hat abgelehnt. Es wünscht eine Sicherheitszone beidseitig der Grenze. Das Problem der Flüchtlinge betrachtet es nach wie vor als kampucheanisches, weshalb es auf seinem Territorium nicht zu ,,entmilitarisieren'' brauche.

Säuglingssterblichkeit in Großbritannien steigt rapide

z.elf.London. Im Jahre 1979 starben in Nordirland von 1000 Kindern 22, in Schottland 19 und in England und Wales 17 kurz vor, während oder nach der Geburt. Damit ist die sogenannte ,,Perinatalität'' (d.h. die Sterblichkeit der Kinder zwischen 28 Wochen vor bis zu einer Woche nach der Geburt) in Großbritannien inzwischen die höchste in Westeuropa vor Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die katastrophalen Zustände im staatlichen Gesundheitswesen und die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse sind dafür verantwortlich. Das läßt sich selbst aus einem Untersuchungsbericht des Unterhauses herauslesen: Bis 40 Patientinnen muß ein Arzt oder eine Hebamme pro Nachmittag versorgen. Die Frauen haben oft einen Anfahrtsweg von 30 km oder länger. Nur in einem Teil der Entbindungskliniken ist der Geburtshelfer über 24 Stunden erreichbar. In der Region Nord-West-Themse war nur in sieben von 23 Krankenhäusern ein Narkosearzt für eventuell notwendige Narkosen *auf Anruf* über 24 Stunden erreichbar. Die Ausstattung der Kliniken ist so, daß häufig noch während des Geburtsvorgangs die Frau in ein Krankenhaus mit notwendigen Intensiveinrichtungen und ausreichendem medizinischem Personal gebracht werden muß. In einem großen Kinderkrankenhaus in Manchester werden auf der überfüllten Intensivstation für Neugeborene 50% der Kinder abgewiesen. Der Gewerkschaftsbund TUC schätzt, daß werktätige Frauen doppelt so oft Fehlgeburten haben wie Frauen aus freien Berufen. Die Regierung plant, mit ihrem neuen ,,Beschäftigungsgesetz'' die Entlassung von schwangeren Frauen zu erleichtern. Lohnfortzahlung gibt es sowieso nicht. Eine junge Arbeiterin erhält, wenn sie allein wohnt, für sich und das Baby 11,60 Pfund wöchentlich Sozialhilfe (ca. 200 DM im Monat), wovon sie nach offizieller Schätzung 10,26 für Nahrung braucht.

Widerstand gegen die Haftentlassung des Faschisten Reder

z.ans.Rom. Das italienische Militärgericht von Bari hat ,,bedingte Entlassung'' für den 1951 lebenslang verurteilten ehemaligen SS-Sturmbannführer Reder verfügt. Aus der gleichzeitig angeordneten ,,Schutzhaft'' im Militärgefängnis Gaeta kann ihn die Regierung jederzeit entlassen. Um den antifaschistischen Partisanenkampf in der Emilia Romagna zu treffen, ließ der Faschist Reder 1944 ein ganzes Dorf ausrotten: 1830 Bewohner von Marzabotto wurden ermordet. Mit ,,Sicherheit'' sei ,,anzunehmen'', daß Reder sich ,,gebessert'' habe. Die bürgerliche Klassenjustiz will die Arbeiterklasse demütigen und verhöhnen. Sie versucht, einen Schlußstrich zu ziehen unter eine historische Epoche, aus der die Arbeiterklasse ihre Lehren gezogen hat. Aus vielen Fabriken, von Gewerkschaftsgremien, Partisanenverbänden und verschiedenen antifaschistischen Organisationen wurden Protestresolutionen an die Regierung gesandt, die die sofortige Rücknahme des Urteils fordern. Die Bewohner von Marzabotto schickten eine Delegation zu Staatspräsident Pertini mit derselben Forderung. Dieses Urteil, ,,verletzt zutiefst das italienische Volk und die Arbeiter, die mit ihrem Blut für die Freiheit bezahlt haben …'', schreiben die Arbeiter von Alfa Romeo. Das Urteil verhöhne ,,den italienischen Widerstand'' gegen den Faschismus, schreibt ein Partisanenverband.

Reform der Arbeitslosenversicherung: 20 Franc/Tag

z.inl.Paris. Im März 1979 unterzeichneten die französischen Industriegewerkschaften mit den Kapitalistenverbänden einen Vertrag über die Arbeitslosenunterstützung, die Höhe und Dauer der Unterstützung neu regelte. Per Gesetz hatte die Bourgeoisie zuvor festgelegt, daß Arbeitslosengeld nur zeitlich begrenzt gezahlt wird – im Gegensatz zum alten System, nach dem es auf niedrigem Niveau unbefristet gezahlt wurde. Die Reform, die einige Vorteile für die Lohnabhängigen über 60 Jahren brachte und vor allem deshalb die Zustimmung der Gewerkschaften fand, entfaltet jetzt ihre Wirkung: Ein Arbeiter unter 50 Jahren, der bei Inkrafttreten der neuen Regelung am 1. Oktober 79 schon ein Jahr arbeitslos war, hatte danach nur noch Anspruch auf 20 FF/Tag für neun Monate, seit Juli kriegt er keinen Pfennig mehr. Vierteljährlich senkt die Arbeitslosenversicherung bei der ,,speziellen'' Unterstützung (Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen) das Arbeitslosengeld um jeweils 5% von 65% auf 50% des Lohns; dazu kommen jeweils 20 FF/Tag. Nach einem Jahr bleibt nur noch der fixe Betrag von 20 FF. 1,412 Mio. Arbeitslose zählt die Statistik im März 1980. Die Dauer der Arbeitslosigkeit steigt seit Jahren von durchschnittlich 8,5 Monaten 1972 auf 11,1 Monate 1979. 29,8% der gemeldeten Arbeitslosen sind 1979 über ein Jahr ohne Arbeit. Jetzt werden Tausende jeden Monat jeglichen Versicherungsschutzes beraubt, und mit den elend niedrigen Zahlungen wird die Arbeitslosenkasse zum Druckmittel gegen die ganze Arbeiterklasse.

Russland
Deutsches Reich
Liberec
Decin
Plzen
Praha
BÖHMEN
MÄHREN
Brno
Ostrava
GALIZIEN und
LODOMERIEN
Kosice
Linz
Wien
Bratislava
BUKOWINA
Budapest
Österreich –
Ungarn
Schweiz
Innsbruck
Bozen
Klagenfurt
SIEBENBÜRGEN
WOJWODINA
BANAT
Italien
Adria
BOSNIEN-
HERZEGOWINA
Sarajewo
Serbien
Rumänien
Bulgarien
Montenegro

Das Völkergefängnis der Habsburgermonarchie 1815 – 1919
schraffiert: heutiges Staatsgebiet der CSSR

Auf einer Fläche größer als Frankreich hatte die Habsburger Monarchie ihr Völkergefängnis über 52,74 Mio. Arbeiter und Bauern errichtet. Aus den Kronländern Böhmen und Mähren holte sie zwischen 95% (Stahl, Porzellan, Glas, Zucker) und 60% (Metalle, Maschinen, Wolle, Leder, Papier) der gesamten Industrieproduktion.

1897. Der 1. Kongreß der tschechischen Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine beschließt die Gründung einer selbständigen Gewerkschaftskommission als zentralem Organ, die mit der entsprechenden Kommission der österreichischen Gewerkschaften freundschaftliche Beziehungen unterhalten soll. Wenige Monate zuvor hatte der Zweite Kongreß der österreichischen Gewerkschaften die Einrichtung einer solchen zentralen Kommission mit je einem Vertrauensmann aus jedem Fachverband beschlossen, den tschechischen Delegierten aber die Entsendung eines Vertrauensmannes verweigert. In der sozialdemokratischen Partei Österreichs hatte der „austromarxistische" Flügel, der sich klassenmäßig auf die besser bezahlten Schichten der Arbeiter stützte, die Oberhand gewonnen. Hingegen waren es die Arbeiter der von der Habsburger Monarchie besonders unterdrückten Nationalitäten und als ihr fortgeschrittenster Teil die tschechische Arbeiterbewegung, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in großen Streikbewegungen dem Koalitionsrecht, dem Zehnstundentag, dem Verbot der Kinderarbeit bis 16 Jahre zum Durchbruch verhalfen.



(*Bild:* Partisaneneinheit Slowakei)

(*Bild:* Partisaneneinheit Slowakei)

1939. Massendemonstrationen in Prag gegen den Einmarsch der Truppen des deutschen Faschismus. Gestützt auf die Gewerkschaftsbewegung baut die in der Illegalität arbeitende Kommunistische Partei (gegründet 1921) die antifaschistische Kampffront bis weit in die Reihen des Lagers der bürgerlichen Exilregierung in London unter dem Außenminister der bürgerlichen Republik von 1918, Eduard Benes auf. Die von Hitler 1938 mit dem Münchner Abkommen betriebene Abspaltung der Slowakei endet im Oktober 1944 mit dem Sieg des bewaffneten Slowakischen Nationalaufstandes, (Bild: slowakische Partisaneneinheit), im Bündnis mit der Roten Armee wird die Niederlage des Faschismus im Mai 1945 besiegelt.

22. Februar 1948. 7914 Betriebs- und Angestelltenräte der 2 Mio. Mitglieder umfassenden Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ROH) beschließen den Generalstreik gegen die Putschpläne der Reaktion, die, gestützt auf die Kräfte der Bourgeosie in der 1945 errichteten Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, die Nationalisierung der Industrie und die Verteilung des Bodens an die landlosen Kleinbauern und Landarbeiter bekämpft. Während die Gewerkschaften die von der KPTsch geforderte Säuberung der oberen Staatsbeamten und die Anhebung der unteren schlecht bezahlten Angestelltenlöhne durch Festgeldbeträge unterstützen, konzentriert die Bourgeoisie ihre Putschpläne auf die ehemaligen Kollaborateure der faschistischen Besatzung. Während die ROH die Betriebsräte, die Kontrollorgane der Arbeiter über die nationalen Verwaltungen der Großbetriebe, mobilisiert, baut die KP, seit den Wahlen 1946 mit 38%



(*Bild:* Betriebsversammlung im Maschinenbauwerk CKD, Prag)

aller Stimmen stärkste Kraft der Nationalen Front, Arbeitermilizen auf. Die Massenkundgebung von 100000 Arbeitern und Bauern am 25.2.48 auf dem Prager Wenzelsplatz besiegelt die Vertreibung der Bourgeoisie aus der Regierung.



Prag 1968. Der Einheit sowjetischer Soldaten, die den Prager Präsidentenpalast umstellte, hatte man gesagt, die Deutschen hätten die CSSR überfallen. Von den tschechischen Arbeitern erfuhren sie den Zweck ihres Einsatzes. „Nicht die Deutschen, Svoboda ist da drin!" Der Kommandant der Einheit erschoß sich, als er den Befehl zum Sturmangriff erhielt. Zur gleichen Zeit drehten polnische Soldaten im Norden der CSSR das Gewehr um und schossen auf ihre Kommandanten.

August 1968: Einmarsch gegen die tschechoslowakische Arbeiterbewegung

z.anb. Ende der 50er Jahre – und mit der revisionistischen Entartung der Sowjetunion beschleunigt – verfügte die Regierung der CSSR Gesetzesänderungen, die Schritt um Schritt die Rechte der Betriebsorgane der Gewerkschaft zurückdrängten, die politische Kontrolle und Rechenschaftspflicht der gewählten Vertretung in ein Monopol der Partei verwandelten, und all das fand in der Neuformulierung der Verfassung im Jahre 1960 seine Zuspitzung, die das Streikrecht im Gegensatz zur Verfassung von 1948 als erledigt aufhob und die Identität der Interessen der Arbeiterklasse mit denen der revisionistischen Parteibourgeoisie diktatorisch in eins setzte.

Aber es war noch immer nicht gelungen, die elementare Organisation der Klasse, die Gewerkschaften, mit 5 Mio. von insgesamt 7,2 Mio. Lohnabhängigen die größte Massenorganisation, in reine Staatsorgane zu verwandeln. Im Gegenteil, der Widerstand der Arbeiterklasse gegen den revisionistischen Kurs und die daraus folgende zunehmende Verschlechterung ihrer Reproduktionslage ging von spontanen Formen wie langsam Arbeiten, Sabotage der Gegenplan- und Neuerungsbewegung zu offenen Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft über. Dies zunächst dort, wo der Kleinkrieg sich konzentrierte, im Betrieb. Absetzung und Disziplinierung konsequenter Belegschaftsvertreter durch die Staats-

und Disziplinierung konsequenter Belegschaftsvertreter durch die Staats-

macht, ihre Ersetzung durch nicht gewählte Parteikader brachte bis in die Reihen der KPTsch selbst Widersprüche in Bewegung. Diese Verschärfung der Klassenfront, während sich gleichzeitig die hohen Akkumulationsraten in weiter absinkendem Niveau der Löhne niederschlugen, trieben innerhalb der KPTsch die Herausbildung des Reformerflügels voran.

Klar werden die sozialen Interessen und die Klassenbasis dieses Reformprogramms in den Abschnitten des Aktionsprogramms der KPTsch vom 5.4.1968, die die Beseitigung des Bürokratismus in der Wirtschaftsführung des Staates, die Förderung der Initative der Betriebe, die Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen, die Beseitigung der „ökonomisch ungünstigen, den nationalen Interessen nicht entsprechenden Struktur" der Wirtschaft formulieren und vor allem die Beseitigung der „Gleichmacherei" fordern; sie habe in der Praxis eine „Nivellierung in ungewöhnlichem Ausmaß verbreitet und wurde zu einem der Haupthindernisse der intensiven wirtschaftlichen Entwicklung ... Die Schädlichkeit der Gleichmacherei liegt darin ..., daß sie *unqualifizierte Arbeiter gegenüber qualifizierten, technisch und fachlich rückständige gegenüber begabten und initativen Menschen begünstigt*" (Aktionsprogramm, Wien 1968, S. 14) – ein deutlicher Angriff gegen die Fortschritte der Arbeiterklasse gegen die Spaltungen des Lohnsystems und für die Anhebung der unteren Lohngruppen.

Kurz vor seinem Rücktrittsgesuch als Parteisekretär im April 1969 resumierte Dubcek die eigentlichen Hintergründe für den Reformkurs, wie er im Januar 1968 mit der Absetzung des Parteisekretärs Novotny eingeschlagen worden war. „Es ging um eine Bewegung, deren Kräfte und Motive in unserem Land schon längere Zeit vor dem Januar heranreiften, die, wenn sie nicht gelöst worden wären, die entstandenen Gegensätze bis aufs Äußerste verschärft hätten ...".

Es handelt sich um absichtsvolle Verdeckung dieser Tatsachen, wenn die Reformpolitiker bemängelten, daß sich die Gewerkschaften erst „so spät" in die Demokratisierungsbewegung einreihen. Tatsächlich markierte um-

sich die Gewerkschaften erst „so spät" in die Demokratisierungsbewegung einreihen. Tatsächlich markierte um-

gekehrt das V. Plenum des Zentralrats der ROH Ende März 1968 den ersten Etappensieg der Arbeiterbewegung, die seit Monaten in heftigen Kämpfen gegen die Entartung der Gewerkschaftsorganisation vorging. Ein einziger der 6 Zentralsekretäre der ROH wurde in seinem Amt belassen – er nahm am 5. Juni freiwillig den Hut. Unter massiver Mobilisierung der Belegschaften, scharfen Auseinandersetzungen mit den Betriebsleitungen wegen Disziplinierungsversuchen setzte die Arbeiterbewegung eine Zusammensetzung des Gewerkschaftsplenums durch, die in einer Abrechnung mit den Parteifunktionären endete. Der Angriff auf ihren Verrat an den Zielen der Organisation war so massiv, daß dem 1. Vorsitzenden Miroslav Pastyrik sogar das „freiwillige" Rücktrittsgesuch vor die Füße geworfen und er offiziell und mit umwerfender Mehrheit abgesetzt wurde, „da er für die Deformationen verantwortlich ist, unter denen die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren sehr zu leiden hatte".

Und es dauerte nicht mal 10 Tage, bis die Reformer in der Partei die Umgänglichkeit erkannten, auf die Arbeiterbewegung zu reagieren, sicher in der Hoffnung, ihre Bestrebungen für die eigenen Selbständigkeitsambitionen gegen die Sowjetunion ausnutzen zu können. Aber sie mußten zur Frage der Gewerkschaften Stellung beziehen:

„Die sich aus dem Angestelltenverhältnis ergebenden Arbeitsinteressen der Arbeiter und der Werktätigen zu vertreten und von diesem Gesichtspunkt als wichtiger Partner bei der Lösung aller Fragen der Wirtschaftsleitung aufzutreten, sollte die immer ausgeprägtere Sendung der Gewerkschaften sein ... Die Kommunisten in den Gewerkschaften werden von diesen Grundsätzen ausgehen und initiativ dafür sorgen, daß die Gewerkschaften selbst eine Analyse ihrer bisherigen Stellung sowie der Funktionen und der Tätigkeit der Zentral- und Verbandsorgane vornehmen, daß sie das innere Leben der Gewerkschaften als einer selbständigen und demokratischen Organisation bewerten ...".

Was sich innerhalb der Partei abspielte, war die Widerspiegelung der Klassenfront, wie sie die Parteikader in

Was sich innerhalb der Partei abspielte, war die Widerspiegelung der Klassenfront, wie sie die Parteikader in

der Gewerkschaft unmittelbar vor sich hatten. Während die Reformregierung ein neues Gesetz über die Demokratisierung der Unternehmensleitungen ankündigte, gingen die Arbeiter zur Gründung eigener Räteorgane über, die die Produktion und Rechnungsführung organisierten. Sie stützten sich dabei ausdrücklich auf die Erfahrungen von 1945 – 48. Den Reformpolitikern jagte diese „radikale Ungeduld" nicht geringen Schrecken ein. Die Gewerkschaft ROH stand im Zentrum dieser Widersprüche, und die Arbeiterbewegung kämpfte hartnäckig um jeden Zentimeter Boden. Die unten abgedruckte Dokumentation über die Debatte des neuen ROH-Programms zeigt jedenfalls anderes als bürgerliche Profitinteressen. Umso deutlicher wurde die Klassenfront mit dem Augenblick des militärischen Einmarsches.

Was für Gewerkschaften?

(Auszug aus einem Artikel des Zentralorgans der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei, ROH, September/Oktober 1968)

Vom 18. – 20.6.1968 fand eine gesamtstaatliche Beratung der Delegierten aus den Grundorganisationen der ROH statt. Sie leitete die Diskussion der 5 Mio. Mitglieder vor dem VII. ROH-Kongreß ein, der im März 1969 zusammentreten soll. Es wurde über die beiden nachstehenden grundlegenden Dokumente diskutiert: 1. den Programmentwurf der ROH, 2. die Erklärung des Zentralrats der Gewerkschaften über die Geltendmachung der Rechte der Arbeitenden und der Rechte und Aufgaben der ROH im Zusammenhang mit den in Vorbereitung stehenden Grundsätzen über die Rolle und Stellung des sozialistischen Unternehmens.

...*Die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist die einheitliche, freiwillige, selbständige Interessenorganisation der Arbeiter, Techniker, Intelligenz und der anderen Beschäftigten.* So wird die ROH im einleitenden Absatz definiert. An anderer Stelle wird der demokratische Charakter der Gewerkschaften betont, im Ganzen wird von den Gewerkschaften sodann als einer Beschäftigten-Organisation gesprochen ... Die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern werden darin höchstwahrscheinlich keine Neuentdeckung sehen, ... aber praktisch kam es (bei uns) dazu, daß beim Zusammenprallen der Beschäftigten- und Unternehmerinteressen in der Regel die letzteren siegten, hinter denen – gewöhnlich eindeutig – die Wirtschafts- und Staatsorgane standen. Dadurch gerieten die Gewerkschaften in die Position eines Helfers der Direktion, die Gewerkschaftsmitglieder sahen in ihnen nicht mehr ihre Organisation und fragten sich, wozu denn die Gewerkschaften eigentlich da seien.

(...) *In Zukunft werden die Gewerkschaften eine selbständige Politik gegenüber dem Staat und den politischen Parteien betreiben.* Dabei gehen sie natürlich von der Voraussetzung aus, daß es nur im Sozialismus möglich ist, dauerhaft die Interessen der Arbeitenden sicherzustellen. Daraus ergibt sich das Kriterium für die konkreten Beziehungen der Gewerkschaften zur Regierung ... Es ist das Maß und die Qualität der Bestrebungen, den Sozialismus weiterzuentfalten.

Die ROH war immer eine freiwillige Organisation. Trotzdem gewinnt auch diese Seite jetzt ihre neuen Blickrichtungen ... Die ROH wird dafür Sorge tragen, daß sie eine wirklich anziehende Organisation wird, daß die Vorzüge, Gewerkschaftsmitglied zu werden, klar auf der Hand liegen ...

Das sozialpolitische Programm der ROH geht von den Forderungen der Grundorganisationen und Mitglieder aus, welche in etwa 3000 Resolutionen

Sowohl die Debatte über das ROH-Programm als auch Stellungnahmen gegen die sowjetische Intervention sind im Organ des Zentralrats der ROH bis Mitte 1969 zu finden, die ganze Zeit über werden Briefe und Stellungnahmen von einzelnen Arbeitern, Gewerkschaftsgruppen, hinauf bis zur Ebene der Leitungsfunktionäre von Fachverbänden, veröffentlicht, die jeglicher Rückkehr zur Politik vor dem Januar 1968 den Kampf ansagen. Und das, während Dubcek bereits abgesetzt und sämtliche sonstigen Publikationsorgane, von der Parteibourgeoisie gleichgeschaltet, den Umfall und Kniefall vor der sowjetischen Besatzerpräsenz vollzogen haben. Es hat also nicht nur „lange gedauert", bis die Parteibourgeoisie von der Arbeiterbewegung vermittels der Gewerkschaft gezwungen wurde, Positionen zu räumen, es hat umgekehrt überhaupt nicht lange gedauert, bis die Parteibourgeoisie, von der Arbeiterklasse beim Wort genommen, die Besatzung immer noch besser fand, als sich auf die Umwälzungen einzulassen, die sie bereits in Form von Arbeiterselbstverwaltungen der Betriebe auf dem Tisch hatte.

Noch im Frühjahr 1969 setzte die ROH direkte Verhandlungen mit der Regierung Husak durch, in der die Grundlagen des Kollektivvertragsrechts wiederhergestellt wurden. In einem Interview der Gewerkschaftszeitung mit dem Sekretär des Zentralrats der ROH Pokorny ist nachzulesen: „(Pokorny) Die Wirksamkeit, Wichtigkeit und Verbindlichkeit der Kollektivverträge wurde im verflossenen und in den früheren Jahren durch einige Maßnahmen der Regierung beeinträchtigt, wie z.B. durch das nachträglich eingeführte Lohnregulativ mit der Bindung an die Arbeitsproduktivität, durch nachträgliche Gewinnabführungen in die Staatskasse usw. (...) Deshalb nahmen wir im Abkommen mit der Regierung die Bestimmung auf, daß im Jahr 1969 keine derartigen Änderungen der ökonomischen Instrumente durchgeführt werden, die die Erfüllung der ... Kollektivverträge beeinträchtigen würden (...) Die Regulierung und insbesondere die Erhöhungen der Preise sind in der letzten Zeit zum Gegenstand einer berechtigten Kritik der Bevölkerung geworden. Die Arbeitenden begreifen die Notwendigkeit, die Preise den objektiven Bedingungen und Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen. Aber es geht darum, daß bei einer gewissen Erhöhung des Preisniveaus auch der Anstieg der Reallöhne gesichert werden muß. (...) Für den Fall, daß die Preisentwicklung den in der Wirtschaftsrichtlinie der Regierung für 1969 in Betracht gezogenen Rahmen überschreiten sollte, haben wir durchgesetzt, daß die Lage von neuem gründlich beurteilt
tracht gezogenen Rahmen überschreiten sollte, haben wir durchgesetzt, daß die Lage von neuem gründlich beurteilt
wird und ein angemessener Umfang von Kompensationsmaßnahmen auf dem Lohn- und Sozialgebiet bestimmt wird. Es ist nicht tragbar, daß Mängel der Produktion und des Warenumlaufs sich im Niveau der Kleinhandelspreise widerspiegeln." (Tschechoslowakische Gewerkschaften, Organ des Zentralrats der ROH, Heft 4/1969, S. 3f)

Im Gegensatz zu den sich unter die Fittiche der Besatzermacht flüchtenden Parteibourgeois, die den Einmarsch nach ein paar Wochen Bauchschmerzen als „Bruderhilfe" anerkennen, schreibt die Gewerkschaftszeitung im Heft 11/12, 1968: „Im Juli und bis zum 20. August beriefen die Betriebsorganisationen der ROH Versammlungen ein, auf denen die Delegierten Referate hielten und den Programmentwurf diskutierten. Aber noch bevor diese Debatte tatsächlich ins richtige Tempo gelangen konnte, kam der 20. August."

Die Unterstützung der Arbeiterbewegung für Dubcek hat es also vor allem insofern gegeben, als die Reformer die Gewerkschaftsbewegung in Rechnung stellten – sie mußten. Andererseits waren in der politischen Arbeiterbewegung eine ganze Reihe Fragen über die weitere Perspektive nicht geklärt, das ließ zum Teil auch reformistische Ansichten auf Nährboden treffen. In ihrer Gesamtheit aber hat die tschechoslowakische Arbeiterbewegung den Sozialismus verteidigt, und dies auch ausdrücklich gegen die Hetzpropaganda der Besatzer von „reaktionären kapitalistischen Umtrieben" gestellt. Zweifellos stand die Frage der Staatsmacht im Raum, aber es fehlte ein revolutionär-demokratisches Programm zum Sturz der neuen Bourgeoisie. Der relative Spielraum, den die Arbeiter mithilfe der Gewerkschaftsorganisation in der Reformperiode durchsetzten, hatte aber bereits die Debatte erweitert:

„Die jetzige Umgestaltung der Gewerkschaftspolitik ist nicht einfach. Jene, die die Interessenfunktion der Gewerkschaften betonen, stellen die Frage manchmal so, als ob die Verteidigung der beruflichen und gewerkschaftlichen Teilforderungen in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den positiven Beziehungen gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen stehen. Aber eine solche Auffassung (...) ist ein Irrtum, wie es Geschichte beweist. (...) Der konflikt über die Interessensfunktion der Gewerkschaft bestand nicht darin, daß sie den Tagesforderungen der Arbeitenden die Perspektivbedürfnisse der gesamten Gesellschaft gegenüberstellten, sondern darin, daß sie den gerechten und berechtigten Interessen des Volkes die Interessen der Träger des zentralistischen bürokratischen Modells des sozialistischen Aufbaus gegenüberstellten, wobei diese Interessen in ihrem Wesen gegen die Gesellschaft gerichtet waren. (...) Wenn die tschechoslowakischen Gewerkschaften also tatsächlich eine Interessenorganisation der Arbeitenden sein sollen, müssen sie ein klares Ziel vor Augen haben, von dem aus gesehen sie die Tagesfragen lösen. Die 100jährige Entwicklung hat den Sozialismus als bestes Programm der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung beglaubigt. (...) Diese Lehre zeigt unseren Gewerkschaften auch den Vorwärtsweg." (Tschechoslowakische Gewerkschaften, Heft 11/12, 1968)

sche Gewerkschaften, Heft 11/12, 1968)

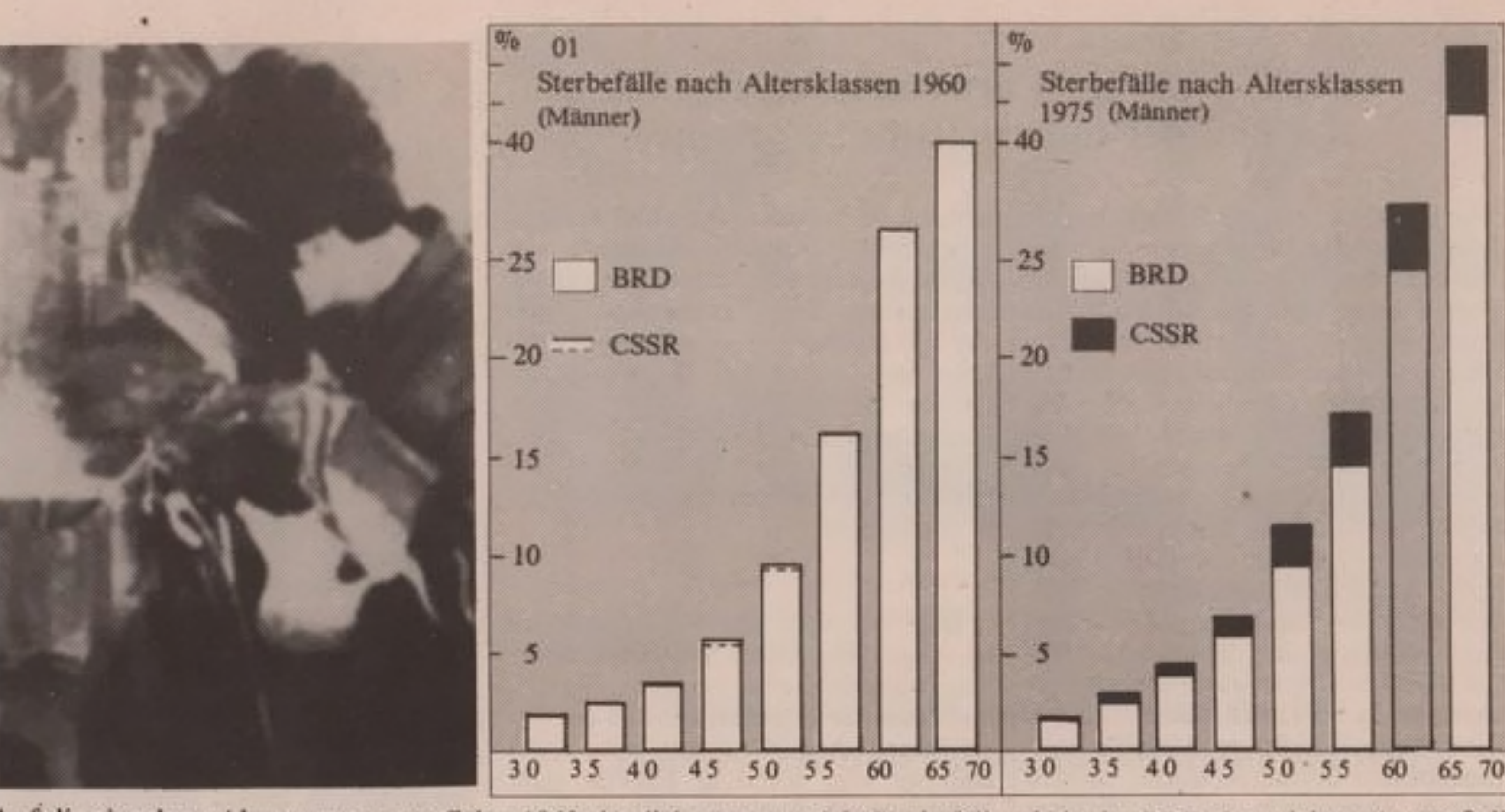
Der Militäreinmarsch der Sowjetunion hat ein paar Parteibourgeois den Posten gekostet, aber ihre Klassenherrschaft erst gegen die Arbeiter durchgesetzt. Heute entscheidet sich an der Haltung zu dieser Besatzung die Klassenfront. Und an der Haltung zur Gewerkschaft. Das jüngste Plenum der Zentralrats der ROH vor wenigen Wochen zeigt einen erneuten Aufschwung, und das nachdem seit 1970 sämtliche Vertreter der Arbeiterinteressen hinausgesäubert worden sind, die Organe der Belegschaften zerschlagen und von Parteibourgeois okkupiert sind. Diese haben angesichts offener Angriffe von Arbeitern jetzt einräumen müssen, daß die Korrektur der bisherigen „Vernachlässigung der Arbeiterrechte" eine gerechtfertigte Forderung ist.

zum Ausdruck gebracht wurden, die der Zentralrat der Gewerkschaften in der ersten Hälfte dieses Jahres erhielt ... Es ist ein Programm, das die Sozialpolitik aktiv auffaßt: Bei der Zielsetzung beschränkt es sich nicht – wie es bisher der Fall war – die Entwicklung des Lebensstandards auf den Umfang der Mittel, die nach Sättigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse übrigbleiben, sondern entwickelt im Gegensatz dazu einen Druck auf die Wirtschaft ... Die ROH ist sich bewußt, daß es zwar nicht möglich ist, jedem Druck aus den Reihen der Bevölkerung zu entsprechen, daß es aber im großen und ganzen notwendig ist, sich dafür einzusetzen und sich von der alten Nachgiebigkeit gegenüber den Staats- und Wirtschaftsorganen freizumachen.

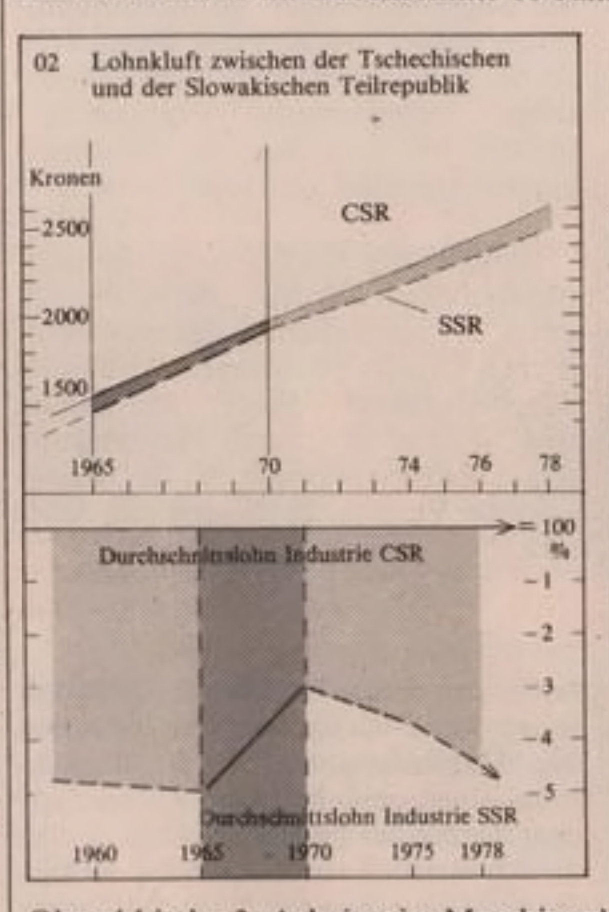
Die Gewerkschaften fordern vor allem, das Wachstum der Löhne und Gehälter zu beschleunigen. Sie kamen mit der Regierung bereits darin überein, daß die Reallöhne in den Jahren 68–70 jährlich im Durchschnitt um 2,5–3% steigen sollen, wobei sie diese Ziele für ein Minimum ansehen. Fertiggestellt wurden bereits die Entwürfe zur Beseitigung der Disproportionen, durch die eine Reihe Fachzweige jahrelang benachteiligt wurden, so z.B. die Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelindustrie, das Verkehrswesen und der gesamte tertiäre Sektor.

... Die Gewerkschaften sind für die allgemeine Einführung der 5tägigen Arbeitswoche (bisher ist jeder zweite Samstag arbeitsfrei) und für den allgemeinen Übergang auf die 40-Stunden-Woche bis 1970 ohne Senkung der Verdienste. Sie fordern auch, daß die Arbeitszeit vorrangig in solchen Fachzweigen, in denen Frauen arbeiten, verkürzt wird.

... – Frauen mit Kindern weiter begünstigen, die Renten entsprechend der Preisbewegung erhöhen, die Lösung der Wohnungsfrage beschleunigen, Schluß machen mit der vereinfachten Auffassung über die Gleichberechtigung der Frau ...



Auf die einzelnen Altersgruppen entfielen 1960 ziemlich genau soviele Sterbefälle wie in der BRD. In welchem Ausmaß die Ausbeutung an den Nerv der Lebenskraft geht, belegt die Bilanz 1975. Die Steigerung der Produktivität ist in der Hauptseite auf die Intensivierung der Vernutzung lebendiger Arbeit zurückzuführen, die Produktionsmittel sind vor allem in der Schwerindustrie im Durchschnitt 10 Jahre älter als in der BRD.



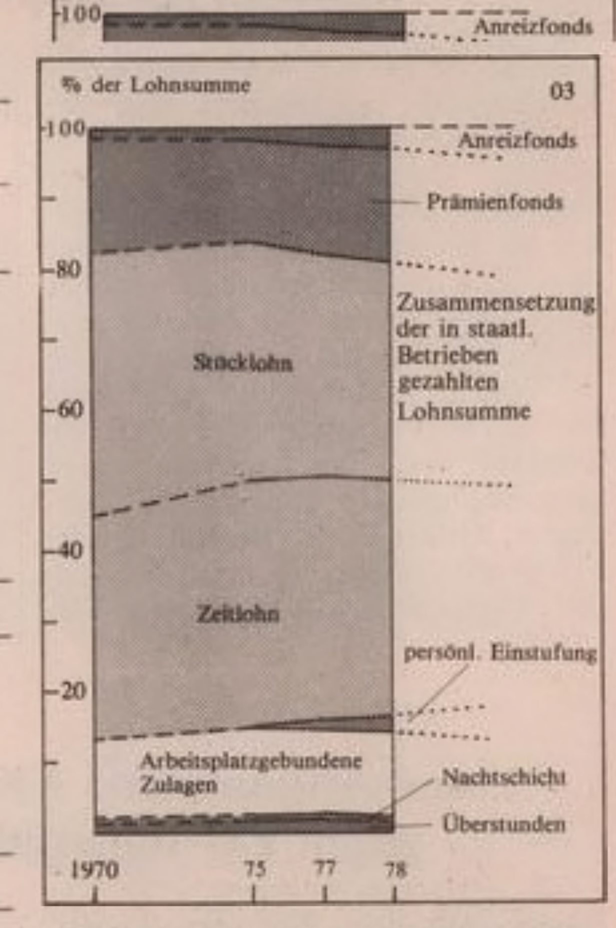


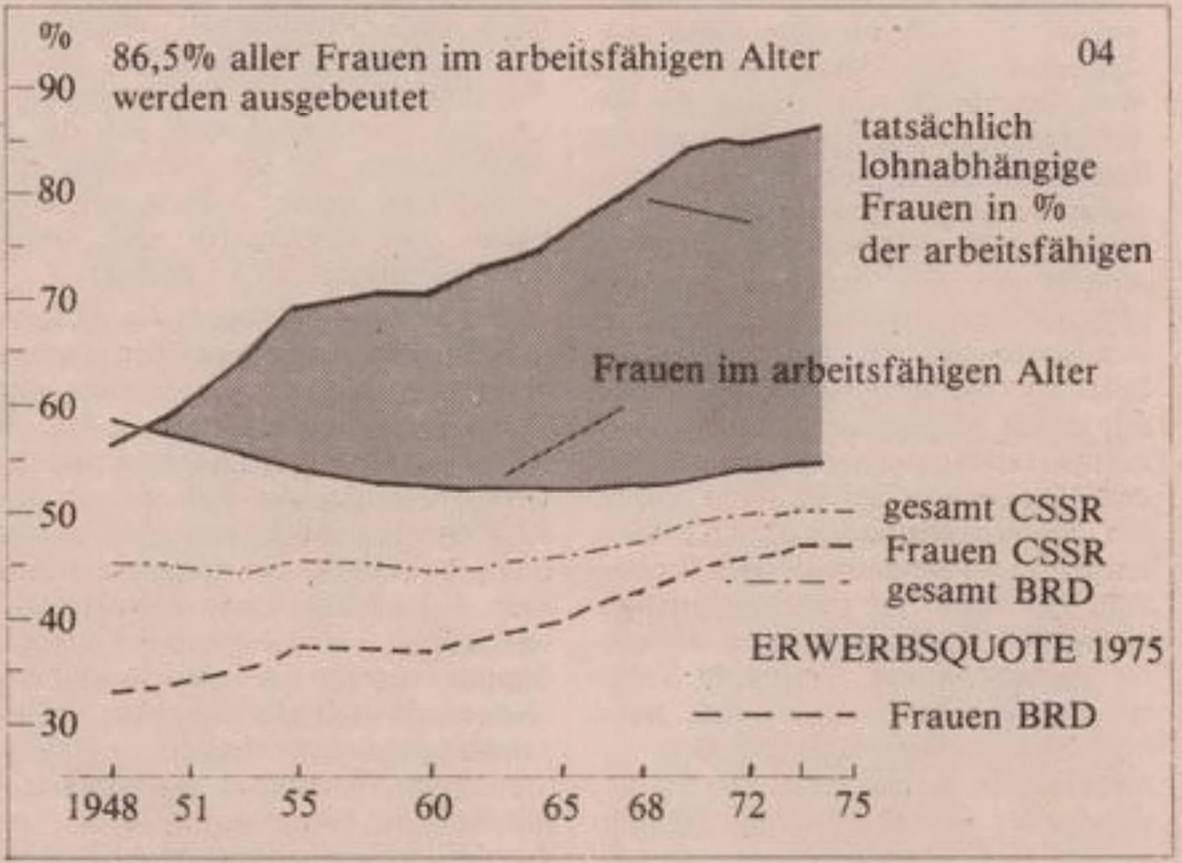
Obwohl jeder 3. Arbeiter im Maschinenbau beschäftigt ist, liegt dieser Anteil unter dem der USA, BRD, Schwedens, Großbritanniens oder der Schweiz. Die Anrechtstitel der sowjetischen Besatzungsmacht auf das gesellschaftliche Mehrprodukt verengen für die Bourgeoisie der CSSR den Akkumulationsspielraum. An relativ älteren Maschinen wird die Arbeitskraft absolut länger, in Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, und intensiver, durch Normerhöhung ohne Lohnausgleich, Streichung von Pausen, Abgruppierung vermittels Reform des Lohnschemas, ausgepreßt. Der Widerstand der Arbeiterklasse fand Mitte der sechziger Jahre in der KPTsch seine Widerspiegelung in einer Strömung, die den Vorrang der Akkumulation zugunsten der Hebung der Konsumkraft der Massen geändert sehen wollte. Tatsächlich haben die Arbeiter 1965–1969 durch reale Lohnerhöhungen den Umfang ihrer Reproduktionsmittel zwar erweitern können, aber nicht annähernd in dem Ausmaß, wie die Erfordernisse der Reproduktion stiegen, denn im gleichen Zeitraum wurden hunderttausende Frauen in die Produktion gepreßt (siehe Schaubild 04) auf Grundlage der Vernichtung der Reproduktion der Haushalte, für die ein Lohn nicht mehr reichte. Diese ungelernten Arbeiterinnen, vor allem auch aus den noch stark agrarisch strukturierten Gebieten der Slowakei, wurden zu einem im Durchschnitt 15–20% niedrigeren Lohn als dem Industriedurchschnitt gekauft, um 40–50% gar unter den Löhnen der qualifizierten Arbeiter der traditionellen Industriezweige Hüttenwesen, Bergbau, Maschinenbau. Die aufgrund der Zerstörung der Reproduktion im Familienverband notwendige Ausdehnung des Sektors staatlicher Dienstleistungen – Kantinen, Reinigung, Kindergärten, Einzelhandel etc. – verwandelte die neue Eckmarke des Lohnstandards in eine Erscheinung von Massenumfang (1 Mio. von insges. 7,2 Mio. Lohnabhängigen).

Reproduktionskosten des Arbeiterhaushalts
1 Krone = 0,33 DM 1970 1978

Reproduktionskosten des Arbeiterhaushalts

1 Krone = 0,33 DM	1970 Kronen	1970 Arbeitsstd.	1978 Kronen	1978 Arbeitsstd.
Durchschn.lohn Industrie	1957 c		2580	
Stundenlohn	11,80c		15,60	
1 kg Brot	2,60	0,22	2,60	0,16
1 l Milch	3,00	0,25	3,00	0,19
1 kg Fleisch	40,00	3,38	40,00	2,56
1 kg Äpfel	3,90	0,33	5,50	0,35
1 kg Erdbeeren	0,70	0,06	1,40	0,09
1 kg Kaffee	160,00	13,60	240,00	15,38
100 g Schokolade	9,00	0,76	13,00	0,83
1 l Wein	17,00	1,44	17,00	1,09
20 Zigaretten	4,80	0,40	4,80	0,31
SUMME	241,30	20,44	327,30	20,96
Herrenanzug	1206,00	102,2	1377,00	88,3
Sommermantel	280,00	23,7	655,00	41,9
Damenkleid (Baumwolle)	89,00	7,5	128,00	8,2
1 m Baumwollstoff	17,10	1,4	24,20	1,6
1 Paar Socken	7,00	0,6	11,40	0,7
1 Paar Kinderschuhe	51,00	4,3	64,00	4,1
SUMME	1650,10	139,7	2249,60	144,8





Preise in Std./Min. Arbeitszeit, 1976

	CSSR	BRD
Mischbrot (kg)	/12	/12
Kartoffeln (5 kg)	/32	/32
Schweinefl. (kg)	2/18	1/03
Butter (kg)	3/05	/50
Margarine (kg)	1/27	/24
Zucker (kg)	/37	/09
Kaffee (kg)	12/18	2/07
Herrenhemd	6/09	2/07
Herrenschuhe	18/05	5/23
Radiogerät	104/37	20/55
Kühlschrank	136/09	48/53
Bahnfahrt (50 km)	/32	/59
Briefporto	/03	/03

Verbrauch pro Kopf (kg) 1976

	CSSR	BRD
Fleisch	81,0	82,8
Brot (Mehleinh,)	108,0	61,5
Gemüse	71,2	69,5
Kartoffeln	100,0	87,0
Zucker	38,2	34,4
kcal/Tag	3450	3362

In dem über BRD-Standard liegenden Nahrungsmittelverbrauch – bei niedrigerem Qualitätsstandard – spiegelt sich der höhere Anteil der Lohnarbeit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab wider.

Alle Berechnungen nach: Statisticka Rocenka CSSR, Praha, versch. Jahrgänge, und Tschechoslowakei, Länderbericht des Collegium Carolinum, München 1977.

NATO-Vertrag: Voraussetzung für den Aufbau der imperialistischen Armee

z.mam. 1954 wurde die BRD durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge von den damals 14 NATO-Mitgliedsländern unter Führung der USA zum Beitritt in den Nordatlantischen Verteidigungspakt aufgefordert, der ein halbes Jahr später vollzogen wurde. Mit dem NATO-Bündnis wurden die alten europäischen Kolonialmächte ins Schlepptau des US-Imperialismus verwiesen, was an ihrem aggressiven Charakter nichts änderte, aber die Führung dieses Imperialisten-Bündnisses festlegte. Mit der Vandenberg-Resolution von 1948 hatten sich die US-Imperialisten durch den Senat ausdrücklich festschreiben lassen, daß dieses Bündnis keine automatische militärische Beistandspflicht enthalten dürfe, so daß sie z.B. Frankreich und Großbritannien in Algerien und Suez hängenlassen konnten, mit dem Ziel, deren neokoloniale Nachfolge anzutreten.

Der Beitritt zur NATO war für die BRD-Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg die einzige Möglichkeit, einen Militärapparat aufzubauen, wie ihn die Bundeswehr heute darstellt. Ohne sich im Bündnis unter die Fuchtel des US-Oberherrn zu begeben, hätten die Siegermächte des zweiten Weltkriegs die Wiederaufrüstung im heutigen Umfang nicht zugelassen. Entsprechend ist auch die Unterordnung der Bundeswehr unter das militärische Oberkommando der NATO weitgehend. Die Luftwaffe ist bereits in Friedenszeiten vollkommen unterstellt, in Kriegszeiten verbleibt lediglich das Territorialheer unter nationalem Oberkommando. Das Truppenkontingent der BRD ist das zweithöchste nach den USA und umfaßt 12 Divisionen des Heeres (36 Brigaden), 35 fliegende Staffeln der Luftwaffe, zwei Flugkörpergeschwader sowie 60 FlaRak-Batterien und die See- und Seeluftstreitkräfte der Marine.

Das Verhalten der Vertragspartner im Angriffsfall ist im Nordatlantikvertrag folgendermaßen geregelt: ,,Art. 5. Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechte der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten ... Art. 6. Im Sinne des Art. 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departments Frankreichs, auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet.'' Mit dem Eintritt der Türkei und Griechenlands in die NATO wurde im Protokoll der Anwendungsbereich folgendermaßen ausgedehnt: ,,... auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit eines Vertragspartners unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses; auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge eines der Vertragsstaaten, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder einem anderen europäischen Gebiet, in dem einer der Partei bei Inkrafttreten des Vertrages eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden.'' Die ,,algerischen Departements Frankreichs'' mußten mit Erreichen der Unabhängigkeit Algeriens gestrichen werden.

Mitglied der NATO kann ein europäischer Staat werden, ,,der in der Lage ist, ... zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen.'' Falls die Mitgliedsstaaten dieser Auffassung sind, wird er es ,,durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.''

Römische Verträge: ,,Gemeinsamer'' Markt?

z.mam. Nach Gründung des Vorläufers der EG, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, hatte der US-amerikanische Staatssekretär Acheson erklärt: ,,Es liegt in der Absicht der Vereinigten Staaten, der Montanunion die größtmögliche Unterstützung, die durch ihre Bedeutung für die politische und

Landes gleichgestellt: ,,1. Soweit es für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig ist, beseitigen die Mitgliedstaaten untereinander während der Übergangszeit schrittweise alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs in bezug auf Berechtigte, die in den Mitgliedsstaaten ansässig sind, und heben alle Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des

se für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten; d) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft ...; g) die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen ...; k) die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um

Römische Verträge: ,,Gemeinsamer'' Markt?

z.mam. Nach Gründung des Vorläufers der EG, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, hatte der US-amerikanische Staatssekretär Acheson erklärt: ,,Es liegt in der Absicht der Vereinigten Staaten, der Montanunion die größtmögliche Unterstützung, die durch ihre Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Einigung Europas erforderlich wird, zu gewähren. Wie es das Wesen des Vertrages verlangt, werden die Vereinigten Staaten nunmehr direkt mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl verhandeln ... Ich vertraue ganz darauf, daß in absehbarer Zeit diese Völker bei anderen Maßnahmen ... denselben Kurs einschlagen.'' Entsprechend ihrer ökonomischen Stärke unterstützten die US-Imperialisten die Bildung der EG, um ihren Waren- und Kapitalexport ungehindert über den ,,gemeinsamen Markt'' abwickeln zu können. Durch die Beseitigung von Handelsbeschränkungen den Markt für die Konkurrenzschlacht zu erweitern, lag auch im Interesse der europäischen Imperialisten, die, ohne die ökonomische Kraft um die Neuaufteilung der Welt zu kämpfen, auf den Kampf um die Vorherrschaft in der EG beschränkt sind. Um ,,gleiche'' Ausgangsbedingungen zu schaffen, wurden in Artikel 67 die Kapitalisten der EG-Mitgliedsländer in ihren Rechten den Kapitalisten des jeweiligen EG-Landes gleichgestellt: ,,1. Soweit es für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig ist, beseitigen die Mitgliedstaaten untereinander während der Übergangszeit schrittweise alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs in bezug auf Berechtigte, die in den Mitgliedsstaaten ansässig sind, und heben alle Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnortes der Parteien oder des Anlageortes auf. 2. Die mit dem Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten zusammenhängenden laufenden Zahlungen werden bis zum Ende der ersten Stufe von allen Beschränkungen befreit.'' Diese Liberalisierung ist vor allen Dingen den stärksten Monopolgruppierungen innerhalb der EG zugute gekommen, also den US-Töchtern in Westeuropa und den westdeutschen Konzernen.

In Art. 3 der Römischen Verträge von 1954 (Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) haben die federführenden europäischen Imperialisten festgeschrieben, wie sie führende Handelsmacht werden wollten: ,,a) die Abschaffung der Zölle und mengenmäßiger Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren ...; b) die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern; c) die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten; d) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft ...; g) die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen ...; k) die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern.''

Die EG ist nicht nur ein wirtschaftliches Kartell der westeuropäischen Imperialisten gegenüber ihren Konkurrenten wie gegenüber der 3. Welt – sie ist auch ein politisches Bündnis, und gestützt auf dieses Bündnis versuchen die westeuropäischen Imperialisten eigenständig Weltpolitik zu machen und auch ihr Gewicht innerhalb der NATO zu erhöhen. Aber sie ist eben ein Bündnis, in dem die Rivalität der einzelnen Mächte nicht aufgehoben ist und in dem außerdem die Supermacht USA wirtschaftlich, politisch und militärisch entscheidenen Einfluß hat.

Insoweit sie Einschränkungen der Souveränität für die einzelnen Mitgliedsländer bedeutet, ist sie auch ein Instrument der stärkeren EG-Mächte gegen die schwächeren. Das Europäische Parlament soll dazu die Legitimation liefern.

Lomé-Abkommen: AKP-Staaten wissen sich gegen EG-Imperialisten zu schützen

z.mam. Mit dem Ziel, den Absatzmarkt für die eigenen Waren zu vergrößern, haben die EG-Imperialisten neben einer Freihandelszone mit Österreich, Schweden, der Schweiz, Portugal, Finnland und Island sogenannte Assoziierungsabkommen geschlossen. Gemeinsame Basis des Freihandelsabkommens mit diesen Ländern war ein Zollabbau von jährlich 20% innerhalb von 5 Jahren auf Industrieerzeugnisse, der 1977 abgeschlossen war. Assoziierungsabkommen bestehen mit Griechenland, der Türkei und den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien), Malta und Zypern. Bei Griechenland soll es der Vorbereitung auf die Vollmitgliedschaft dienen, die Türkei soll der Zollunion angeschlossen werden, während es bei den anderen Ländern hauptsächlich um die Erschließung der Märkte, auch des Arbeitsmarktes, geht.

Eine besondere Rolle spielt die Assoziation zwischen den EG-Staaten und den AKP-Staaten (57 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik), die mit der Konvention von Lomé 1975 geschlossen und im letzten Jahr erneuert wurde. Es handelt sich dabei ausschließlich um Länder der Dritten Welt, die durch Ausnutzung der Widersprüche zwischen der EG und den beiden Supermächten den EG-Imperialisten einige Positionen abringen konnten. Die AKP-Staaten haben ihrerseits der EG das Meistbegünstigungsprinzip eingeräumt, wonach Investitionen aus der EG automatisch unter die Investitionsschutzabkommen mit einem Mitgliedsstaat fallen. Konkrete Investitionsschutzklauseln sind in dem Abkommen jedoch nicht enthalten. Andererseits haben die AKP-Staaten zoll- und kontingentfreien Zugang zum EG-Markt für ihre gesamten gewerblichen Waren und für ca. 94% ihrer Agrarprodukte. Weiterhin haben sie mit dem Stabex-System eine, wenn auch beschränkte, Garantie ihrer Erzeugerpreise durchgesetzt. Die Stabilisierung der Ausfuhrerlöse gilt für mindestens 12 Grunderzeugnisse, wie z.B. Erdnüsse, Kakao, Kaffee, Sisal etc., dieser Länder und beinhaltet: Machen für eines dieser Erzeugnisse die Ausfuhrerzeugnisse eines AKP-Staates mindestens 7,5% (für Sisal 5%) der Gesamterlöse aus, so hat dieser Staat des Recht, eine finanzielle Zuwendung zu beantragen, wenn seine Erlöse aus der Ausfuhr eines dieser Erzeugnisse nach der Gemeinschaft mindestens 7,5% unter dem Niveau liegen, das aus dem Durchschitt der 4 vorangegangenen Jahre errechnet wird. Für die 34 AKP-Staaten, die am wenigsten entwickelt sind, keinen Zugang zum Meer haben oder Inselstaaten sind, wurde der Prozentsatz auf 2,5 gesenkt.

Des weiteren beinhaltet das Abkommen Punkte zur industriellen Zusammenarbeit, wie zur finanziellen und technischen Unterstützung: ,,Art. 26 ... a) Förderung des Ausbaus und der Diversifizierung der Industrie in den AKP-Staaten und Beitrag zu einer besseren Verteilung der Industrie innerhalb dieser Staaten und zwischen diesen Staaten ... c) Ausbau der Verbindungen zwischen der Industrie und den übrigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere der Landwirtschaft ... g) Förderung der Beteiligung von Marktteilnehmern der Gemeinschaft an der industriellen Entwicklung der AKP-Staaten entsprechend ihren wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen, sofern diese Staaten eine solche Beteiligung wünschen.''

Demokratische Außenpolitik! Demokratischer Friedensvertrag – Blockfreiheit!

z.lup. Mit 442,5 Mrd. DM gibt die Deutsche Bundesbank das Vermögen an, das der BRD-Imperialismus bis Mitte 1979 gegenüber dem Ausland angehäuft hat. Es umfaßt kurz- und langfristige Kredite und Direktinvestitionen. Dem steht ein Vermögen des Auslands in der BRD von 331,2 Mrd. DM gegenüber. Mit 11,3 Mrd. DM ist der Vermögensstatus der BRD gegenüber dem Ausland positiv. Positiv ist er bereits seit Jahren – auch gegenüber den westlichen Imperialisten, wo 1979 das BRD-Vermögen im Ausland (248,6 Mrd. DM) das Auslandsvermögen in der BRD (245,7 Mrd. DM) um 2,9 Mrd. DM übersteigt. Positiv ist es vor allem gegenüber der 3. Welt (37,1 Mrd. DM), aber auch gegenüber den ,,Staatshandelsländern'' (ohne DDR 18,5 Mrd. DM).

Bruttokapitalerträge von 20,3 Mrd. DM hat dem BRD-Imperialismus sein Auslandsvermögen 1979 eingebracht, 16 Mrd. DM mußte der BRD-Imperialismus an das Ausland zahlen. Auch hier ist die Bilanz für den BRD-Imperialismus mit 4,3 Mrd. DM positiv. 2 Mrd. DM Nettokapitalerträge zieht der BRD-Imperialismus aus der 3. Welt, 1,18 Mrd. DM aus den ,,Staatshandelsländern'' (ohne DDR).''

Kapitalerträge umfassen Zins und Profit. Zins und Profit sind – neben der Grundrente – verschiedene Formen, in die der Mehrwert aufgeteilt wird. Quelle des Mehrwerts ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten. Die Kapitalerträge des BRD-Imperialismus sind seit 1971 um 231% gestiegen, die Nettokapitalerträge sogar um 567%. Sie sind ein Indikator dafür, daß der BRD-Imperialismus in wachsendem Umfang nicht nur die Arbeiterklasse des eigenen Landes ausbeutet, sondern zunehmend an der Ausbeutung der Arbeiterklasse fremder Länder und der Ausplünderung fremder Völker teilnimmt. Grundlegend dafür ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland. In dem Maß, in dem die westdeutsche Monopolbourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland steigert, kann sie Kapital exportieren und Kredite vergeben. Entscheidend ist dabei der direkte Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen, der der westdeutschen Monopolbourgeoisie nicht nur einen Anteil an dem Mehrwert sichert, den die Arbeiterklasse fremder Länder produziert, sondern ihr darüberhinaus einen direkten Einfluß auf die Produktion fremder Länder ermöglicht.

51,6 Mrd. DM betrug 1977 das Auslandsvermögen des BRD-Imperialismus in Form von Dirketinvestitionen. 1,25 Mio. Lohnabhängige wurden 1977 in Betrieben in fremden Ländern ausgebeutet, in denen westdeutsche Kapitalisten mindestens 25% der Anteile besitzen. 99000 entfallen dabei auf die USA, 151000 auf Frankreich, 47000 auf Großbritannien. 372000 entfallen auf die EG insgesamt, 557000 auf die 3. Welt. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der BRD ist aber mit 62,6 Mrd. DM (davon USA: 25,7 Mrd. DM) nach wie vor größer als der Bestand der BRD an Direktinvestitionen im Ausland. 1,68 Mio. westdeutsche Arbeiter wurden 1977 in Betrieben ausgebeutet, an denen ausländische Betriebe mit mindestens 25% beteiligt waren. Aber: Seit 1968 ist – mit Ausnahme der Jahre 1971 bis 1973 – die jährliche Bilanz positiv. Das heißt: Die Zunahme der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland ist größer als die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in der BRD. Und: An den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der westlichen Imperialisten ist der Anteil des BRD-Imperialismus zwischen 1970 und 1978 von 4,5% auf 7% gestiegen. Der Anteil des US-Imperialismus ist im

wird. Quelle des Mehrwerts ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten. Die Kapitalerträge des BRD-Imperialismus sind seit 1971 um 231% gestiegen, die Nettokapitalerträge sogar um 567%. Sie sind ein Indikator dafür, daß der BRD-Imperialismus in wachsendem Umfang nicht nur die Arbeiterklasse des eigenen Landes ausbeutet, sondern zunehmend an der Ausbeutung der Arbeiterklasse fremder Länder und der Ausplünderung fremder Völker teilnimmt. Grundle-

stens 25% beteiligt waren. Aber: Seit 1968 ist – mit Ausnahme der Jahre 1971 bis 1973 – die jährliche Bilanz positiv. Das heißt: Die Zunahme der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland ist größer als die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in der BRD. Und: An den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der westlichen Imperialisten ist der Anteil des BRD-Imperialismus zwischen 1970 und 1978 von 4,5% auf 7% gestiegen. Der Anteil des US-Imperialismus ist im

Demokratische Außenpolitik:

– Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; Anerkennung und bedingungslose Einhaltung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:

Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.

Ablehnung aller imperialistischen Militärbündnisse.

Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen als Vertreter ihrer Völker. Anerkennung aller legitimen Regierungen der Dritten Welt.

Bedingungslose Anerkennung und Einhaltung aller Beschlüsse der UNO, die diesen Prinzipien entsprechen. Unterstützung aller Anträge an die UNO, die diesen Prinzipien entsprechen.

– Keine Garantie oder Versicherung der Vermögensübertragungen aus der BRD in andere Länder. Keine Garantie und Aufhebung der Versicherung von Vermögensansprüchen und Besitztiteln von Staatsbürgern der BRD im Ausland. Kontrolle allen Kapitaltransfers ins Ausland und Verbot allen Kapital-

Die Ostverträge: Anerkennung der bestehenden Grenzen?

z.bep. Hat die Forderung nach bedingungsloser Anerkennung der Grenzen der beiden deutschen Staaten zu den Nachbarstaaten noch aktuelle Bedeutung? Im Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD vom August 1970 heißt es: Die BRD und die UdSSR ,,erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden; sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der VR Polen bildet, und der Grenze zwischen der BRD und der DDR ...'' Die später abgeschlossenen Verträge mit Polen (1970), der CSSR (1973) sowie der Grundlagenvertrag mit der DDR (1972) enthalten ebenfalls Erklärungen des Verzichts auf Gewaltanwendung und Versicherungen der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität.

Nun hat bekanntlich die UdSSR ihre eigenen Theorien über Souveränität. Wieweit sind aber die BRD und die westlichen Imperialisten durch diese Verträge gebunden? Tatsächlich ist die BRD-Regierung, um den geänderten weltpolitischen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen, von früheren Positionen abgerückt, in denen sie die Festlegung der Grenzen Polens durch das Potsdamer Abkommen nicht anerkannte, die Souveränität der DDR bestritt und das Münchener Abkommen von 1939 im Prinzip als völkerrechtlich gültig betrachtete. Gleichzeitig hatte sich mit dem Machtwechsel in der UdSSR auch deren Strategie geändert. Nachdem sie 1959 zum letzten Mal einen Vorschlag für einen Friedensvertrag vorgelegt hatte, ging es ihr jetzt im wesentlichen nur noch um Sicherung ihres Einflußgebiets und insoweit um die Anerkennung der bestehenden Grenzen, sowie um die Entwicklung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit Westeuropa und der BRD zwecks Ausdehnung ihres Einflusses. An die Stelle eines Friedensvertrags traten die Ostverträge. Das nächste war, daß die BRD-Regierung mit Hinweis auf den fehlenden Friedensvertrag grundsätzliche Vorbehalte in bezug auf die Vereinbarungen machte: ,,Die polnische Regierung hat den Vertrag in Kenntnis der wesentlichen Vorbehalte unterschrieben, die in den Vertragsverhandlungen von deutscher Seite in bezug auf die Grenzfrage immer wieder betont worden sind ... daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Berlin und für Deutschland als Ganzes durch den Vertrag nicht berührt werden und daß die Bundesregierung nur für die Bundesrepublik Deutschland handelt. Die Bundesregierung will und kann ein wiedervereinigtes Deutschland durch den Vertrag nicht binden'' (Denkschrift der Bundesregierung, 1971). Die ,,Rechte und Verantwortlichkeiten'', d.h. die Ein-

gleichen Zeitraum von 50 auf 42% gefallen. Der deutsche Imperialismus, der nach seinem 2. Versuch die Weltherrschaft zu erringen, vernichtend geschlagen worden war, hat gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten erheblich aufgeholt.

Aufgeholt hatte der deutsche Imperialismus auch jeweils vor dem 1. und dem 2. Weltkrieg. Weil die Welt territorial aufgeteilt war, die Kräfteverhältnisse zwischen den Imperialisten sich aber zugunsten des deutschen Imperialismus verschoben hatten, versuchte der deutsche Imperialismus, eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten durch Krieg zu erzwingen. Vor dem 1. wie auch vor dem 2. Weltkrieg konnte der deutsche Imperialismus darauf setzen, an der Spitze einer von ihm geführten Allianz den Kampf um die Weltherrschaft aufzunehmen. Beide Male ist er damit gescheitert. Der BRD-Imperialismus ist heute zu einer mittleren imperialistischen Macht herabgesunken. Er kann seine imperialistischen, auf Expansion abzielenden Interessen nur noch als untergeordnete Macht in einem imperialistischen Bündnis verfolgen.

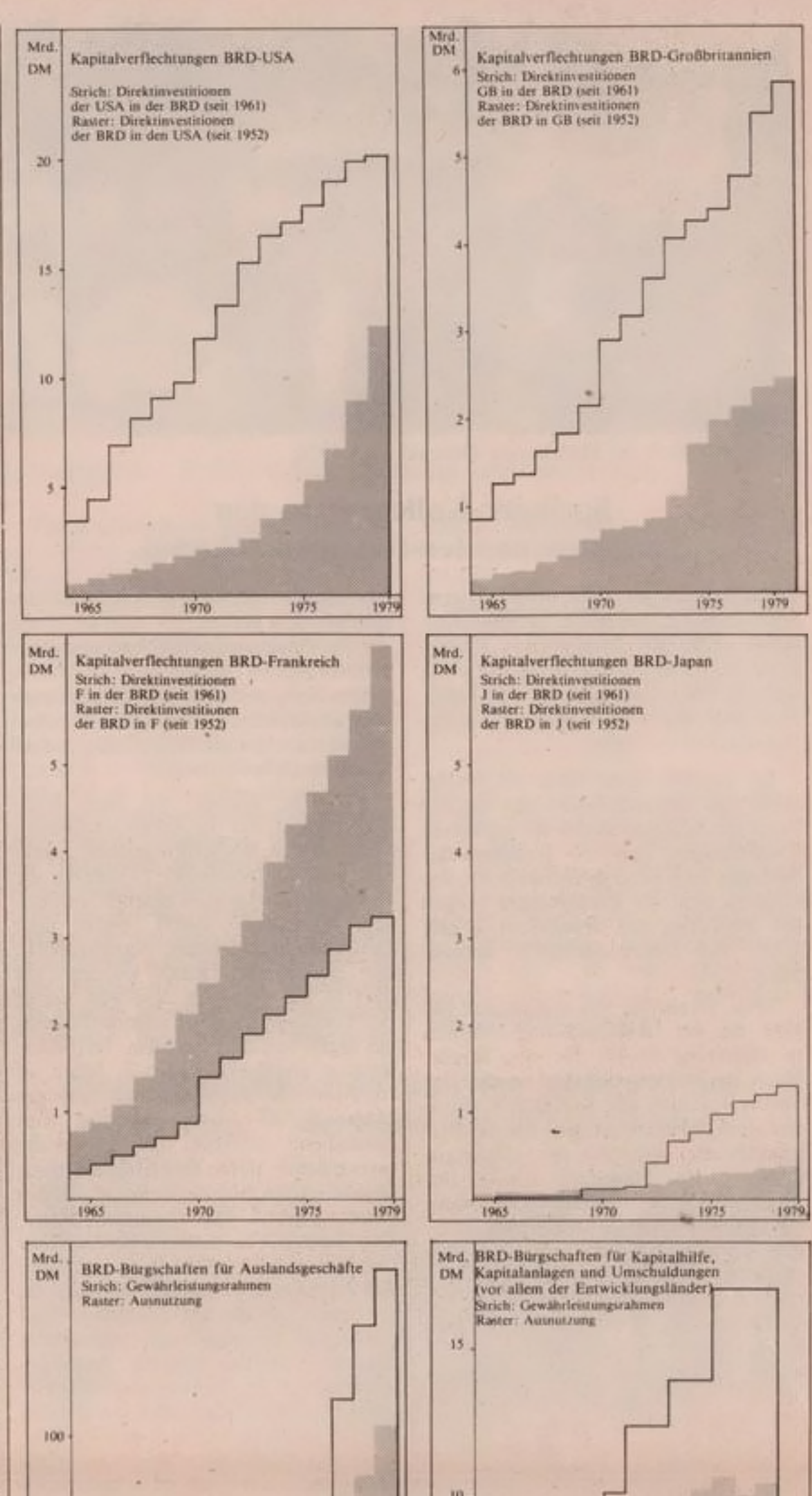
Ersichtlich ist die qualitativ geänderte Rolle des BRD-Imperialismus aus der Entwicklung des Anteils an der Welt*produktion*, z.B. an der Weltstahlproduktion. 1913 hatte das Deutsche Reich einen Anteil von 20,7%. 1978 hatte die BRD einen Anteil von 5,7%. Damit einher geht aber ein wachsender Anteil am Welt*handel*. Die wachsende Notwendigkeit, freien Zugang zu fremden Märkten zu haben, geht einher mit dem Schwinden der Fähigkeit, diese Märkte selbständig effektiv zu sichern. Daher der Ruf nach Freihandel, der in allen bürgerlichen Parteiprogrammen enthalten ist. Es ist dies aber auch eine wichtige Klammer, die den BRD-Imperialismus zur Allianz mit einer der beiden Supermächte zwingt.

Geführt wird der Kampf um die Neuaufteilung der Welt von den beiden Supermächten. Der US-Imperialismus verteidigt seinen Besitzstand als Basis für die Erringung der Weltherrschaft, der Sozialimperialismus als aufstrebende Supermacht will eine Neuaufteilung der Welt erzwingen. Die BRD ist als imperialistische Macht ein Faktor des Krieges. Sie ist es gerade durch ihre Allianz mit der US-imperialistischen Supermacht, durch die NATO. Die EG ist für den BRD-Imperialismus ein Mittel in seinem Versuch, die Vorherrschaft in Europa zu erringen, und auch ein wichtiges Mittel, seine selbständigen Interessen in Konkurrenz zum US-Imperialismus zu behaupten.

Daß der Frieden gesichert werden müsse, ist ein wesentlicher Punkt der Propaganda der bürgerlichen Parteien, der in ihren Programmen an erster Stelle auftaucht. Die Propaganda der Friedenssicherung durch die bürgerlichen Parteien dient dazu, die inneren Widersprüche, den Klassengegensatz zu vertuschen und die innere Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung der Kritik der Massen zu entziehen. Daß bloß die NATO und die Mitgliedschaft der BRD in der NATO den Frieden sichern könne, behaupten alle bürgerlichen Parteien. ,,Aktive Friedenspolitik", die ,,Sicherheit im Bündnis" heiße, müsse durch Entspannungspolitik ergänzt werden, schreibt die SPD. ,,Gerade in schwierigen Zeiten muß man mehr miteinander sprechen und nicht weniger. Wir wollen bei fortdauernden Interessenunterschieden auch in Zukunft Konfrontationen durch Vereinbarungen auf immer weiteren Gebieten abbauen, Konfliktherde durch kooperatives Verhalten entschärfen und die weltweite Zusammenarbeit ausbauen." Die CDU setzt demgegenüber auf dem erkennbaren Vordringen des Sozialimperialismus an und erklärt: ,,Die Sowjetunion fordert infolge der von ihr im letzten Jahrzehnt erzielten machtpolitischen Gewinne eine Verschiebung der Machtbereiche in der ganzen Welt zu ihren Gunsten. Der Friede ist nicht sicher geworden. Es gibt auch auf die Dauer keinen sicheren Frieden, wenn Europas Flanken, die Zufahrtswege, seine Versorgung mit Mineralöl und Rohstoffen bedroht sind."

Letzteres zielt gerade darauf ab, das Bündnis des BRD-Imperialismus mit dem US-Imperialismus zu propagieren, um im Rahmen der NATO und unter Führung des US-Imperialismus die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus zu verstärken. Das Zitat der SPD läuft darauf hinaus, die Allianzpolitik mit dem US-Imperialismus durch eine Politik der Annäherung an und Zugeständnisse gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht zu ergänzen, in der Absicht, dadurch dem BRD-Imperialismus als Zünglein an der Waage zusätzliches Gewicht zu verschaffen und seine Ostgeschäfte zu sichern.

Wirksam entgegentreten kann die Arbeiterklasse den Kriegsvorbereitungen dadurch, daß sie das Bündnis des BRD-Imperialismus mit den USA sprengt und den Austritt der BRD aus der NATO und den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges erzwingt. Es schwächt auch die westdeutsche Bourgeoisie und erleichtert die Revolution in Westdeutschland, wenn die Arbeiterklasse zusätzlich zur westdeutschen Armee nicht auch noch Truppen der US-imperialistischen Supermacht und anderer imperialistischen Mächte gegenübersteht und zugleich Truppen der sozialimperialistischen Supermacht direkt in der DDR stationiert sind. Im Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag können sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen Westdeutschlands und Westberlins auf das engste mit den Ländern der 3. Welt zusammenschließen. Die Prinzipien einer demokratischen Außenpolitik, die die westdeutsche Arbeiterklasse der westdeutschen Monopolbourgeoisie aufzwingen muß, bis sie sie stürzt, werden von der 3. Welt, von der Blockfreienbewegung, erhoben und gegenüber den imperialistischen Ländern verfochten. Der Iran, die arabischen Staaten und die PLO und viele andere Länder der 3. Welt verfolgen bewußt eine Politik, die auf Sprengung der Allianz zwischen den europäischen Imperialisten und dem US-Imperialismus abzielt und die beiden Supermächte isoliert. Je entschiedener die westdeutsche Arbeiterklasse die Erfüllung der Forderungen der 3. Welt durch die Bundesregierung kämpft, um so mehr kann sie im Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag auf die Unterstützung der 3. Welt rechnen.



exports, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.

Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt nach Entwicklungshilfe. An Entwicklungshilfe dürfen keinerlei Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.

Kapitalbeziehungen mit dem Ausland ausschließlich über die Zentralbank, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlung unterstellt werden muß.

– Austritt der BRD aus der NATO

– Austritt der BRD aus der NATO durch Kündigung der Pariser Verträge.

– Austritt der BRD aus der EG durch Kündigung der Römischen Verträge.

Demokratischer Friedensvertrag:

– Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den vier Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die Volkssouveränität in der BRD, der DDR und in Westberlin anerkennt und sichert und damit den Weg freimacht für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Nation.

– Bedingungslose Anerkennung der Grenzen der beiden deutschen Staaten zu den Nachbarvölkern durch den Friedensvertrag.

Der Friedenvertrag muß den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin wie die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte in der BRD, der DDR und in Westberlin besiegeln und durch den Austritt der BRD und der DDR aus NATO und Warschauer Pakt jede Einschränkung der Souveränität beseitigen und die Bündnisfreiheit der BRD, der DDR und Westberlins ermöglichen.

Er soll eine Verzichtserklärung für die BRD, die DDR und Westberlin enthalten, jemals Militärstützpunkte auf fremdem Boden zu errichten oder Truppen auf fremdem Boden zu stationieren.

(Auszüge aus: Resolution zur Lage, zu den Programmpunkten und zur Taktik, entschiedet auf der Sitzung des ZK des KBW am 6.10.1979)

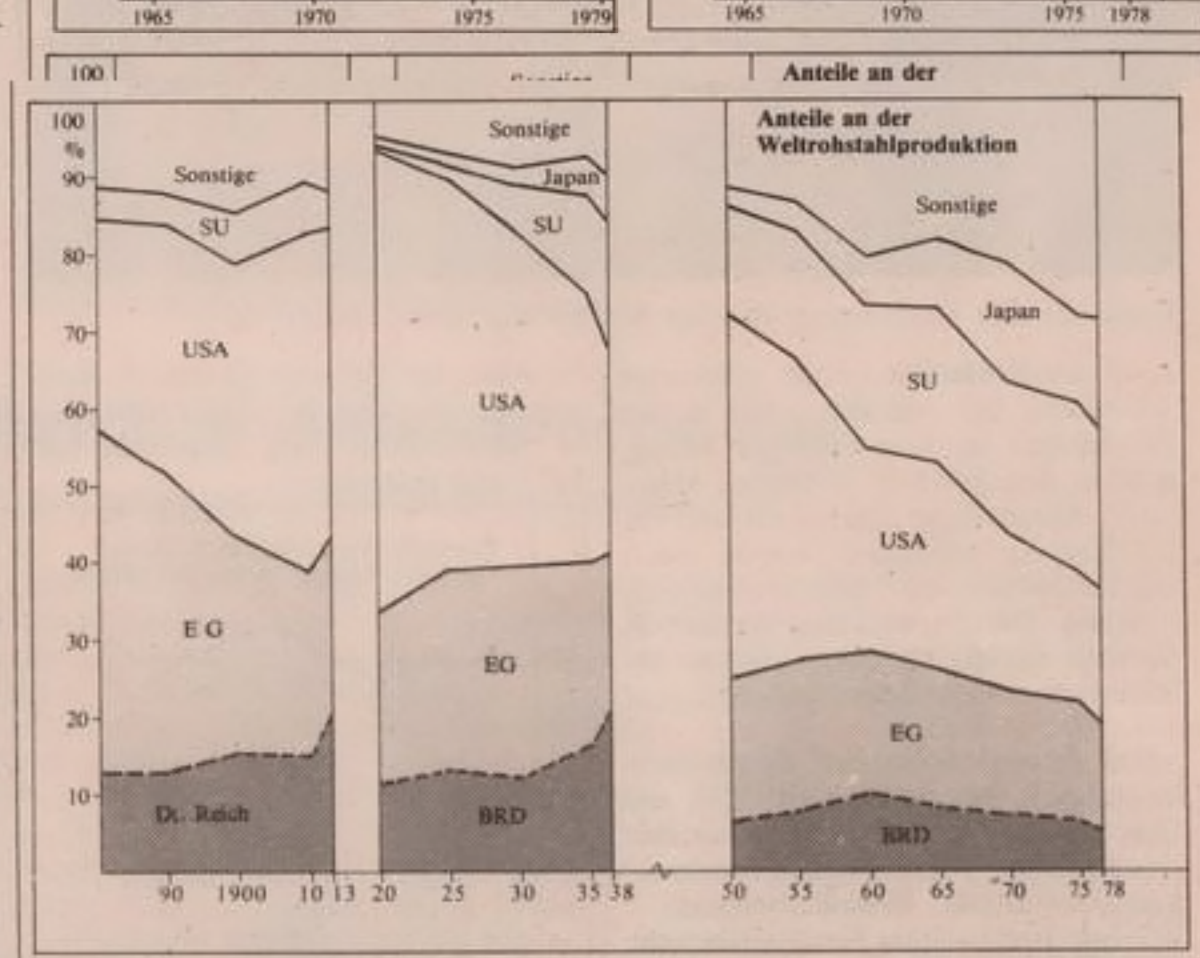
mischungsmöglichkeiten der Besatzungsmächte sind bekräftigt im Deutschland-Vertrag von 1952/54, der u.a. festlegt, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages auch ,,die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands ... aufgeschoben werden muß". Die Regierung verzichtet also für die BRD auf Gebietsansprüche, weist aber darauf hin, daß die Grenzfrage prinzipiell offen bleibt; die USA z.B. könnten jederzeit Einwände gegen den Grenzverlauf geltend machen.

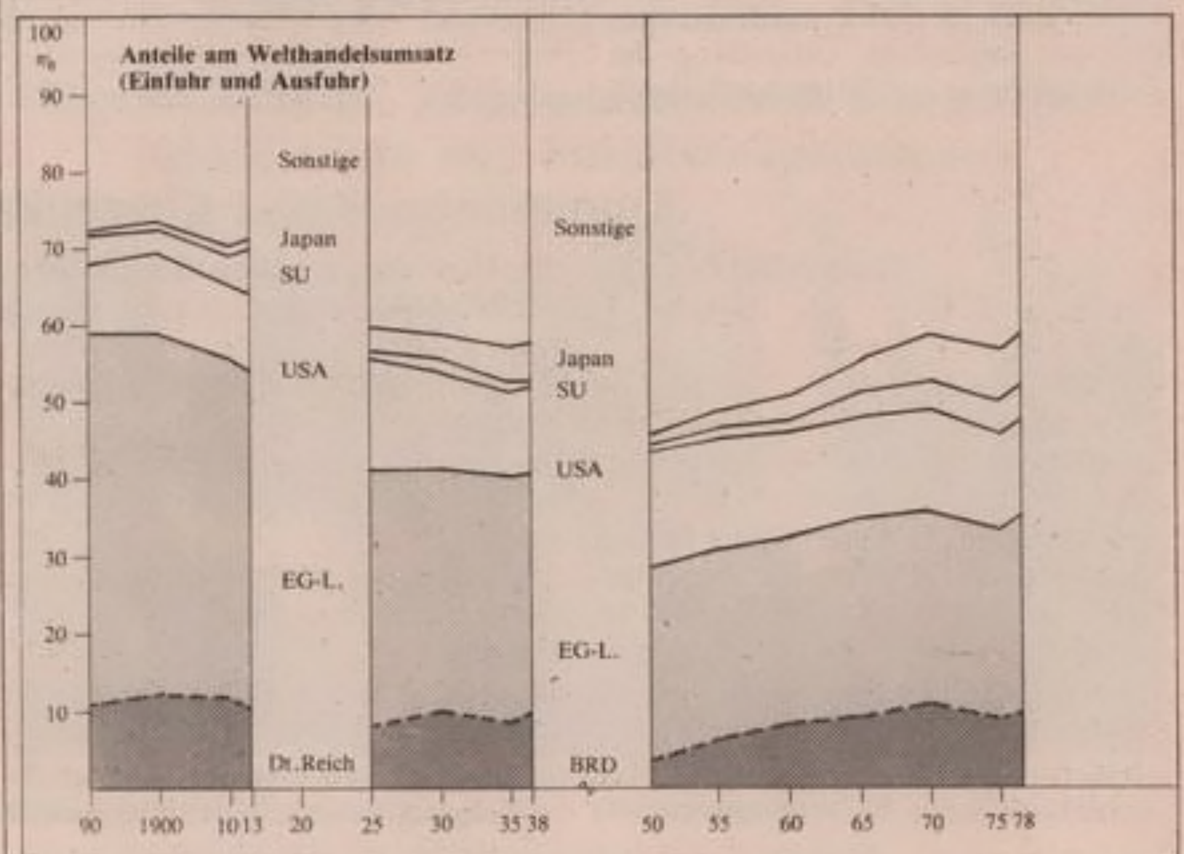
Die DDR wird zwar inzwischen als Staat behandelt, dennoch wird ihr die völkerrechtliche Anerkennung ausdrücklich bestritten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag eine verbindliche Interpretation geliefert: Das Deutsche Reich als Rechtssubjekt bestehe weiter. Die BRD sei ,,als Staat identisch mit dem Staat ,Deutsches Reich', – in bezug auf seine räumlich Ausdehnung allerdings ,teilidentisch', so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht" – weswegen zwar noch ein zweiter deutscher Staat mit eigenen Hoheitsrechten existieren könne, aber völkerrechtlich nicht durch die BRD anerkannt werden dürfe; die Grenze zur DDR wird mit der Grenze zwischen zwei Bundesländern der BRD verglichen. In der Tat wird so die ,,deutsche Frage offengehalten" (Kanzler Schmidt), ebenso wie die Grenzfragen gegenüber Polen, und ist die Forderung nach einer friedensvertraglichen Regelung nach wie vor von größtem Gewicht.

SPD Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit im Bündnis. Äußere Sicherheit ist für die Bundesrepublik Deutschland nur im Atlantischen Bündnis zu verwirklichen. Die Politik des Bündnisses ist von Sozialdemokraten wesentlich mitgestaltet worden. Die NATO hat sich als Instrument der Friedenssicherung bewährt. Die politische und strategische Einheit der nordatlantischen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika muß erhalten und ausgebaut werden. Unverändert gilt: Westeuropa kann auf den militärischen Schutz der USA nicht verzichten. – Militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West ist eine zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik im Bündnis. Ohne ein solches Gleichgewicht ist Entspannungspolitik nicht möglich. Wir streben an, dieses Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu stabilisieren ... Europa endet nicht an der Elbe. Die Staaten Mittel- und Osteuropas sind nach Geschichte und Tradition Teil Europas. Mit ihnen müssen wirksame Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden.

CDU Wir bauen unsere Deutschland- und Außenpolitik auf der historischen Grundentscheidung Konrad Adenauers für den Anschluß an den Westen, für die politische Einigung Europas, für das Bündnis mit Amerika auf ... Wir bekennen uns nicht nur zum Atlantischen Bündnis, wir sind auch bereit, die notwendigen Leistungen zu erbringen, damit es seine Aufgabe, seinen Mitgliedern Frieden und Freiheit zu erhalten, erfüllen kann ... Zur Erhaltung des Friedens ist es unerläßlich, daß diejenigen Waffen bereitstehen, die zur Verhinderung eines Krieges unerläßlich sind. Zur Sicherung des Friedens in Freiheit bleibt das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich. Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.

F.D.P. Die Freien Demokraten treten für eine Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik ein, die in allen ihren Schritten konkrete Friedenspolitik ist. Unser Land wünscht den vollständigen Zusammenschluß Europas so schnell und so eng wie möglich. In einem freien und friedlichen Europa kann das deutsche Volk seine Einheit wiedererlangen. Unser Land bleibt ein verläßlicher Partner der Vereinigten Staaten von Amerika und des Atlantischen Verteidigungsbündnisses. Das Bündnis ist das Fundament unserer Sicherheit. Unser Land leistet seinen Beitrag zur Entspannung zwischen West und Ost. Wir arbeiten für einen Zustand des Vertrauens und der Zusammenarbeit, der den Abbau der militärischen Konfrontation möglich macht.







Demonstration der Hamburger Drucker 13.5.1976.

Springer-Kollegen: In den Tarifauseinandersetzungen führend

r.hej. Im Januar 1975 demonstrieren 1500 Drucker, vor allem Springer Kollegen gegen die zunehmende Pressekonzentration. Anlaß ist die Entscheidung Springers, die ,,Welt" von Hamburg nach Bonn zu verlegen und in Essen drucken zu lassen.

Im gleichen Jahr findet in Darmstadt eine Demonstration von ca. 250 Springer Kollegen gegen die geplanten Entlassungen von 150 Kollegen der Springer Druckerei in Darmstadt statt. Geplant sind die Entlassungen wegen der Verlegung des Drucks der ,,Funk Uhr" von Darmstadt nach Ahrensburg.

1976, Streik für 9% mindestens 140 DM. Bei der Urabstimmung stimmen in Hamburg 91,2% für den Streik. Nach der Urabstimmung werden im Springer Verlag den Kollegen 8 Minuten vom Lohn abgezogen, für die Diskussionszeit während der Urabstimmung... In Hamburg streikt der Springer Verlag. Am 6.5. wird dann der Vollstreik ausgerufen. Am 13.5. kurz vor dem Bekanntwerden des Abschlusses demonstrieren in Hamburg noch einmal an die 4000 Drucker für die Durchsetzung der Forderung. Das Ergebnis 6%, für April, Mai eine Pauschale von 275 DM wird in Hamburg mit 36% angenommen. Nach dem Arbeitskampf wird der Druck auf die Beschäftigten bei Springer verschärft. Es ergeht schriftliche Anweisung an die Führungskräfte.

– Beginn und Ende der Arbeitszeit von allen Mitarbeitern eingehalten werden.
– das gesamte Personal bis zum Ende der Schicht im Sinne des Arbeitsfortschritts tätig ist.
– die Pausenzeiten korrekt eingehalten werden.
– festliche Anlässe, wie Geburtstage in produktionsschwachen Zeiten zu begehen, dabei ist die Gratulation auf 15 Minuten zu beschränken.

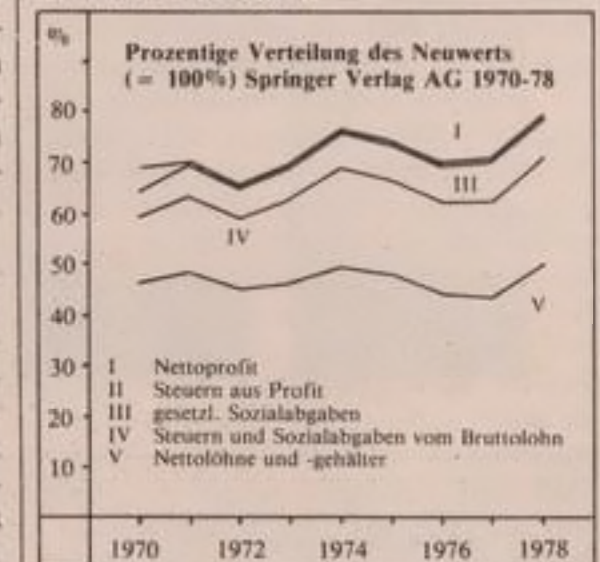
1977/78, Kampf um den RTS-Tarifvertrag, der die Arbeit und Besetzung an den Bildschirmgeräten regeln soll. Am 30. November 77 führten die Kollegen von Springer einen 60-minütigen Warnstreik durch. Unter dem Druck der andauernden Warnstreiks in der gesammten BRD wurden am 31.1.78 die Leitsätze, die weit hinter den Forderungen des Rastertarifvertrages lagen von der zentralen Tarifkommission abgelehnt. Vom 2. März an streikten die Kollegen bei Springer Hamburg. Der Streik war bis zum Sonnabend befristet. Die Unternehmerverbände riefen ihre Mitglieder zur Bundesweiten Aussperrung auf, die am Sonntag den 5. März beginnen sollte. Der Termin war maßgeschneidert für den Springer Verlag. Nach Beendigung des Proteststreiks hätten die Sonntagszeitungen ,,Welt am Sonntag" und ,,Bild am Sonntag" am Sonnabend hergestellt werden können. Anschließend sollten die Kollegen ausgesperrt werden. Sofort nach Bekanntwerden der Pläne wurde versucht den Proteststreik von Springer weiter auszudehnen, um die Herstellung der Zeitungen zu verhindern. Das konnte vollständig nicht verhindert werden. In der darauf folgenden Aussperrung sperrte erstmals der Springer Verlag nur die Mitglieder der Druck und Papier aus.



Streik für den Tarifvertrag über die Einführung neuer Techniken.

r.sul. **Im Schaubild** ist die prozentige Verteilung des Neuwerts, der in der Produktion im Axel Springer Verlag, d.h. in den Werken W-Berlin, Hamburg, Ahrensburg, Darmstadt und Essen/Kettwig produziert wurde (nach jährlichen Gewinn- und Verlustrechnungen). Die Entwicklung verläuft in Wellen, was die Kämpfe zwischen Arbeitern und Kapitalisten widerspiegelt.

,,Der Aufwärtstrend im Personalkostenbereich schwächte sich 1975 ab. Dies war nur durch konsequente Rationalisierung zu erreichen," Personalkosten + 2,9%, Personalbestand – 473 (als Beispiel aus Geschäftsbericht 1974). Stück für Stück wurde die Produktion umgewälzt: Umstellung des Zeitungsdrucks auf Offsetdruck durch Neubau der Offsetdruckerei in Kettwig, Erneuerung der Tiefdruckereien in Ahrensburg und Darmstadt seit 1977 und Fotosatz.



Immer mehr Journalisten organisieren sich in der Gewerkschaft

Springers vier Leitsätze sind der Maulkorb für die Journalisten

r.hej. Ca. 10% der beim Springer Verlag Beschäftigten sind Redakteure. Der Großteil von ihnen, abgesehn von den Chefredakteuren, liegt in der Bezahlung etwa in der Höhe eines qualifizierten Facharbeiters. Redakteure unterliegen dem Tendenzschutz. Das heißt, sie haben z.B. kein Streikrecht und Entlassungen und Einstellungen liegen uneingeschränkt in den Händen der Kapitalisten. Wie auch der Arbeiter hat der Redakteur nichts anderes zu verkaufen als seine Arbeitskraft. Das macht er, er produziert Artikel, und zwar die Artikel, die der Kapitalist haben will. Macht er es nicht, wird er sehr schnell wieder draußen sein.

Im Hause Springer gibt es so etwas nach Meinung Axel Springers nicht. Er steht nicht mit der Peitsche hinter seinen Redakteuren, um ihnen eine Meinung aufzuzwingen. Jeder Journalist in seinem Hause habe die Freiheit, zu schreiben, was er wolle... Freilich müßten Grenzen gezogen sein durch die Verpflichtung auf die vier Grundsätze: – Unbedingtes Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit – wenn möglich in einem vereinigtem Europa. – Bemühung um die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen; dazu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes. – Ablehnung jeglicher Art von politischem Extremismus, rechts oder links. – Bejahung und Unterstützung der freien sozialen Marktwirtschaft. (welt, 6.9.72)

Das kettet nach Ansicht Springers niemanden an seine persönliche Philosophie. Überhaupt glaubt er an die weitere Gültigkeit des Anspruches Voltaires, der die philosophische Begründung jeglicher Pressefreiheit sei: ,,Ich mag versammen was du sagst; aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, daß du es sagen darfst." (Welt, 6.9.72) Von solch einer Pressefreiheit halten die Arbeiter nichts. In der Auseinandersetzung um die Einführung neuer Technologien 1978 haben sie dann auch kurzerhand die Anzeigen und Artikel die gegen den Streik gerichtet waren nicht erscheinen lassen. Gerade in dieser Auseinandersetzung konnte ein großer Teil der Redakteure und Journalisten für die Gewerkschaft gewonnen werden. Ende 1976 waren in der Hamburger dju 382 Mitglieder, Ende 1979 waren es mehr als 600. Wobei zum ersten Mal ein großer Anteil aus den Redaktionen des Springer Verlages kamen.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

	Redakteur	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
1970	906	4444	7005	12355
1971	945	4399	6724	12077
1972				12130
1973	1036	4539	6779	12354
1974	1032	4299	6542	11873
1975	1015	4211	6174	11400
1976	1067	4246	6252	11565
1977	1143	4376	6262	11781
1978	1197	4500	6268	11965

Springer-Konzern: In 10 Jahren den Umsatz verdoppelt

r.hej. Der drittgrößte der 39 Umsatzmillionäre in Westdeutschland im Mediengeschäft ist der Springer-Verlag. Mit 3,4 Milliarden steht der Bertelsmann Verlag, einschließlich Gruner und Jahr, an der Spitze (alles Zahlen von 1977). Ihm folgt der Musikkonzern Poligram mit 2 Mrd. und dann Springer mit 1,64 Mrd. (1979/ 1,97 Mrd.). Es folgen der Bauer-Verlag mit 1,2 Mrd. und Burda mit 1,101 Mrd. Umsatz. Haben die Konzerne Bertelsmann, Bauer und Burda sich vor allem auf Zeitschriften und Bücher konzentriert, ist Springer marktbeherrschend auf dem Tageszeitungsmarkt. Im Norden hat er fast vollständig das Monopol auf die dort erscheinenden Tageszeitungen. In Westberlin sind 75% der Tageszeitungen im Besitz von Springer. In Schleswig-Holstein sind von 500000 Exemplaren der Tageszeitungen allein 228000 mit Springer zwischen 20 und 100% verbunden. In Hamburg gibt er die einzigen Tageszeitungen neben der ständig vom Pleitegeier bedrohten Morgenpost heraus. geier bedrohten Morgenpost heraus. Seine Politik ist, insgesamt in Westdeutschland den Zeitungsmarkt zu beherrschen und vor allem im Rundfunk und Fernsehen groß einzusteigen. Albrechts Vorschläge zur Privatisierung von Rundfunk und Fernsehen sind ihm sozusagen direkt aus dem Herzen geschrieben.

,,Erfolg kann doch nicht strafbar sein..., vor allem wenn man aus dem Nichts heraus seinen Verlag aufgebaut hat..." so Axel Springer. Verfolgt man die Entwicklung seines ,,Erfolges" kann man feststellen, daß mit der fortschreitenden technischen Entwicklung in der Druckindustrie gleichzeitig eine Konzentration stattgefunden hat. An die 100 Mio. hat Springer in den Neubau der Tiefdruckerei in Ahrensburg gesteckt. In Kettwig wurde mit 80 Mio. eine der modernsten Offset-Druckereien gebaut, in der erstmals überregionale Tageszeitungen gedruckt werden. Für die nächste Zukunft kündigte Springer an, in Hamburg noch mal 200 bis 250 Millionen DM zu investieren zur Umrüstung auf den Offsetdruck. Wobei der schwere Maschinenpark dann wahrscheinlich nach Ahrensburg verlagert wird. Bereits 1978 wurden 7 Albert-Frankenthal Groß-Tiefdruckrotationen für 50 Mio. DM gekauft. Gleichlaufend mit den Investitionen findet ein Aufkauf von Zeitungen, Druckereien und Verlagen statt.

1960: Kauf der Ullstein AG, Berlin Tempelhof. *1962:* Verkauf der Mehr- Tempelhof. 1962: verkauf der Mehr- heit des Druckhauses Tempelhof an Senator Weipert. Über Ullstein ist Springer weiter beteiligt. *1966:* Zeitschriften ,,Twen" und ,,Kicker" gekauft. Die ,,Bravo" und die Kindler-Tiefdruckerei bei München gekauft. *1967:* ,,Kristall" eingestellt, das ,,Grüne Blatt", die ,,Funkuhr" gekauft. Beteiligung am ,,Deutschen Wochenzeitschriften Verlag". *1968:* ,,Kicker" verkauft. Fachzeitschriften- und Fachbuchverlag des Hauses Ullstein an Bertelsmann verkauft. ,,Bravo" und ,,Twen" verkauft. *1970:* 20 Mio. DM nach Dänemark, soll eventuell auch außerhalb des Zeitschriftensektors angelegt werden. Bertelsmann wird mit ⅓ am Springer-Verlag beteiligt. 5 Monate später wieder Trennung. *1970:* Bergedorfer Zeitung gekauft. Mit 20% an den ,,Lübecker Nachrichten" beteiligt. *1971:* ,,Dialog-Verlag" verkauft.

,,Elmshorner Nachrichten" gekauft. *1972:* ,,Norddeutsche Nachrichten" gekauft. ,,Denk mit" und ,,Zack" werden herausgegeben. *1973:* ,,Dialog" wird eingestellt. *1975:* mehrheitliche Beteiligung am Gilde-Verlag. *1976:* ,,Pinneberger Zeitung" als Tageszeitung, bisher Kopfblatt des ,,Hamburger Abendblattes". *1976:* 24% an der Holtzbrink Gruppe (Bücherbund) gekauft. Regionale Anzeigenblätter ,,Elbe Wochenblatt" gekauft. Gleichzeitig den ,,Hamburger Wochenblatt Verlag" gegründet, der das restliche Gebiet mit Anzeigenblättern abdecken soll. 24,99% des Münchner Pressehauses gekauft. (,,Münchner Merkur", ses gekauft. (,,Münchner Merkur", ,,tz" und eine Großdruckerei) Kooperation mit Harlekin Toronto (Romanhefte). Kora Verlag gegründet. *1978:* Mit Radio Luxemburg zusammen ,,Journal-Haushalt-Familie" herausgegeben. *1980:* Beteiligung an der ,,Kunst und Technik" Verlagsgesellschaft in München. Zu dieser noch unvollständigen Aufzählung kommen noch die Versuche von Aufkäufen, wie zum Beispiel die ,,Bremer Nachrichten" oder die ,,Hamburger Morgenpost."

Allgemeine Daten Springer Verlag

Arbeiter	6268	1978
Angestellte	4500	1978
Redakteure	1197	1978
Umsatz 1979	1,97 Mrd. DM	

Aufsichtsrat: Axel Springer, Dr. Heinrich Prinz Reuss, Dr. Heinz Pentzlin
Alleinvorstand: Peter Tamm
Tätigkeitsgebiet: Betrieb von Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen; sonstige Betätigung auf dem Gebiet der Information und Kommunikation: Druckereien, Reisebüros.
Besitz und Betriebsangaben:
Verlagsgebäude mit Druckereien in Berlin, Hamburg, Essen, Kettwig/ Ruhr, Ahrensburg, Darmstadt.
Konzernumsatz: 1976 1429,7 Mio. DM, 1977 1639,9 Mio, 1978 1727,4 Mio., 1979 1970,0 Mio.

